

12.2009/01.2010

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27

VERBÄNDE



Thema. Green Shopping	38
DNR intern	38
Aus den Verbänden	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	42
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	45
Klimakonferenz im Internet Schwerpunkt: Natur und Schule	

SPEZIAL

Klimagipfel Kopenhagen

Seite 30 bis 37

THEMEN DES MONATS

Tierschutz

Tierversuche sind nicht mehr nötig

Es gibt schon viele gute Ersatzverfahren für Versuche an Tieren,
sie müssen aber auch genutzt werden

Seite 2

Umweltrecht

Luftverschmutzung als Bagatelldelikt

Die Genehmigungspraxis für Kraftwerke widerspricht dem
Bundesnaturschutzgesetz

Seite 3

Biologische Vielfalt

Neue Ziele gegen den Artenverlust?

Die Politik konnte den Verlust an Biodiversität nicht aufhalten
und sucht nun nach einem Ausweg

Seite 5

Partizipative Demokratie

Europäisch aufbegehren

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation für mehr
Bürgerbeteiligung gestartet

Seite 7

Interview: Agrarpolitik

„Auf das Agrarmodell kommt es an“

Die für Landwirtschaft zuständigen EU-Abgeordneten bekommen
durch den Lissabon-Vertrag mehr Einfluss

Seite 17

Tierschutz

Tierversuche sind nicht mehr nötig

Es gibt schon viele gute Ersatzverfahren für Versuche an Tieren, sie müssen aber auch genutzt werden

Zum Verbraucherschutz gehört es, dass Produkte auf ihre Unbedenklichkeit getestet werden. Wissenschaftliche Versuche bringen entscheidende Erkenntnisse für die Medizin. Doch dass dafür Tiere leiden müssen, ist heute nicht mehr notwendig. Viele Untersuchungen können an Zellkulturen oder mit Computermodellen durchgeführt werden. Nun muss die Politik für die Durchsetzung der Alternativmethoden sorgen. ■ VON KRISTINA WAGNER, AKADEMIE FÜR TIERSCHUTZ

Wer Medikamente oder Kosmetik verwendet, Kleidung wäscht oder die Wohnung putzt, möchte sicher sein, dass die Produkte, die dafür verwendet werden, nicht schädlich sind. Wer an einer schweren Krankheit leidet, erwartet selbstverständlich, dass geforscht wird, um eine Heilmethode zu finden. Sind Tierversuche unumgänglich, um Sicherheit zu gewährleisten und neue Erkenntnisse zu gewinnen? Die Antwort lautet: nein. Die Forschung hat eine große Zahl erfolgreicher Methoden hervorgebracht, die ohne Experimente an Tieren auskommen.

Nicht nur aus Tierschutzgründen

Als Alternativmethoden oder Ersatzmethoden zum Tierversuch werden Untersuchungen bezeichnet, bei denen Ergebnisse ohne Versuche an lebenden Tieren erzielt werden. Mit diesen Methoden können standardmäßig in der Forschung durchgeführte oder gesetzlich vorgeschriebene Experimente an Tieren ersetzt werden. Solche Alternativen anzuwenden ist nicht nur aus Mitgefühl für die Tiere wünschenswert, es ist auch vorgeschrieben: in Paragraph 7 des bundesdeutschen Tierschutzgesetzes und in der EU-Versuchstierrichtlinie 86/609/EWG. Vor Ausführung eines Tierversuchs muss überprüft werden, ob die Fragestellung nicht mit anderen, tierversuchsfreien Methoden bearbeitet werden kann. Trotzdem setzen Forscher immer noch auf Tierversuche, um zum Beispiel in der Grundlagenforschung biologische Abläufe aufzuklären.

Um die Vorgänge in einem Organismus zu erforschen, sollte man jedoch nicht mit dem komplexesten Gebilde, dem lebenden

Tier, beginnen, sondern dort ansetzen, wo diese Vorgänge ihren Ursprung haben: in der Zelle. Dort, in den kleinsten Bausteinen des Körpers, sind die Erbinformationen festgeschrieben. Versuche werden dann nicht mehr an einem lebenden Organismus durchgeführt, sondern in vitro, „im Reagenzglas“. Im Labor lassen sich Zellkulturen züchten, etwa mit Zellen von Menschen oder Tieren, die von Operationen übrig bleiben. Wenn man sie einmal gewonnen hat, kann man sie so behandeln, dass sie sich immer wieder teilen und unbegrenzt verwendet werden können. Man spricht dann von Zelllinien.

Erprobte alternative Methoden

Die Züchtung von künstlichen Geweben und Organen hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Im Labor lässt man dafür Zellen auf künstlichen Gerüsten wachsen, die die spätere Organform vorgeben und bei der Gewebebildung helfen. So wurde schon künstliche Haut oder eine künstliche Leber gezüchtet. Diese Organe kann man dann für weitere Experimente einsetzen.

In der angewandten medizinischen Forschung werden oft Versuche an Tieren durchgeführt, um bestimmte Krankheiten aufzuklären. Doch tierversuchsfreie Methoden sind für gute wissenschaftliche Arbeit vorteilhafter. Trotz vieler Gemeinsamkeiten gibt es nämlich große Unterschiede zwischen den einzelnen Tierarten und dem Menschen. Es ist in der Regel nicht klar, ob die Ergebnisse aus Tierexperimenten überhaupt auf Menschen übertragbar sind.

Stattdessen kann man beispielsweise bei der Suche nach Auslösern für Krebs die

Erbinformation von menschlichen Krebszellen auf Veränderungen untersuchen. So lässt sich ein verlässlicheres Ergebnis für den menschlichen Körper erzielen. Auswirkungen und mögliche Risiken von Medikamenten und Chemikalien kann man an gezüchteten Zellen oder Organen untersuchen, statt deren Giftigkeit an lebenden Tieren zu testen.

Für Sicherheitsprüfungen, aber auch in der Grundlagenforschung und der angewandten medizinischen Forschung, werden häufig schon Computermodelle eingesetzt. Damit lassen sich beispielsweise die Wirkungen eines Medikaments vorhersagen. Bekannte wissenschaftliche Daten zum gleichen Thema, wie Erkenntnisse über die Wirkungsweise einer in dem Medikament enthaltenen Substanz, werden dafür in ein Computerprogramm eingegeben, das daraus die wahrscheinlichsten Effekte berechnet. Solche Modelle werden auch verwendet, um zu prüfen, welche Kandidaten aus einer großen Gruppe von Stoffen überhaupt die Eigenschaften besitzen, die sie benötigen, um als Medikament weiterverwendet werden zu können. Qualvolle Versuche an Tieren werden damit umgangen.

Während des Studiums der Biologie oder Medizin werden Tiere getötet, damit die Studierenden den Aufbau des Körpers oder die Funktion von Organen untersuchen können. Als Ersatz dafür kann man etwa anatomische Modelle bereitstellen, Selbstversuche – beispielsweise zu Muskelreflexen – durchführen oder Computersimulationen anwenden.

So überzeugend Ersatzmethoden aber auch sind: „Standard“ ist nach wie vor der Tierversuch. Ein Hauptproblem besteht

darin, dass in Wissenschaftlerkreisen und auch in der Bevölkerung immer noch der Glaube vorherrscht, Tierversuche seien für eine gute und erfolgreiche Forschung notwendig. Viele Fragestellungen werden sofort am Tier untersucht, ohne überhaupt nach anderen Wegen zu suchen oder zu prüfen, welcher Weg für die Beantwortung dieser speziellen Frage der beste wäre. Oft wird dies damit begründet, dass „nur im lebenden Organismus“ eine Aussage über bestimmte biologische Vorgänge gemacht werden könne. Alle Vorgänge beginnen jedoch in einzelnen Zellen. Erst deren Zusammenspiel macht Abläufe wie Atmung, Bewegung oder Denken möglich. Wer die Prozesse auf der kleinsten Ebene versteht, kann besser erklären, wie sie zusammenhängen. Und letztendlich auch, wie der Körper funktioniert oder wie Fehlfunktionen in den Zellen Erkrankungen auslösen können.

Enorme Hürden für Ersatzverfahren

Tierversuche bei der gesetzlich vorgeschriebenen Gefahrenüberprüfung von Wirkstoffen und Chemikalien zu ersetzen

ist nicht einfach. Eigentlich muss eine Ersatzmethode anstelle des Tierexperiments angewendet werden, sobald sie sich qualifiziert hat und behördlich zugelassen ist. „Altbewährte“ Tests durch einen tierversuchsfreien Ansatz zu ersetzen dauert jedoch mehrere Jahre, selbst wenn das alternative Verfahren besser und genauer ist. Denn an die Ersatzmethoden werden nur schwer erfüllbare Anforderungen gestellt. Maßstab ist der bisher verwendete Tierversuch. Ob dieser überhaupt aussagekräftige Ergebnisse liefert, wird nicht berücksichtigt. Die Ersatzmethoden dagegen müssen eine Reihe von Überprüfungsverfahren bestehen, die für Tierversuche nie verlangt wurden. Dieser Bewertungsmarathon kann sogar damit enden, dass eine Ersatzmethode nicht bewilligt und nicht eingesetzt wird, weil sie andere, oft aber genauere und damit bessere Ergebnisse als der jeweilige Tierversuch liefert.

Seit 2002 ist der Schutz der Tiere als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Der Deutsche Tierschutzbund erwartet von der Bundesregierung erheblich mehr Anstrengungen als bisher, damit Tierversuche gegen Ersatzmethoden ausgetauscht wer-

den. Dafür müssen angemessene Fördermittel zur Umstellung der Forschung auf tierversuchsfreie Verfahren bereitgestellt werden. Alle Richtlinien und Gesetze, die Experimente an Tieren vorschreiben, müssen überprüft werden. Wo es bereits möglich ist, müssen Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzt, das Zulassungsverfahren für solche Methoden muss vereinfacht werden. Dort, wo es noch keine Ersatzmethode gibt, muss ihre Entwicklung gefördert werden. Es gibt also viel zu tun. Der Deutsche Tierschutzbund will sich weiter für Alternativen einsetzen, damit Tierversuche bald der Vergangenheit angehören.

Kristina Wagner arbeitet als Fachreferentin für Tierversuche und Alternativmethoden in der Akademie für Tierschutz in München-Neubiberg, einer wissenschaftlichen Einrichtung des Deutschen Tierschutzbundes.



Kontakt:

E-Mail: kristina.wagner@tierschutzakademie.de,
www.tierschutzakademie.de

Umweltrecht

Luftverschmutzung als Bagatelldfall

Die Genehmigungspraxis für Kraftwerke widerspricht dem Bundesnaturschutzgesetz

Wo es schon Schadstoffe gibt, dürfen es nicht mehr werden. Diese Binsenweisheit sollte besonders für Ökosysteme und ohnehin schon vorbelastete Ballungsräume gelten. Doch die für die Genehmigung von Anlagen geltenden Regeln widersprechen sich. Eine Anpassung an das strengere Naturschutzgesetz ist dringend erforderlich. ■ VON TYGE CLAUSSEN

Für den Energiekonzern Eon war es ein katastrophales Urteil, das das Oberverwaltungsgericht Münster Anfang September verkündet hat⁽¹⁾. Darin wurde der von der Stadt Datteln im Ruhrgebiet neu aufgestellte Bebauungsplan für rechtsunwirksam erklärt, wodurch nun der Abriss des halbfertigen Eon-Kraftwerkes droht. Die Richter rügten unter anderem, dass bei den gutachterlichen Ermittlungen der zu erwartenden Luftschadstoffkonzentrationen und ihrer Wirkungen die

Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Das Urteil zeigt, dass die vorgeschriebenen Prüf- und Untersuchungsschritte der Verwaltungsvorschrift TA Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft vom 24. Juli 2002) nicht mit den entsprechenden Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes in Einklang stehen. Sowohl nach der TA Luft als auch nach dem Bundesnaturschutzgesetz ist bei der

Genehmigung eines beantragten Kraftwerks oder einer anderen Industrieanlage die künftige Gesamtbelastung bestimmter Luftschadstoffe durch Addition der in der betreffenden Gegend bereits vorhandenen Vorbelastung mit der zu erwartenden Zusatzbelastung durch die geplante Anlage zu ermitteln. Wenn die ermittelte künftige Gesamtbelastung durch einen Luftschadstoff einen bestimmten, noch ungiftigen Höchstwert nicht überschreitet oder in einem europäischen Naturschutzgebiet

(FFH-Gebiet) keine erheblichen Beeinträchtigungen verursachen kann, muss die zuständige Behörde die Anlage genehmigen. Allerdings unterscheiden sich die beiden Genehmigungsvorschriften in der Frage, was unter „Zusatzbelastung eines luftverunreinigenden Schadstoffes“ zu verstehen ist.

TA Luft macht Salamtaktik möglich

Nach der TA Luft ist damit nur die von der beantragten Anlage ausgehende Zusatzbelastung gemeint. Dagegen verlangt das Bundesnaturschutzgesetz in Paragraph 34 (1), die künftige Anlage „im Zusammenwirken mit anderen beantragten Vorhaben und Plänen“ zu untersuchen. Das heißt, wenn etwa ein Energieversorger ein Kraftwerk beantragt, muss er nach dem schärferen Bundesnaturschutzgesetz nicht nur die zu erwartende Schadstoffzusatzbelastung aus dem eigenen Kraftwerk, sondern auch die zu erwartende Zusatzbelastung von anderen geplanten Kraftwerken, Großchemie- und Müllverbrennungsanlagen sowie Straßenneubauprojekten und Bauleitplänen im Einwirkungsbereich des eigenen Projekts mit untersuchen lassen. Diese gesetzliche Vorschrift wird aber in der Praxis kaum befolgt.

Mit Blick auf die vorgeschriebenen Schadstoffhöchstkonzentrationen kann dieselbe beantragte Anlage nach der TA Luft noch zulässig, aber nach dem Bundesnaturschutzgesetz bereits unzulässig sein. Außerdem droht bei der Gesamtbelastungsermittlung nach der TA-Luft-Methode eine allmähliche Erhöhung der regionalen Vorbelastung durch eine Salamtaktik. Denn hier werden die zu erwartenden Zusatzbelastungen anderer geplanter Vorhaben nicht mit denen der Antragsanlage zusammengerechnet, sondern der vorhandenen Vorbelastung zugeschlagen. Die Vorbelastung erhöht sich dadurch von Genehmigung zu Genehmigung.

Der Einwirkungsbereich eines geplanten Kraftwerks beziehungsweise das nach TA Luft zu errechnende Immissionsgebiet kann mehrere 100 Quadratkilometer groß sein. Planungsbüros müssten sich bei allen Gemeinde- und Kreisverwaltungen sowie

den Straßenbauverwaltungen und Bezirksregierungsstellen nach den für sie relevanten parallelen Projekten und Plänen erkundigen. Einfacher wäre es, auf Landesebene ein Projekt- und Plankataster einzurichten, bei dem alle amtlich gemeldeten Projekte und Pläne zentral registriert werden und öffentlich zur Verfügung stehen.

Abwegige Messpunkte

Für die Prüfung, ob ein beantragtes Kraftwerk oder eine andere geplante Anlage zulässig ist, legt die TA Luft zum Schutz von Ökosystemen und der Vegetation Höchstkonzentrationswerte für Schwefeldioxid und Stickoxide fest. Laut TA Luft müssen bei der Aufstellung eines Messplans die Beurteilungspunkte zur Prüfung, ob im Einwirkungsbereich die maximalen Schadstoffkonzentrationswerte nicht überschritten werden, mehr als 20 Kilometer von Ballungsräumen oder fünf Kilometer von anderen bebauten Gebieten, Industrieanlagen oder Straßen entfernt sein.⁽²⁾ Das heißt zum Beispiel für das Ruhrgebiet, dass dort und in einer angrenzenden, 20 Kilometer breiten Randzone geschützte Arten sowie FFH-Gebiete und darin vorkommende Tier- und Pflanzengesellschaften gar nicht auf mögliche erhebliche Beeinträchtigungen durch Schwefeldioxid und Stickoxide untersucht werden müssen.

Diese Prüfverzichtregel steht im krassen Gegensatz zu der im Bundesnaturschutzgesetz vorgeschriebenen Pflicht zur Verträglichkeitsprüfung. Sie entbehrt jeder naturschutzfachlichen Grundlage und ist daher ersatzlos aus der TA Luft zu streichen. Gerade im Ruhrgebiet befinden sich die geschützten Tier- und Pflanzenpopulationen sowie die FFH-Gebiete aufgrund der hohen Vorbelastungen oft in einem schlechten Erhaltungszustand, sodass jegliche von einer geplanten Anlage zu erwartende Zusatzbelastung ausgeschlossen sein muss.

„Bagatellfälle“ sind die Regel

In der TA Luft gibt es mehrere Bagatellvorschriften, die dazu führen, dass die Genehmigungsbehörden auf Umweltverträglichkeitsprüfungen weitgehend verzichten.

So hat die Behörde darauf zu achten, dass die Konzentrationen von Luftschadstoffen, für die Höchstwerte festgelegt sind, und ihre schädlichen Umweltwirkungen nicht gemessen oder untersucht werden, wenn bei der beantragten Anlage nur ein vernachlässigbar geringer Schadstoffausstoß zu erwarten ist. Auch wenn es nur um eine irrelevant niedrige Zusatzbelastung geht oder die vorhandene Vorbelastung vor Ort vernachlässigbar gering ist, wird nicht gemessen. Dazu sind Bagatellwerte festgeschrieben worden, anhand derer das beantragte Vorhaben im weiteren Verfahren als Bagatellfall zu behandeln ist oder nicht. Diese Werte sind der Höhe nach aber so festgesetzt, dass der Bagatellfall, also der Fall für einen weitgehenden Prüf- und Untersuchungsverzicht, die Regel ist. Unter Umständen können sie im krassen Gegensatz zur strengen naturschutzrechtlichen Prüf- und Untersuchungspflicht stehen – zum Beispiel in Fällen, wenn streng geschützte stickstoffempfindliche Pflanzengesellschaften oder FFH-Gebiete keine weitere Stickstoffoxidbelastung mehr vertragen können.

Um das Risiko teurer Genehmigungsplänen wie im Fall Eon gering zu halten, muss das Umweltrecht dringend harmonisiert werden. Dazu gehört es, die TA Luft als untergeordnete Verwaltungsvorschrift den übergeordneten gesetzlichen Anforderungen anzupassen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Urteil zum Bebauungsplan Nr. 105 – E.ON Kraftwerk vom 03.09.2009, Aktenzeichen 10 D 121/07.NE
- ▶ (2) TA Luft, Nr. 4.6.2.6, letzter Absatz

Dr. Tyge Claussen war beim Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen in der Naturschutzabteilung tätig und dort unter anderem für Gutachten zu geplanten Kraftwerken und Industrieanlagen zuständig. Seit Anfang 2009 ist er im Ruhestand.

Kontakt:
Tel. +49 (0)178 / 8074368,
E-Mail:
drtygeclaussen@web.de



Biologische Vielfalt

Neue Ziele gegen den Artenverlust?

Die Politik konnte den Verlust an Biodiversität nicht aufhalten und sucht nun nach einem Ausweg

Unwiderruflich verschwinden jeden Tag Arten. Die Staatengemeinschaft will diese Verluste aufhalten – zumindest auf dem Papier. Die Vorbereitungen für die nächste große Biodiversitätskonferenz laufen auch in der EU auf Hochtouren, doch bisher bleibt die nötige Revolution aus. Denn praktisch wird viel zu wenig getan, um Korallenriffe, Regenwälder und Moore vor dem Untergang zu bewahren. ■ VON KATHRIN BLAUFUSS, DNR/FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Jeden Tag verschwinden nach UN-Angaben zwischen 50 und 150 Arten vom Erdboden – im wahrsten Sinne des Wortes. Dabei verarmt die Natur und ihre natürliche Widerstandskraft sinkt – und auch die Lebensgrundlagen der Menschheit sind massiv bedroht. Durch international abgestimmtes Vorgehen soll dem rasanten Verlust an Biodiversität Einhalt geboten werden. So beschloss die Staatengemeinschaft auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro das Übereinkommen über biologische Vielfalt (CBD). Unter biologischer Vielfalt werden dabei die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten auf der Erde, die genetische Vielfalt sowie die Vielfalt von Ökosystemen verstanden. Ziel des Abkommens ist es, den Artenreichtum der Erde zu erhalten sowie dessen nachhaltige Nutzung und die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung biologischer Ressourcen zu sichern.

Biodiversitätsziele weit verfehlt

Im Jahr 2001 hatte die EU auf ihrem Gipfel in Göteborg das ambitionierte Ziel angekündigt, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 ganz zu stoppen. Die Weltgemeinschaft einigte sich auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz der CBD, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 immerhin zu verlangsamen. Das Ziel wurde vom Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung und der UN-Generalversammlung bestätigt und in die Millenniumsentwicklungsziele der UN aufgenommen. Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass das sogenannte 2010-Ziel weit verfehlt wird. Selbst PolitikerInnen räumen mittlerweile öffentlich

ein, dass das rasante Artensterben bisher nicht aufgehalten werden konnte.

Auf der Suche nach dem „Post-2010-Ziel“

Ziele sind leicht verständlich und lassen sich öffentlichkeitswirksam vermitteln. Sie sind konkret und ziehen die politische wie öffentliche Aufmerksamkeit an. Man kann sie mit konkreten Summen ausstatten und es kann motivierend wirken, auf ein konkretes Ziel hinzuarbeiten. Das garantiert aber leider nicht, dass Ziele zum Erfolg führen. In der Umwelt- und Entwicklungspolitik ziehen sich eher verfehlte Ziele durch die Geschichte. Viel Energie wird in die Verhandlungen, weniger in die Umsetzung gesteckt.

Doch ganz ohne Ziele geht es auch nicht. Auf den unterschiedlichsten Treffen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene haben deshalb vielfältige Konsultationsprozesse zu einem möglichen „Post-2010-Ziel“ begonnen. Die wichtigsten seit Anfang 2009 waren:

- ▶ eine informelle Strategie-Konsultation, organisiert vom UN-Umweltprogramm UNEP im Februar 2009,
- ▶ ein hochrangiges informelles Treffen zur Zukunft der globalen Biodiversitätsziele beim deutschen Bundesumweltministerium im März,
- ▶ das G8-Umweltministertreffen im April, das die „Carta di Siracusa“ für die Biodiversität verabschiedete,
- ▶ eine von der EU-Kommission organisierte Konferenz in Athen im April,
- ▶ eine Konsultation von Weltnaturschutzunion und CBD im Mai sowie
- ▶ eine Konsultation des CBD-Sekretariats.

Ohne die verschiedenen Prozesse im Einzelnen darstellen zu können, sind die gestellten Anforderungen an das neue Ziel doch überraschend ähnlich. Nach den Erfahrungen mit dem gescheiterten 2010-Ziel soll nun ein robusteres Ziel vereinbart werden, das alle Einflussfaktoren auf den Biodiversitätsverlust berücksichtigt. Viel ist von einem Biodiversitätsziel zu lesen, das anspruchsvoll ist und die Dringlichkeit der Aufgabe zum Ausdruck bringt. Mit 2020 und 2050 werden sowohl ein kurzfristiges als auch ein langfristiges Ziel als Vision für die internationale Gemeinschaft diskutiert. Bereits bestehende Ziele wie die UN-Millenniumsentwicklungsziele sowie Verbindungen zu anderen multilateralen Konventionen, etwa zum Klimaschutz oder zur Bekämpfung der Desertifikation, sollen berücksichtigt werden. Die Ziele sollen international sein und einen effektiven Rahmen für verbindliche nationale und lokale Regelungen geben. Aufbauend auf dem 2010-Ziel müssen diesmal Referenzrahmen, klare Zwischenziele sowie Unterziele für einzelne Sektoren wie Forstwirtschaft oder Fischerei bestimmt werden, ferner werden verbindliche Indikatoren zur Verbesserung des Monitorings und der Messbarkeit auf allen Ebenen gesucht. Alle wichtigen Akteure in den verschiedenen Sektoren sollen eingebunden werden, um die einzelnen Ziele auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene festzulegen. Dadurch soll eine hohe Identifikation mit ihnen erreicht werden.

Auch die EU ringt um ein eigenes Biodiversitätsziel als Beitrag zu den globalen Verhandlungen. Nach den Worten der Europäischen Kommission soll es gleichfalls ambitioniert, messbar und eindeutig sein. ▶

Dabei sollen zum einen die intrinsischen Werte von Biodiversität betont werden, die den Schutz der Natur um ihrer selbst willen begründen; zum anderen soll auch der ökonomische Wert von gesunden und belastbaren Ökosystemen und deren Dienstleistungen berücksichtigt werden. Mit den sektoralen Unterzielen können die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Biodiversität in Europa einbezogen werden. Der Schutz der Artenvielfalt soll außerdem Priorität bei zukünftigen Informationsprogrammen der EU erhalten, um auch in der breiteren Öffentlichkeit Verständnis dafür zu wecken, warum Biodiversitätsschutz wichtig ist. Konkreter wird die EU-Kommission an dieser Stelle nicht.

Nachdem die Kommission im April die „Botschaft von Athen“, einen Acht-Punkte-Plan zur Bewältigung der Biodiversitätskrise, veröffentlicht hatte, wurden im September auf Einladung der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft bei einem hochrangigen Treffen im westschwedischen Strömstad die europäischen Positionen für die CBD-Verhandlungen diskutiert. Beobachtern zufolge sind derzeit vier Optionen in der Debatte. So könnte ein neues EU-Biodiversitätsziel verkündet werden, das weniger ehrgeizig als das 2010-Ziel ist und leichter erreicht werden kann. Die einfallsloseste Variante besteht darin, das 2010-Ziel einfach mit einem neuen Datum

– etwa 2020 – zu versehen. Anspruchsvollere Ziele würden Nutzungsaspekte und Ökosystemleistungen oder – so die vierte Variante – Aspekte des Klimaschutzes einbeziehen. Für welches Ziel sich die EU entscheidet, soll Ende Januar in Madrid bekannt gegeben werden, wenn Spanien die EU-Präsidentschaft von Schweden übernommen hat.

Ein Jahr der hochrangigen Treffen

Auch im Jahr 2010 wird die Suche nach geeigneten Zielen weitergehen. Eine Reihe von hochrangigen Treffen ist bereits anberaumt. Im Februar werden sich auf Einladung Norwegens die wichtigsten Akteure für die globale Biodiversität in Trondheim treffen, um Elemente eines Post-2010-Ziels zu diskutieren. Ebenfalls im Februar wollen das Globale Umweltministerforum sowie das UNEP Governing Council, das Steuerungsgremium des UN-Umweltprogramms, ihre Positionen zu den neuen Zielen festlegen. Im Mai wollen die Ausschüsse und Arbeitsgruppen der CBD Bilanz ziehen und die Post-2010-Verhandlungen vorantreiben. Die Vereinten Nationen, die das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der Biodiversität ausgerufen haben, werden sich auf einer Sondersitzung während ihrer Generalversammlung im September mit dem Thema befassen. Im Oktober wer-

den schließlich die Mitglieder der CBD zu ihrer Vertragsstaatenkonferenz im japanischen Nagoya zusammenkommen und ihre neuen Ziele benennen.

Zivilgesellschaft muss den Druck erhöhen

Die Zivilgesellschaft will sich aktiv einbringen, damit in Nagoya ein weitreichendes Ziel verabschiedet wird, das allen Ansprüchen gerecht wird. Noch mehr aber wollen die Nichtregierungsorganisationen auf die Umsetzung durch Regierungen und internationale Institutionen drängen. Ohne den politischen Willen, die nötigen rechtlichen und finanziellen Weichen zu stellen, werden auch alle strategisch verbesserten Ziele verfehlt und der Artenreichtum wird weiter abnehmen. Deshalb liegt es nun an der Zivilgesellschaft, den politischen Druck zu erhöhen.

Die Geografin Dr. Kathrin Blaufuss arbeitet beim Deutschen Naturschutzring und dem Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin und koordiniert die NGO-Vorbereitungen zur 10. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention im Oktober 2010.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177574, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.biodiv-network.de




UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN


GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



oekom
verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
4 | 2009

ETHISCHE GRUNDLAGEN DER KLIMAPOLITIK
SCHWERPUNKT: CCS, TEIL 2
TRANSPORT AND CLIMATE

oekom verlag
GAIA ist ein Mitglied der Zeitschrifteninitiative
www.oekom.de/gaia

Partizipative Demokratie

Europäisch aufbegehren

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation für mehr Bürgerbeteiligung gestartet

Ein erster Schritt auf dem langen Weg zu mehr Demokratie ist getan: Der Lissabon-Vertrag ebnet EU-BürgerInnen den Weg, ihre Anliegen direkt auf die Brüsseler Agenda zu bringen. Doch die konkrete Ausgestaltung der neuen Regelung steht noch aus. Immerhin müssen eine Million BürgerInnen aus unterschiedlichen Ländern mitmachen. Das kostet Zeit und Geld. Auch wie verbindlich der Bürgerwille wirkt, ist noch unklar. ■ VON MICHAEL EFLER, MEHR DEMOKRATIE

Nachdem der Vertrag von Lissabon von allen Mitgliedern der Europäischen Union ratifiziert wurde, ist er am 1. Dezember in Kraft getreten. Obwohl der Vertrag einige Defizite aufweist, ist dies ein Etappensieg für die direkte Demokratie. Denn der Lissabon-Vertrag eröffnet neue Möglichkeiten für die Partizipation der UnionsbürgerInnen. Ein Kernelement des Vertrages ist die Europäische Bürgerinitiative (European Citizen's Initiative, ECI), die auch aufgrund der Hartnäckigkeit des Vereins Mehr Demokratie Eingang in den Gesetzestext gefunden hat. Zum ersten Mal gibt es die Möglichkeit für die BürgerInnen, die Agenda auf EU-Ebene mitzubestimmen. Die Formulierung des entsprechenden Artikels im Lissabon-Vertrag (siehe Kasten unten) lässt viele wichtige Detailfragen unbeantwortet, legt aber wichtige Eckpunkte fest. Mindestens eine Million Stimmen

müssen gesammelt und auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden. Eine angemessene Hürde. Nur: Wie und nach welchen Kriterien darf gesammelt werden? Die Unterschriften müssen außerdem aus einer „erheblichen Anzahl von Mitgliedsländern“ stammen. Doch was heißt eigentlich „erheblich“? Um solche Fragen zu klären, bedarf es zur Anwendung der ECI noch einer Rechtsverordnung.

Grünbuch sieht zu hohe Hürden vor

Am 11. November hat die EU-Kommission das Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative veröffentlicht, in dem Fragen zur ECI aufgeworfen und Lösungen vorgeschlagen werden. Bevor der Entwurf an den EU-Ministerrat und das Parlament weitergeleitet wird, können zivilgesellschaftliche Initiativen und Einzelpersonen in einem Konsultationsverfahren zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nehmen (siehe Kasten auf Seite 8). Nun liegt es an den Bürgerinnen und Bürgern sowie interessierten Nichtregierungsorganisationen, sich in den Konsultationsprozess einzuschalten und Antworten auf die im Grünbuch aufgeworfenen Fragen an die Kommission zu schicken. Mehr Demokratie will sich dabei intensiv einbringen.

Es ist wichtig, dass BürgerInnen, Initiativen und Verbände durch angemessene Hürden und faire Regeln ermutigt werden, eine ECI zu starten. Je höher die Hürden, desto geringer die Aussicht auf Erfolg und somit auch der Anreiz. So versteht die Kommission unter einer „erheblichen Anzahl“ mindestens neun Länder. Eine so hohe Zahl würde nach Ansicht von Mehr Demokratie ressourcenstarke,

ohnehin europaweit aufgestellte Verbände bevorzugen, während weniger breit aufgestellte Initiativen kaum eine Chance hätten. Ebenso wie die Kommission ist Mehr Demokratie der Meinung, dass aus jedem dieser Länder eine Mindestanzahl an Unterschriften zusammenkommen muss. Allerdings ist es ausreichend, wenn mindestens 0,1 Prozent der BürgerInnen aus einem Land unterschreiben, die Kommission fordert dagegen ein Quorum von 0,2 Prozent. Die Unterschriften sollten frei – also nicht nur in Amtsräumen – und innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten gesammelt werden dürfen. Denn gerade in ländlichen Gebieten braucht es Zeit, eine große Anzahl an Unterschriften zusammenzubekommen. Fair wäre es außerdem, der Initiative die Wahl zu lassen, ob sie „nur“ eine Aufforderung beziehungsweise einen Vorschlag oder schon einen ausformulierten Gesetzestext einbringen will. Falls eine Initiative für unzulässig erklärt werden sollte, fordert Mehr Demokratie das Recht, diese Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof anzufechten.

BürgerInnen sollten auch bei Verfassungsfragen mitreden dürfen

Einen zentralen Streitpunkt könnte die Frage der Zulässigkeit von vertragsändernden oder konstitutionellen Bürgerinitiativen darstellen. Bislang ist umstritten, ob ECI auch Änderungen der EU-Verträge zum Inhalt haben dürfen. Aus der Sicht von VertreterInnen für direkte Demokratie ist dies sowohl europarechtlich möglich und als auch politisch dringend notwendig. So werden im Unterschied zu den Verfassungen der Mitgliedstaaten viele

Eine Million Unterschriften

„Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.“

Artikel 11 (4) des Lissabon-Vertrages

Konsultation und Termine

Das Konsultationsverfahren über das Grünbuch zum Europäischen Bürgerbegehren läuft noch bis zum 31. Januar. Beiträge können an die EU-Kommission geschickt werden.

- Mehr zur Konsultation:
www.kurzlink.de/eci-konsultation2009
- Grünbuch:
www.kurzlink.de/KOM2009-622.pdf
- E-Mail-Adresse für Stellungnahmen:
eci-consultation@ec.europa.eu

Am 4. und 5. Dezember findet in Brüssel ein öffentliches Fachgespräch statt, bei dem über das Grünbuch diskutiert wird. Organisiert wird es vom EU-Abgeordneten Gerald Häfner.

- Europäisches Parlament, Gerald Häfner, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2847372, E-Mail: gerald.haefner@europa.eu

politische Feststellungen in den Verträgen selbst getroffen. Das beste Beispiel dafür ist der Euratom-Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft, der neben dem Lissabon-Vertrag nach wie vor gilt. Die Kommission äußert sich zu diesem Punkt

überhaupt nicht. Offenbar geht sie davon aus, dass Bürgerinitiativen zu diesem Thema nicht möglich sind. Hier wird also noch großer politischer Druck vonnöten sein.

Was mit dem Ergebnis passiert, ist offen

Eine Bürgerinitiative auf EU-Ebene verschlingt viele Ressourcen. Daher schlägt Mehr Demokratie vor, dass ein Teil der Kosten erstattet wird, denn so wird es für Initiativen leichter, eine solche Kampagne auf den Weg zu bringen.

Eine zulässige und erfolgreiche Initiative sollte natürlich auch nicht ohne Folgen bleiben. Nichts wäre schlimmer, als wenn eine Bürgerinitiative viel Zeit, Geld und Material in das Sammeln von Unterschriften und eine Kampagne stecken würde und ihr Anliegen dann nicht ernsthaft behandelt wird. Es sollte deshalb ein Anhörungsrecht für die Initiative bei der Kommission geben. Wenn die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorlegt, dann sollte die Initiative auch vom EU-Parlament sowie vom Ministerrat angehört werden müssen.

Weiterhin muss vorgeschrieben werden, dass die EU-Kommission über jeden gültigen Vorschlag einer Initiative innerhalb einer bestimmten Frist entscheidet.

Zulässige Bürgerinitiativen sollten außerdem im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.

Ökologische Themen direkt einbringen

Auch die Naturschutzverbände sollten sich an dem Konsultationsverfahren beteiligen. Es gibt eine Reihe von Beispielen aus EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz sowie aus den deutschen Bundesländern, die zeigen, dass wichtige umweltpolitische Fortschritte über direktdemokratische Verfahren durchgesetzt werden konnten, zum Beispiel zum Atomausstieg, zur Energiewende oder für eine ökologischere Verkehrspolitik. Die ECI stellt zwar nur einen ersten Schritt auf den Weg zu mehr direktdemokratischer Mitbestimmung in der EU dar. Trotzdem bietet sie eine Möglichkeit, die Agenda der EU zu beeinflussen.

Der Volkswirt und Sozialökonom Michael Efler ist Vorstandssprecher von Mehr Demokratie und leitet das Berliner Büro der Organisation.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 42082370,
E-Mail: michael.efler@mehr-demokratie.de,
www.mehr-demokratie.de

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Vom Strippenziehen – Die Folgen von Lobbying & Korruption für Umwelt und Gesellschaft

Industrieberater verwässern Umweltgesetze, AKW-Betreiber finanzieren Bürgerinitiativen pro Atomkraft – auch Greenwashing, Nebenanstellungen oder Bestechung lassen nur schwer durchschauen, wer welche Interessen verfolgt.

Die *politische ökologie*¹¹⁷ nimmt die Lobbygruppen und ihre Methoden unter die Lupe. Sie deckt Umweltskandale auf und bietet Ansätze für mehr Demokratie und eine kritischere Öffentlichkeit.

- _Warum sorgt die Politik nicht für mehr Transparenz?
- _Welche Strukturen fördern den Filz?
- _Ist die Wirtschaftskrise ein Nährboden für Korruption?

Mit Beiträgen von T. Leif, U. Müller, G. C. Klug, D. Plehwe, A. v. Bernstorff, B. Bannenberg u.v.m.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 117 an_14,90 EUR (zzgl. Versand)/26,80 CHF!
_ISBN 978-3-86581-185-1_oekom verlag_Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaft**Verbrennen vermeiden**

■ „Reduce, Reuse, Recycle – aber bitte nicht in Deutschland?“ Unter diesem Titel hat sich der Naturschutzbund Anfang November mit einem Dialogforum in die Debatte um ein neues Gesetz zur Kreislauf- und Abfallwirtschaft eingemischt. 2010 muss die Bundesregierung den Inhalt der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht übertragen. UmweltpertInnen aus Wissenschaft und Verbänden forderten, dass die Abfallpolitik viel früher beginnen muss, nämlich bei einer nachhaltigen Produktpolitik. Zudem seien die ersten drei Stufen der fünfstufigen Abfallhierarchie – vermeiden, wiederverwenden, recyceln – gegenüber der sogenannten thermischen Verwertung (Stufe 4) zu fördern. Eine neue Studie des Forschungsinstituts IFEU zeige, dass die stoffliche Verwertung von Kunststoffen einen Klimavorteil gegenüber der energetischen Verwertung im Ersatzbrennstoffkraftwerk und einen noch deutlicheren gegenüber der Verbrennung in der herkömmlichen Müllverbrennungsanlage aufweise. Der NABU-Abfallexperte Benjamin Bongardt forderte, dass die thermische Verwertung qua Gesetz nur mit eindeutiger ökologischer Begründung zulässig sein dürfe. [jg]

► www.nabu.de/kreislaufwirtschaft

Verpackungspolitik**Umweltcent gegen Einweg**

■ Eine vom NABU in Auftrag gegebene Studie des Öko-Instituts hat analysiert, ob eine Materialsteuer zusätzlich zum Einwegpfand einen möglichen Weg aus der Mehrwegkrise darstellt. Wegen der immer weiter steigenden Marktanteile umweltschädlicher Einwegflaschen aus Plastik sei die Einführung einer Umweltabgabe auf Getränkeverpackungen angezeigt. Auch

würde die Abgabe Hersteller umweltbelastender Getränkeverpackungen ganz im Sinne der Produktverantwortung mehr in die Pflicht nehmen. Die vorgeschlagene Abgabe ist der Studie zufolge sowohl mit deutschem als auch EU-Recht vereinbar.

Der NABU fordert nun die Einführung einer Umweltabgabe, da das Einwegpfand nicht die gewünschte Lenkungswirkung entfaltet habe. Der Verband stellte dazu ein Modell vor, nach dem sich der Liter Mineralwasser in der Einwegflasche aus Plastik um 9,4 Cent verteuern würde, in der Mehrwegflasche aus Plastik dagegen nur um zwei Cent. Der Liter Saft im Getränkekarton erhalte einen Preisaufschlag von 3,3 Cent. [jg]

► Studie (PDF, 84 S., 1,7 MB):
www.kurzlink.de/einweg-studie09

EU-Abfallpolitik**Aktionswoche gegen Müll**

■ Finanziert über das Naturschutzprogramm LIFE+ fand vom 21. bis 29. November die erste Europäische Woche für Abfallvermeidung (EWWR) statt. Zehn Mitgliedstaaten beteiligten sich an der Aktion, die Müllvermeidung und abfallarmen Konsum sowie die Durchsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie zum Ziel hat. Auch im nächsten Jahr und 2011 soll es ähnliche Veranstaltungen geben. [jg]

► www.ewwr.eu

Schadstoffregister**Giftstoffe online**

■ Wer wissen will, welche Schadstoffe die Industrieanlage in der Nachbarstraße im Jahr 2007 ausgestoßen hat, könnte jetzt im Internet fündig werden. Dort befindet sich seit Neuestem eine Datenbank mit Angaben über Schadstoffe, die rund 24.000 einzelne Betriebe in die Luft, in Gewässer und in den Boden abgegeben haben. Offiziell heißt diese Datenquelle Schadstoff-

freisetzung- und -verbringungsregister, abgekürzt PRTR (Pollutant Release and Transfer Register). Neben den 27 EU-Staaten sind auch Daten der Beitrittskandidaten sowie Informationen aus Island, Liechtenstein und Norwegen erfasst.

Das PRTR bündelt Informationen über die Jahresdaten von 91 Schadstoffen. Außerdem enthält es Daten zur Menge und Art von Abfällen, die entweder innerhalb der Staaten oder auch grenzüberschreitend mit Giftmülltransporten von Industriebetrieben zu Abfallentsorgern gebracht wurden. Ab 2010 sollen die Daten jährlich jeweils im April aktualisiert werden. [jg]

► PRTR: <http://prtr.ec.europa.eu>
► PRTR-Daten für Deutschland: www.prtr.de

Schwermetalle**Sparlampen extra entsorgen**

■ Die Quecksilberwerte in Energiesparlampen sollten dringend gesenkt werden. Das hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) von der Bundesregierung und auch auf EU-Ebene gefordert. Nach DNR-Angaben muss der bisherige Grenzwert von fünf Milligramm Quecksilber mindestens halbiert werden. Dies sei auch technisch möglich, einige Hersteller kämen bereits mit weniger als zwei Milligramm aus.

Etwa 90 Prozent der Energiesparlampen aus Privathaushalten werden laut DNR falsch entsorgt. Nach offiziellen Daten kommen europaweit jährlich bis zu 15 Tonnen Quecksilber für Beleuchtung zum Einsatz, die Hälfte davon in Energiesparlampen und Leuchtrohren. Die Absenkung des Grenzwerts würde die Umwelt um einige Tonnen Quecksilber entlasten.

Quecksilber ist extrem giftig und verdampft bereits bei Zimmertemperatur. Eingeschlossen in Energiesparlampen ist es zwar keine akute Gefahr, die Lampen müssen jedoch recycelt werden und dürfen nicht in den normalen Hausmüll. [jg]

► DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.dnr.de, www.zeromercury.org

Neues Denken, neue Chancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?
Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

Hans-Peter Dürr

Warum es ums Ganze geht

Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-173-8

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



GANZE

Chemikalien international

Endosulfan bald verboten?

■ Ein Expertenausschuss hat im Oktober Endosulfan als eine von drei gefährlichen Chemikalien für ein mögliches Verbotverfahren unter der POP-Konvention nominiert. Damit kann Endosulfan von der Nutzung und Produktion ausgeschlossen werden, wenn die Vertragsstaaten des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs) dies bei ihrem nächsten Treffen im Mai 2011 befürworten. Das gefährliche Pestizid hat nach Angaben des Ausschusses Eigenschaften eines langlebigen organischen Schadstoffes (POP) mit globalem Aktionsradius. Daher will der Ausschuss eine Risikobewertung vornehmen, die eine Analyse möglicher Kontrollmechanismen für diesen Schadstoff beinhaltet. Endosulfan wird beim Anbau von Soja, Baumwolle, Reis und Tee verwendet. Es ist hochgiftig für Menschen und auch viele Tiere. Es lässt sich in der Umwelt und inzwischen sogar in der Arktis nachweisen.

Der Ausschuss zur Überprüfung langlebiger organischer Schadstoffe (POPRC) besteht aus 31 Mitgliedern, die ihre Regionen aus aller Welt repräsentieren. Derzeit sind 21 Chemikalien in der POP-Konvention genannt. Seit Beginn seiner Arbeit hat der POPRC neun Chemikalien zur Nennung empfohlen und alle neun wurden anerkannt. Diskutiert wird derzeit auch ein Verbot für kurzkettige chlorierte Paraffine und für das Flammschutzmittel Hexabromocyclododecan (HBCD). [aks]

► <http://chm.pops.int>

EU-Chemikalienpolitik

EU senkt Grenzwerte für elf Pestizide

■ Die EU-Kommission hat eine Verordnung verabschiedet, mit der die erlaubten Obergrenzen für Rückstände von elf Pestiziden gesenkt werden. Aufgrund neuer Erkenntnisse über die Toxikologie und

die Belastung von Menschen könnten diese Substanzen nicht mehr als sicher für bestimmte Verbrauchergruppen gelten, hieß es zur Begründung. Die Kommission folgte einer Empfehlung der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA. Danach können die bisherigen Grenzwerte für die elf Stoffe vor allem für Kinder gesundheitsgefährdend sein. Betroffen sind beispielsweise Pestizidrückstände in Kirschen oder Möhren. [mbu]

► www.ec.europa.eu/food/plant/protection

Lärm

Europäische Lärmkarte

■ Die Europäische Umweltagentur hat die erste Übersichtskarte über Lärmbelastungen veröffentlicht. Die NOISE-Datenbank enthält die Lärmemissionen von Flughäfen, Autobahnen, Industrie und großen Straßen, die die EU-Mitgliedstaaten bis Februar 2009 gemeldet haben. Das Europäische Lärmüberwachungs- und Informationssystem NOISE bezieht sich auf die Richtlinie 2002/49/EG über Umgebungslärm. Ausgewählt werden können die Hauptlärmquellen, die Lärmemissionen nach Dezibel, einzelne EU-Staaten und auch größere Städte. Demnach leben, um ein Beispiel aus Deutschland zu nennen, in Frankfurt am Main und in Hamburg die meisten Menschen, die unter nächtlichem Industrielärm zu leiden haben. [jg]

► NOISE-Daten: <http://noise.eionet.europa.eu>

Klimaschutz

Ozonschicht gefährdet

■ Fluorkohlenwasserstoffe (HFC) fallen bis auf Weiteres nicht unter das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht. Die Vertragsstaaten konnten sich Anfang November in Ägypten nicht darauf einigen, die bisher in dem internationalen Klimaabkommen UNFCCC nur ungenügend kontrollierte Treibhausgasgruppe ins

Montreal-Protokoll zu integrieren. Damit wurden die Vorschläge von Mikronesien und Mauritius sowie Kanada, Mexiko und den USA nicht angenommen. Ein Großteil der Vertragsstaaten will abwarten, was bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen herauskommt, anderen geht ein Verbot von HFC zu weit.

Etwas Bewegung kam dagegen in Pläne zur Reduzierung von Methylbromid. Das giftige Flüssiggas wird unter anderem zur vorbeugenden Schädlingsbehandlung von Schiffsladungen und anderen Transporten genutzt. Viele Staaten berichteten, dass sie inzwischen zu Alternativen greifen. 2010 soll ein Bericht über Alternativen vorgelegt werden. Die anderen Staaten wurden aufgefordert, jeweils eigene Maßnahmen zu ergreifen. [jg]

► www.ozone.unep.org

Nanotechnologie

2011 sehen wir weiter

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober einen Bericht über den Erfüllungsstand ihres Nano-Aktionsplans 2005 bis 2009 vorgelegt. Sie sieht Fortschritte, aber auch weiteren Regelungsbedarf in zahlreichen Bereichen: Forschung, Entwicklung, Vermarktung, Gesundheit und Umweltschutz. Doch erst 2011 sollen eine aktualisierte Übersicht über die Rechtsvorschriften zu Nanotechnologien und Informationen über Arten und Verwendungszwecke von Nanomaterialien sowie über Sicherheitsaspekte vorgelegt werden.

Immerhin will die EU-Kommission den Dialog mit der Gesellschaft „direkter, stärker fokussiert und kontinuierlicher“ führen und sagte zu, Fragen des Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutzes im Blick zu behalten. Zudem erwägt die Kommission im kommenden Jahr die Vorlage eines neuen Aktionsplans für Nanotechnologie. [jg]

► Durchführungsbericht 2007–2009: www.ec.europa.eu/nanotechnology (Second Implementation Report 2007–2009)

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Welthandel I

Kanada gegen EU: Verbot von Robbenprodukten

■ Die kanadische Regierung hat im Streit mit der EU über ein Importverbot für Robbenprodukte das Schiedsgericht der Welthandelsorganisation (WTO) eingeschaltet. Kanada ist der Meinung, dass die EU gegen die WTO-Verträge verstoßen habe. Die EU hatte kürzlich den Handel mit sämtlichen Robbenprodukten aus Tierschutzgründen verboten. Ausnahmen gibt es nur in sehr eingeschränktem Maße für die Inuit zu kulturellen und traditionellen Zwecken.

Kanada, mit Abstand größter Produzent von Robbenfellen und -artikeln, weist die Anschuldigungen zurück. Es gebe für das Vorgehen der EU keinerlei gesicherte wissenschaftliche Basis, argumentiert der kanadische Handelsminister Stockwell Day. Einer solchen bedarf es jedoch, um nach den Vorschriften der WTO den freien Handel einzuschränken. Die EU sei auf massive Lobbykampagnen von Tierschützern hereingefallen, so der Minister. Die Opfer seien die kanadischen Robbenjäger, deren Jobs nun bedroht seien. Die EU war bisher der größte Markt für kanadische Robbenprodukte. Day betonte, man wolle die EU nun über die Zusammenhänge aufklären und hoffe auf Einsicht.

Die internationale Tierschutzorganisation IFAW beschuldigt dagegen die kanadische Regierung, einen aussterbenden Wirtschaftszweig mit Millionensubventionen am Leben zu erhalten. Auch die kanadische Bevölkerung unterstütze ein Ende des Robbenschlachtens.

In einem ersten Schritt werden nun Kanada und die EU versuchen den Streit bilateral beizulegen. Gelingt dies nicht binnen 60 Tagen, kann Kanada eine offizielle Klage bei der WTO einreichen. [ms]

► www.wto.org (Dispute Settlement – Case No. DS 400)
► Hintergrund: www.tierschutzbund.de/3137.html

Welthandel II

EU gegen China: Hürden für Rohstoffexporte

■ Die EU hat China vor dem Schiedsgerichtshof der Welthandelsorganisation (WTO) wegen unerlaubter Exportrestriktionen für Rohstoffe verklagt. Nach Ansicht der EU hat China in den letzten zwei Jahren für zahlreiche Rohmaterialien handelshemmende Maßnahmen wie Quotenregelungen, Exportbeschränkungen oder Minimalpreise festgelegt. Betroffen sind etwa Phosphor, Zink, Magnesium, Bauxit und Silizium.

Die EU – wie auch Mexiko und die USA, die ebenfalls Klage eingereicht haben – sieht in den Maßnahmen einen klaren Verstoß gegen die WTO-Regeln. Die Freihandelsabkommen der WTO verbieten ihren Mitgliedern, sogenannte nicht tarifäre Handelsbeschränkungen zu erlassen. China ist 2001 der WTO beigetreten.

EU-Handelskommissarin Catherine Ashton sagte, Chinas Restriktionen verzerrten den Wettbewerb, erhöhten die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und verschlechterten die Bedingungen für europäische Unternehmen. Die chinesischen Firmen könnten auf billigere Rohstoffe zugreifen und hätten somit gegenüber der internationalen Konkurrenz einen illegitimen Vorteil, so Ashton. Betroffen seien vor allem die Chemie-, Stahl- und Metallindustrie. Trotz dieser und anderer Handelsstreitigkeiten ist das Handelsvolumen zwischen der EU und China auf mittlerweile 300 Milliarden Euro pro Jahr angewachsen.

Eine bilaterale Konsultation – der erste zwingend erforderliche Schritt im Streit-schlichtungsprozedere der WTO – war im Sommer erfolglos geblieben. Nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen hatte die EU offiziell Klage eingereicht. Nach Abschluss der ersten Instanz können die Parteien ein Appellationsgericht anrufen, das gegebenenfalls empfindliche Strafen verhängen kann. [ms]

► www.wto.org (Dispute Settlement – Case No. DS 395)

KLIMA & ENERGIE

Klimapolitik

Europa meldet: Klimaziel übertroffen

■ Rechtzeitig vor dem Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen hat die Europäische Kommission vorgerechnet, dass die EU-Staaten ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nicht nur erfüllen, sondern sogar deutlich übertreffen können. In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht prognostiziert die Kommission, dass die Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Methoden ihre Emissionen für den Zeitraum 2008 bis 2012 um etwa 13 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 senken werden. Damit würden sie das Kyoto-Ziel von acht Prozent deutlich übertreffen.

Die 13-prozentige Reduktion setzt sich zusammen aus den bereits erreichten Werten, Emissionsminderungen durch zusätzliche Maßnahmen, eingekaufte Zertifikate aus den sogenannten flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls und Einsparungen durch Aufforstungsmaßnahmen, die im Kyoto-Protokoll aber momentan

nicht gezählt werden dürfen. Im Detail räumte die Kommission allerdings große Unsicherheiten ein. So seien die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nur schwer abzuschätzen und in die Berechnungen flössen zahlreiche politische Maßnahmen ein, die bisher eher angedacht als beschlossen seien. [ms]

► www.ec.europa.eu/environment (Policies – Climate Change)

Internationale Klimaverhandlungen

Kopenhagen soll nur ein Anfang sein

■ Der UN-Klimagipfel vom 7. bis 18. Dezember in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen wird nicht den erhofften Durchbruch im Klimaschutz bringen: Es wird kein rechtlich verbindliches Abkommen geben, das die Treibhausgasemissionen deutlich reduziert und damit den Anstieg der globalen Temperatur auf weniger als zwei Grad begrenzt. In diesem Sinne hat sich im November nicht nur UN-Generalsekretär Ban Ki Moon geäußert, auch die Staats- und Regierungschefs

der Asien- und Pazifikstaaten (ASEAN) erteilten einem solchen Abkommen eine klare Absage. Stattdessen versprachen sie, sich zu bemühen, möglichst große politische Fortschritte zu erzielen, die dann in der Zeit nach dem Kopenhagen-Gipfel zu konkreten Ergebnissen führen könnten.

Die wesentlichen Streitpunkte sind nach wie vor die Emissionsreduktionsziele der Industriestaaten und die Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern. Vor allem die USA weigern sich, in verbindliche Ziele einzuwilligen. Stattdessen schlagen sie vor, nationale Maßnahmen in einen Anhang aufzunehmen. Die EU hat ihre Zielvorstellungen dagegen auf den Tisch gelegt: 20 Prozent weniger Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 und 30 Prozent, wenn andere Industriestaaten mitmachen. Bei der Finanzierung geht es neben der Frage „Wer zahlt?“ auch um die institutionelle Anbindung der Finanztransfers.

Neben diesen beiden Hauptstreitpunkten gibt es eine Reihe weiterer Kontroversen, bei denen Fortschritte in Kopenhagen zumindest möglich sind. Dazu zählen die Frage der Anrechnung „vermeidener Entwaldung“, die Einbeziehung des Schiffs- und Flugverkehrs in die Emissionsberechnungen, eigentumsrechtliche

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energiesparen in Kirchen

Klick, klick und klick. Das Kirchenschiff erstrahlt, dank hunderter Glühbirnen. Die Ölheizung bullert bereits etliche Stunden, damit die Kirchgänger nicht frieren. Das alles kostet viel Energie – und Geld. Energiesparen lautet das Gebot der Stunde – das Sparpotenzial ist enorm. Dieser Ratgeber zeigt, wie Sie den Energieverbrauch in Ihrer Gemeinde auf den rechten Weg bringen – mit zahlreichen Beispielen, Praxistipps und hilfreichen Checklisten.

C. Dahm

Energiesparen in Kirchengemeinden

Ein praktischer Leitfaden herausgegeben von der EnergieAgentur.NRW
oekom verlag, München 2009, 150 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen,
Loseblattsammlung in Broschurmappe, 18,90 Euro, ISBN 978-3-86581-135-6

Erhältlich bei

www.oekom.de

kontakt@oekom.de

Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Schwierigkeiten beim Technologietransfer sowie die Weiterentwicklung der flexiblen Mechanismen für Deals zwischen reichen und armen Staaten, vor allem des Clean Development Mechanism (CDM). [ms]

- ▶ UN-Klimasekretariat: www.unfccc.int
- ▶ Climate Action Network: www.climnet.org

Koalitionsvertrag

Klima- und Energiepolitik der Regierung bleibt nebulös

■ Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus Union und FDP spricht im Kapitel Klimaschutz, Energie und Umwelt eine Reihe von energie- und klimapolitischen Themen an und nennt einige Maßnahmen, die die Regierung in der kommenden Legislaturperiode ergreifen will. Was sich allerdings konkret hinter den einzelnen, vielfach schwammig gehaltenen Formulierungen verbirgt, bleibt häufig offen.

So bekennt sich die Regierung weiterhin zu dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dafür wolle man „wo immer möglich“ die marktbasierenden Mechanismen des Kyoto-Protokolls nutzen. Andere Maßnahmen auf EU-Ebene wie Klimazölle oder CO₂-Abgaben schließt der Vertrag aus. Energieintensive Unternehmen sollen ihre Emissionszertifikate auch weiterhin kostenlos bekommen.

Die Regierung möchte hocheffiziente Kohlekraftwerke bauen lassen und die Akzeptanz von Anlagen zur CO₂-Abscheidung und -speicherung (CCS) erhöhen. Die nationalen Energienetze sollen ausgebaut und in Kombination mit Informations- und Kommunikationstechnologie zu „intelligenten Netzen“ weiterentwickelt werden.

Die erneuerbaren Energien will die Koalition konsequent ausbauen, um sie marktfähig zu machen. Dafür müssten sowohl Über- als auch Unterförderung vermieden werden. Zum 1. Februar 2012 soll eine Novelle des Erneuerbare-Energien-

Gesetzes auf den Weg gebracht werden. Offshorewindkraft, Biogas und Solarstrom aus Nordafrika werden besonders gefördert. Im Biomassektor will die Regierung eine Initiative für ein Nachhaltigkeitszertifikat ergreifen.

Die Energieeffizienz will die Regierung mit „weniger Zwang“ erhöhen. Dafür will sie die EU-Energiedienstleistungsrichtlinie nur minimal umsetzen und bei der Richtlinie zur Gebäudeeffizienz „auf Ausgewogenheit achten“. Die Koalition befürwortet eine Energieverbrauchskennzeichnung von Produkten und plant eine „Energieinitiative Mittelstand“.

Atomkraft wird als Brückentechnologie bezeichnet. Den Bau neuer Atomkraftwerke schließt die Koalition aus. Dagegen ist sie zu einer Verlängerung der Laufzeiten bestehender AKW bereit. Der Erkundungsstopp im potenziellen Endlager in Gorleben wird unverzüglich aufgehoben. Die beiden anderen deutschen Endlager – Asse II bei Wolfenbüttel und Morsleben zwischen Braunschweig und Magdeburg – sollen dagegen zügig geschlossen werden. [ms]

- ▶ Koalitionsvertrag (PDF, 133 S., 630 kB): www.kurzlink.de/koalitionsvertrag-17

Klimawandel

Energieagentur warnt vor extremen Kosten

■ Wenn die Staaten der Welt an ihrer derzeitigen Energiepolitik festhalten, wird die globale Temperatur in diesem Jahrhundert im Durchschnitt um sechs Grad steigen. Irreparable Schäden für den Planeten sind die Folge. Zu diesem Ergebnis kommt die traditionell sehr industriefreundliche Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem World Energy Outlook 2009. So deutliche Worte hatte die IEA noch nie zuvor gefunden. Damit wollte sie nach eigenem Bekunden den politischen Druck vor den internationalen Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen erhöhen.

Um einen folgenschweren Klimawan-

del zu verhindern, müssten die Regierungen „schwere Entscheidungen“ treffen und mehr Geld in Energieeffizienz und CO₂-arme Energie investieren. Diese Investitionen würden sich aber schon deshalb lohnen, weil Nichthandeln die Welt langfristig jährlich 500 Milliarden US-Dollar kosten würde und somit keine Option sei, so die IEA.

Währenddessen warf die britische Zeitung The Guardian der IEA vor, Zahlen gefälscht zu haben. Unter dem Druck des Großverbrauchers USA habe die Agentur die Möglichkeiten, neue Ölreserven zu finden, zu positiv dargestellt. Die Annahme der IEA, dass die tägliche Ölförderung langfristig auf 95 Millionen Barrel steigen könnte, sei unrealistisch. Die derzeitige Förderung liegt bei 85 Millionen Barrel. Es sei allerdings eine Panik an den Finanzmärkten zu befürchten, wenn die tatsächlichen Zahlen bekannt würden, so der Guardian, der sich bei seinem Bericht auf interne Quellen bei der IEA berief. [ms]

- ▶ www.worldenergyoutlook.org
- ▶ www.kurzlink.de/guardian-iea

Tierhaltung

Mehr Treibhausgase aus der Fleischproduktion als gedacht

■ Die Tierhaltung beziehungsweise der Fleisch-, Milch- und Eierkonsum trägt zu 51 Prozent zum Klimawandel bei. Zu diesem Ergebnis kommen die Autoren Robert Goodland und Heff Anhang in dem Bericht „Tierhaltung und Klimawandel“, den das World Watch Institute Ende Oktober veröffentlicht hat. Hauptemissionsquellen sind danach die Zerstörung des Regenwaldes für den Futtermittelanbau und für Weideflächen sowie die Gasausscheidung der Tiere.

2006 war die UN-Welternährungsorganisation FAO in ihrer Studie „Der lange Schatten der Tierhaltung“ lediglich auf einen Beitrag von 18 Prozent gekommen. Die Autoren hatten unter anderem das Klimapotenzial der durch Tierhal-

tung und Futterproduktion verbrauchten Flächen sowie die Atmung der Tiere nicht mit eingerechnet.

Ende Oktober überraschte auch der ehemalige Weltbank-Chefökonom und Berater der britischen Regierung Lord Nicholas Stern mit seinem Aufruf zum Fleischverzicht. In einem Interview mit der britischen Zeitung Times sagte Stern, Fleisch zu essen werde einst so verpönt sein wie betrunken Auto zu fahren. Die Fleischproduktion verursacht viel Methan, das etwa 21-mal so klimaschädlich ist wie CO₂. Ein Rind stößt täglich etwa 150 bis 250 Liter Methan aus dem Darm aus. [mv]

► Bericht (PDF, 10 S., 720 kB):
www.kurzlink.de/livestock-climate

Klimaforschung

Neues Zentrum in Berlin

■ Berlin erhält ein neues Forschungszentrum für Klimapolitik. Die Climate Policy Initiative (CPI), die ihren Hauptsitz in San Francisco (USA) hat, eröffnet ein weiteres Büro in der deutschen Hauptstadt. Dort wird es beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angesiedelt. Geldgeber der CPI ist der Milliardär Geor-

ge Soros. Das CPI soll sich vor allem der Frage widmen, wie effizient lokale, nationale und internationale Klimapolitik ist und wie man sie verbessern kann. Damit grenzt sich das Institut bewusst von der Ausrichtung bestehender Forschungseinrichtungen wie dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung ab.

Konkrete Forschungsthemen für den Start des Instituts sind eine verbesserte Wärmedämmung für Altbauten, politische Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Umsetzung des Emissionshandels oder die Auswirkungen von Subventionen auf die Klimapolitik. [ms]

► www.kurzlink.de/diw-cpi

Bürogeräte

Neue Standards für Monitore

■ EU und USA haben sich Ende Oktober auf strengere Kriterien für Computermotoren, die das Energy-Star-Label tragen können, geeinigt. So vereinbarten sie höhere Energieeffizienzanforderungen für den Ruhezustand. Die 2006 beschlossenen Anforderungen an Monitore wurden damit verschärft. Mit dem freiwilligen Label

werden energieeffiziente Bürogeräte und -materialien wie Computer oder Drucker ausgezeichnet. Das Energy-Star-Programm deckt derzeit drei Produktgruppen ab.

Die EU-Kommission entwickelt die Kriterien in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten und der US-Umwelt-schutzbehörde EPA fortlaufend weiter. Energy Star ist Teil der von der EU-Kommission verfolgten Strategie, die Energieeffizienz zu steigern und die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz weltweit gehandelter Güter zu verbessern. [mv]

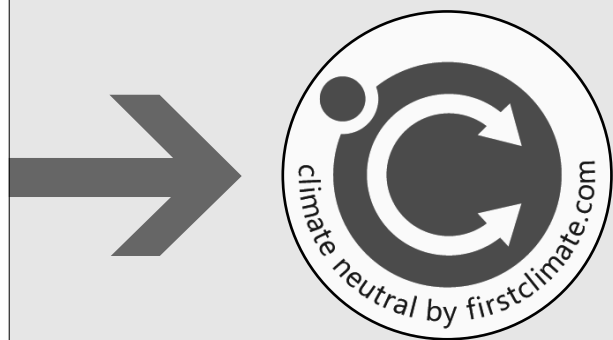
► www.eu-energystar.org

Energieeffizienzlabel

Wer A+++ sagt, muss nicht so oft B sagen

■ Die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament haben sich Mitte November in den Verhandlungen über die Energiekennzeichnungsrichtlinie für Haushaltsprodukte auf einen Kompromiss geeinigt. Anstelle der geltenden und gut bekannten A-bis-G-Kennzeichnung wird es in Zukunft Effizienzklassen bis A+++ für die spar-

oekom verlag



Unser Ideal heißt klimaneutral

Wir folgen dem Motto »Vom Wissen zum Handeln« und publizieren nicht nur zu Nachhaltigkeit, sondern leisten auch als Unternehmen einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz: Seit Mai 2008 ist oekom der erste klimaneutrale Verlag Deutschlands.

Hierfür haben wir zunächst unseren CO₂-Ausstoß in allen Betriebsabläufen so weit wie möglich reduziert – etwa bei der Wahl unseres Stromanbieters im Verlagssitz und in der Druckerei. Den unvermeidbaren Rest an CO₂-Emissionen gleichen wir über unseren Partner First Climate AG aus: durch eine finanzielle Beteiligung an acht neuen Windkraftturbinen in Indien, bewertet nach Gold-Standard des World Wide Fund for Nature.

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

samsten Haushaltsprodukte geben. Die beiden höchsten Effizienzklassen werden danach auf etwa ein Drittel aller Produkte zutreffen. „Der heutige EU-Kompromiss hat es verpasst, hohe Standards für Energieeffizienz und Verbraucherinformation zu setzen“, kommentierte Satu Hassi, finnische EU-Parlamentarierin der Grünen und Mitglied im Umweltausschuss. Den Vorschlag der Mitgliedstaaten mehr als drei Pluszeichen hinter der A-Klasse zuzulassen, konnten die ParlamentarierInnen jedoch verhindern. Dies hätte in Zukunft dazu geführt, dass fast alle Produkte das begehrte A bekommen hätten. Schon jetzt, so beklagten die europäischen Grünen, sei die Aussagekraft des Labels stark untergraben. [mv]

- Informationsseite der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/energy/efficiency (Labelling)

EU-Gebäuderichtlinie

Europas Bauten bleiben Energiefresser

■ Bei den Verhandlungen über die Neufassung der europäischen Gebäuderichtlinie haben sich EU-Ministerrat, Parlament und Kommission Mitte November in Brüssel auf einen Kompromiss geeinigt. KlimaschützerInnen zeigten sich enttäuscht, dass das enorme Energieeinsparpotenzial im Gebäudesektor mit der Einigung weitgehend ungenutzt bliebe: „Die EU-Regierungen haben fast alles gestrichen, was die energetische Sanierung vorantreiben könnte“, kritisiert Stefanie Langkamp, Klimaschutzreferentin des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Mit einer ambitionierten Richtlinie hätte die EU ihre CO₂-Emissionen und ihre Energieabhängigkeit erheblich reduzieren, eine halbe Million neuer Arbeitsplätze schaffen und mehrere Milliarden Euro an Heiz- und Stromkosten sparen können.

Die EU-ParlamentarierInnen konnten sich in den Verhandlungen weder mit konkreten Ausbauzielen für Niedrigenergiehäuser noch mit einer Vorreiterrolle für

den öffentlichen Sektor durchsetzen. Auch lehnten die Mitgliedstaaten im Rat die Verpflichtung ab, finanzielle und steuerliche Anreize für Investitionen in energieeffiziente Gebäude zu schaffen.

Bei den Neubauten konnte das Parlament hingegen einen Erfolg verbuchen. Für diese gilt ab 2021 der Niedrigenergiestandard, für neue öffentliche Gebäude schon ab 2019. Allerdings machen neue Gebäude nur ein Prozent des Gebäudebestandes aus.

40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU entfallen auf den Gebäudesektor. [mv]

- DNR, Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177579, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de
- Hintergrundpapier: www.eu-koordination.de (Publikationen – Broschüren)

Energieversorgung

Eon verkauft Stromnetz ins Ausland

■ Der Energiekonzern Eon verkauft sein Höchstspannungsnetz an den niederländischen Staatsbetrieb Tennet. Der Vertrag soll zum Jahreswechsel wirksam werden. Regionale Netze bleiben allerdings weiter in der Hand des Münchner Konzerns. Der Kaufpreis beträgt 885 Millionen Euro.

Zu dem Schritt sah sich Eon durch die EU-Kommission gezwungen, die mit Kartellstrafen gedroht hatte, weil die vier großen Stromanbieter auf dem deutschen Markt, Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, mit der Produktion des Stroms und der Kontrolle der Netze eine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Die Kommission fordert seit Langem mehr Konkurrenz unter den deutschen Stromproduzenten. Eon verkauft als erster der vier großen Anbieter sein Netz – ein Schritt, der als ein wesentlicher Beitrag zu einer Liberalisierung des deutschen Strommarktes angesehen wird. Verbraucherverbände erwarten mittelfristig niedrigere Preise.

Inwieweit der Verkauf des Eon-Netzes

ins Ausland die Pläne der Bundesregierung, sämtliche Stromnetze zu einem einheitlichen Netz zu verschmelzen, behindern könnte, ist umstritten. Die Regierung hält an ihrem Plan fest und will Tennet zu entsprechenden Gesprächen einladen. [ms]

- Eon: www.kurzlink.de/eon-tennet

Atomkraft

RWE lässt bulgarisches Atomkraftwerk fallen

■ „Endlich: RWE bestätigt Rückzug aus Belene!“ So jubelte die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald über den Ausstieg des Energieriesen aus dem umstrittenen Atomkraftwerk in Bulgarien. Nachdem rund 30.000 BürgerInnen bei RWE protestiert hatten, gab der RWE-Vorstand am 28. Oktober in einem Schreiben an die staatliche bulgarische Energiegesellschaft seinen Rückzug aus dem Projekt bekannt. UmweltschützerInnen und Anwohner protestieren gegen den AKW-Bau, weil das Gebiet erdbebengefährdet und der Reaktortyp nicht sicher ist. Bulgarien will jetzt allerdings nach anderen Investoren suchen. RWE war mit 49 Prozent am Projekt beteiligt.

„Dass RWE so lange alle Warnungen vor den ökologischen, wirtschaftlichen, Korruptions- und Sicherheitsrisiken des Projekts ignoriert hat, deutet an, mit welcher Inkompetenz und ideologischer Verblendung der Konzern seine atompolitischen Ziele verfolgt“, sagte Urgewald-Sprecherin Heffa Schücking. Die Investoren und Aufsichtsräte von RWE müssten nun auch für die Streichung der Pläne zum Neubau eines Atomkraftwerks im rumänischen Cernavoda sorgen, forderte Schücking. Dabei handele es sich um zwei Risikoreaktoren ebenfalls in einem Erdbebengebiet und in einem Land mit massiven Korruptionsproblemen und niedrigen Sicherheitsstandards. [jg]

- Urgewald, Heffa Schücking, Sassenberg, Tel. +49 (0)160 / 96761436, www.urgewald.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Koalitionsvertrag**Bleibt König Kunde auf der Strecke?**

■ Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sprechen sich die Partner gegen die Einführung der sogenannten Ampelkennzeichnung aus. Diese sieht vor, die Nährwerte von Lebensmitteln auf der Verpackung mit den Farben der Ampel zu signalisieren. Sehr viel Zucker oder Fett bekämen dann einen roten Punkt. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) und die Verbraucherorganisation Foodwatch bedauerten die Absage. Schließlich spreche sich die Mehrheit der VerbraucherInnen für die Ampel aus.

Auch das Anliegen von Verbraucherschützern, das Verbraucherinformationsgesetz zu erweitern, bleibt in der kommenden Legislaturperiode wohl ein Wunsch. Die Interessenvertretungen der Konsumenten wollen, dass die Behörden bei Lebensmittelskandalen die Verursacher öffentlich nennen. Der Koalitionsvertrag erwähnt ein solches Ziel jedoch nicht. [mbu]

- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de
- ▶ VZBV, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, Fax -518, E-Mail: info@vzbv.de, www.vzbv.de

Kennzeichnung**Falscher Käse soll EU-weit kenntlich gemacht werden**

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) will in der EU so schnell wie möglich eine klare Kennzeichnung von falschem Käse und Schinken durchsetzen. Die Bundesregierung werde zügig ihre Vorstellungen in die laufenden Brüsseler Beratungen zu dem Gesetzesvorschlag für eine Verbraucherinformationsverordnung einbringen, hieß es im November im Bun-

desverbraucherministerium (BMELV) in Berlin. Ziel sei es, Käse- und Schinkenimitate EU-weit deutlich zu kennzeichnen.

Zuvor hatte die Verbraucherorganisation Foodwatch die Pläne der schwarz-gelben Koalition gegen Verbrauchertäuschung bei Lebensmitteln als Mogelpackung bezeichnet, weil sie nur EU-weit durchgesetzt werden könnten.

In den letzten Monaten war im Lebensmittelhandel häufig falscher Käse und Schinken aufgefallen, zum Beispiel auf Pizza. Käseimitat besteht aus Wasser, Pflanzenfett, Milcheiweiß, Stärke, Aromen und Farbstoffen, falscher Schinken aus Stärke-Gel und kleinen Fleischstücken. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Grüner Konsum**Ökologische Weihnachten**

■ Wer in diesem Jahr Weihnachten umweltbewusst genießen will, dem empfiehlt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) einen Christbaum aus einem regionalen Wald mit Umweltzertifikat. Ein Herkunftssiegel soll die Herkunft aus der nahen Umgebung garantieren.

Der umweltbewusste Christbaumpflanzer pflegt seinen Anbau per Hand oder durch Schafbeweidung und verzichtet auf Pestizide. Eine diesbezügliche Nachfrage hält die Schutzgemeinschaft in jedem Fall für angezeigt. Ökogütesiegel wie FSC oder das noch strengere Naturland-Zertifikat versprechen einen Baum aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft. Ein Baumkauf beim nahegelegenen Waldbauern oder Forstamt kann ein Erlebnis für die ganze Familie sein. Auch dieses Jahr werden in Deutschland voraussichtlich wieder rund 28 Millionen Weihnachtsbäume verkauft. 70 Prozent sind heimische Bäume, der Rest wird meist aus Dänemark importiert. [ans]

- ▶ www.kurzlink.de/bioweihnachtsbaum-09

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform**Agrargelder für Klimaschutz?**

■ Die EU-Agrarpolitik könnte ab 2013 einen finanziellen Schwerpunkt auf Klimaschutz haben. Das schließt der Informationsdienst EurActiv aus einem Entwurf für einen Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten Haushalt. Danach soll der Anteil der Agrarpolitik am Haushalt sinken. Bei den Direktzahlungen an Landwirte sollen „nicht obligatorische Dienste an die Umwelt, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden oder die Verbesserung der Landschaft in Gegenden mit hohem Landschaftswert“ eine höhere Priorität bekommen. Die Betriebsprämie würde dann an den Schutz „öffentlicher Güter“ angelehnt, wobei der Begriff bisher nicht klar definiert ist. Die Landwirtschaft solle aber mehr für den Klimaschutz tun. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sprach von 20 Prozent Emissionsreduktion bis 2020.

Bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die zurzeit diskutiert wird und für die die Kommission Mitte 2010 eine Liste mit Änderungsvorschlägen vorlegen will, könnte damit eine „dritte Säule“ für den Klimaschutz entstehen. Noch fließt der Löwenanteil der Agrarausgaben in die erste Säule mit Direktzahlungen für die Produktion von Lebensmitteln. Die finanziell schlechter ausgestattete zweite Säule fördert die ländliche Entwicklung. Dazu gehört auch nachhaltige Landbewirtschaftung, unter die die Agrarumweltprogramme fallen. [jg]

- ▶ www.ec.europa.eu/agriculture/index_de.htm

Koalitionsvertrag**Agrarwende abgewählt**

■ Zuschüsse für landwirtschaftliche Betriebe als Gegenleistung für Umweltschutz stehen nicht auf der agrarpolitischen Agenda der neuen Bundesregierung. Das

„Zuerst muss klar sein, welches Agrarmodell wir wollen, dann können wir über das Budget reden“

Im Europäischen Parlament wird darüber debattiert, wie es mit der Agrarpolitik nach 2013 weitergeht. Möglicherweise wird der Agrarhaushalt deutlich verkleinert. Aber das ist längst nicht entschieden und auch eine neue Agrarkommissarin gibt es noch nicht. Die für Landwirtschaft zuständigen Abgeordneten bekommen durch den Lissabon-Vertrag mehr Einfluss. Man werde genau hinsehen, was mit dem Geld aus Brüssel gemacht werde, sagt der Europaabgeordnete der Grünen Martin Häusling.

Umwelt aktuell: Was ändert sich mit dem Lissabon-Vertrag für die Agrarpolitik?

Martin Häusling: Wir hatten bis jetzt in der Agrarpolitik kein Mitentscheidungsverfahren. Bisher konnten wir im Agrarausschuss lediglich Stellungnahmen abgeben. Jetzt, wo das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags und damit die Mitentscheidung näher rückt, merkt man schon: Man nimmt den Agrarausschuss deutlich ernster.

Woran merken Sie das?

Wir hatten jetzt die erste Runde zur Agrarreform nach 2013 mit der EU-Kommission, mit dem Ministerrat. Nun kommt es ganz entscheidend darauf an, wie sich das Parlament dazu stellt.

Einem inoffiziellen Kommissionsdokument zufolge sollen die Agrarausgaben der EU „signifikant“ gesenkt werden. Wie schätzen Sie das ein?

Das sind die üblichen politischen Spielchen. Es werden Papiere etabliert, die angeblich nie offiziell in Umlauf sein sollten, und alle werden dahingehend gebrieft, dass der Agraretat stark sinken wird. Wir sagen ganz klar: Erst mal müssen wir die Inhalte definieren. Und dann müssen wir schauen, was an finanziellen Mitteln da ist. Jetzt schon zu sagen, es wird von 50 Milliarden auf 30 Milliarden gesenkt, das halte ich für noch nicht ausgemacht. Aber in der Tat wird es weniger geben. Es gibt einen großen Teil an Agrarmitteln, die auch unserer Meinung nach nicht sinnvoll und nicht nötig sind.

Zum Beispiel?

Die Exporterstattungen in Höhe von 600 Millionen Euro, die allein für Milch ausgegeben wurden. Die können wir uns locker sparen.

Die Direktsubventionen sollen nach 2013 stärker an umweltfreundliche Bewirtschaftung geknüpft werden. Worauf ist da besonders zu achten?

Zunächst müssen wir klären, welches Agrarmodell wir für Europa wollen. Wollen wir eines, das dem amerikanischen gleicht, sodass wir hoch rationalisierte Landwirtschaftsbetriebe bekommen, die billig

Massennahrungsmittel herstellen, oder wollen wir ein ausdifferenziertes Modell ohne Gentechnik mit naturnaher Landwirtschaft. Daran macht sich dann fest, für was wir in der Europäischen Union Geld geben. Wir müssen auch das Thema Klimawandel in die Diskussion bringen und sehen, welche Landbausysteme klimafreundlich sind. Der ökologische Landbau ist auf jeden Fall wesentlich klimafreundlicher als die industrielle Tiererzeugung.

Was kann Brüssel tun, um den Ökolandbau weiter voranzubringen?

Dass die zweite Säule, aus der Geld für die naturnahe Landwirtschaft gezahlt wird, ausgebaut werden soll, ist fast schon Konsens. Wenn wir die Klimaziele, den Schutz der Biodiversität und die Schaffung von Arbeitsplätzen als maßgebliche Kriterien bei der künftigen Beurteilung von Prämienzahlungen sehen, hat der Ökolandbau den größten Anspruch, noch Hilfestellung zu bekommen.

Die Landwirtschaft muss bis 2020 laut Kommissarin Fischer Boel 20 Prozent Treibhausgase einsparen. Wie kann das erreicht werden?

Der Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft wird unterschätzt. Man muss den vor- und nachgelagerten Bereich einbeziehen. Nehmen Sie zum Beispiel Futtermittelimporte wie Soja. Soja an sich ist schon ein Problem, gentechnisch verändertes erst recht. Wir leisten uns hier eine sehr intensive Viehhaltung, und zwar deshalb, weil wir sehr viel pflanzliches Eiweiß aus Brasilien, Argentinien und den USA bekommen. Brasilien und Argentinien betreiben nach wie vor massiven Abbau von Naturflächen und Regenwald. Und das muss man in die Klimabilanz einpreisen.

Wie geht es beim Thema Gentechnik weiter im Spannungsfeld zwischen Berlin und Brüssel?

Die Antigentechnikbewegung in Deutschland hat in den letzten Jahren viel bewirkt. Zum Beispiel gentechnikfreie Regionen, das Verbot von Genmais. Jetzt versucht aber die neue Bundesregierung, das wieder zurückzudrehen. Dass sie eine Sorte in den Koalitionsvertrag hineinschreiben, spricht, dass sie

die Genkartoffel Amflora anbauen wollen, ist schon sehr merkwürdig. Entscheidender ist aber für uns in Brüssel die Frage, welche Haltung die Bundesregierung bei den Genehmigungsverfahren einnimmt. Und da befürchte ich nichts Gutes.

Die Empfehlungen für oder gegen eine Zulassung gibt die europäische Lebensmittelbehörde EFSA. Die ist seit Langem in der Kritik und das Verfahren soll reformiert werden. Wie ist der Stand?

Nach wie vor ist die Kommission nicht gewillt, etwas zu ändern. Das könnten wir im Parlament mal aufgreifen. Was ich aber viel gravierender finde, ist, dass man das Verfahren renationalisieren will, weil die Kommission in vielen Punkten mit ihrer gentechnikfreundlichen Politik nicht weiterkommt und weil es in vielen EU-Ländern eine kritische Haltung gibt. Das wäre für die europäische Politik ziemlich desaströs.

Warum?

Wenn man bei 27 Staaten jeden einzelnen über den Anbau entscheiden lässt, kann das keine zielgerichtete, langfristige Politik sein. Man muss sich immer vor Augen führen: Entscheidungen für die Agrotechnik, die man einmal trifft, können nicht wieder zurückgenommen werden. Deshalb müssen wir von Seiten der Europäischen Union für alle Mitgliedstaaten einen festen Rahmen setzen und nicht jedem Land erlauben, zu machen, was es will. Allein für die Kontrollen der Produkte wäre das völlig unmöglich.

[Interview: Marion Busch]

Der Ökolandwirt Martin Häusling ist im Juni für die Grünen ins Europaparlament eingezogen. Dort will er sich für eine ökologisch und sozial nachhaltige Agrarpolitik einsetzen.

Kontakt: Tel. +32 (0)2 / 2845820, E-Mail: martin.haeusling@europarl.europa.eu, www.martin-haeusling.de



Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Waldumbau

Seit den 1990er Jahren werden im nordostdeutschen Tiefland Kiefern-Reinbestände in naturnahe Eichen-Kiefer-Bestände umgewandelt. Welche Chancen und Risiken gehen damit einher? Wie beeinflusst der Waldumbau den Standort, wie die Holzqualität, welche waldbaulichen Verfahren sind sinnvoll? Das Buch zeigt, wie sich die Partner entlang der gesamten Forst-Holz-Kette bei Planungs- und Entscheidungsprozessen effektiver vernetzen können und welche Handlungsoptionen sie haben.

M. Elmer, R. Kätzel, O. Bens, C.-T. Bues, H. Sonntag, R. F. Hüttl (Hrsg.)

Nachhaltige Bewirtschaftung von Eichen-Kiefern-Mischbeständen

im Spannungsfeld von Klimawandel, Waldumbau und internationalem Holzmarkt
oekom verlag, München 2009, 160 Seiten,
39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-196-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
verlag
Die guten Seiten der Zukunft

haben Umwelt- und alternative Bauernverbände wie der BUND und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisiert. Lob erhielt dagegen das in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Grünlandmilchprogramm, das mit 500 Millionen Euro finanziert werden soll. Das von der EU zur Verfügung gestellte Geld will das konservativ-liberale Kabinett Milchbauern im Allgäu und in anderen Regionen geben, damit diese auf andere Erwerbszweige umsatteln können.

Aus Sicht der AbL löst das Programm aber nicht das Problem der Überproduktion im Milchsektor. Jährlich fehlten den Bauern über vier Milliarden Euro Einnahmen, um kostendeckend zu arbeiten. Der niedrige Erzeugerpreis für Milch führt nach Auffassung des BUND auch dazu, dass Wiesen und Weiden immer weniger genutzt und teils zu Ackerland umgepflügt werden. Damit gingen große Flächen an Grünland verloren, die aber wichtig für den Natur- und Klimaschutz seien. Ein angemessener Milchpreis für die Bauern sei die Voraussetzung für wirksamen Umwelt- und Tierschutz. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Tel. +49 (0)176 / 65098341, E-Mail: reinhild.benning@bund.net, www.bund.net/agrarwende

Zulassung von Genpflanzen

Neuer Genmais auf EU-Markt

■ Schneller als erwartet hat die EU-Kommission Ende Oktober drei Genmaissorten für den Import sowie als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Mitte des Monats gab es im Agrarministerrat keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Vorschlag der Kommission, die Maislinien MON88017, MON89034 und 59122xNK603 in Europa zur Vermarktung zuzulassen. In einem solchen Fall kann die Kommission dann allein entscheiden. Sie folgte erneut der Einschätzung der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, die die drei Genmaissorten für genauso sicher wie konventionellen Mais

hält. Die Futtermittel- und Gentechnikindustrie hält die Einfuhr des Genmais für notwendig, weil nach ihrer Aussage ansonsten die Futtermittel in Europa knapp würden. Im Sommer war Tierfutter aus den USA wegen Spuren nicht zugelassener gentechnisch veränderter Bestandteile an den EU-Grenzen abgewiesen worden. Vertreter der Industrie und konventionelle Bauernverbände fordern deshalb die Abschaffung der Nulltoleranz für in der EU nicht genehmigte Genpflanzen.

Dass die Lage auf dem Futtermittelmarkt tatsächlich so angespannt ist wie behauptet, bezweifeln Umweltverbände. Auch der Umfang der verunreinigten Lieferungen ist offenbar geringer als von der Industrie behauptet. Laut Informationsdienst Gentechnik brachten Recherchen zutage, dass es in den vergangenen Jahren lediglich 18 Futtermittelladungen gab, die mit nicht zugelassenen genmanipulierten Organismen verunreinigt waren. Ursprungsland solcher Pflanzen seien fast immer die USA gewesen. [mbu]

- ▶ In der EU zugelassene gentechnisch veränderte Nahrungs- und Futtermittel: www.ec.europa.eu/food/dyna/gm_register/index_en.cfm

Imkerprodukte

Gentechnik im Honig vor dem Europäischen Gerichtshof

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) soll rechtliche Grauzonen klären, die für die gentechnikfreie Imkerei bedeutsam sind. Dafür hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) dem EuGH mehrere Fragen zur Entscheidung vorgelegt, die von praktischer Bedeutung für den Schutz von Imkern und anderen Lebensmittelherzeugern vor Verunreinigungen ihrer Produkte durch gentechnisch veränderte Organismen sind.

In einem Rechtsstreit verlangen die klagenden Imker, unterstützt durch den Imkerverein Mellifera, dass die bayerischen Behörden Schutzmaßnahmen treffen, die die Kontamination ihrer Produkte durch

Pollen des genetisch veränderten Mais MON810 verhindern. Die Imker reagieren damit auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, wonach Honig nicht mehr verkauft werden darf, wenn er von Gentechnikpollen kontaminiert wurde.

Pech für die Imker, die gentechnikfreien Honig anbieten, aber nicht verhindern können, dass ihre Bienen Nektar von genmanipulierten Pflanzen holen. Die Richter am Europäischen Gerichtshof sollen nun klären, ob auch beim Honig eine Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Konstrukte gilt. [mbu]

- ▶ Juristische Stellungnahme zum VGH-Beschluss: www.kurzlink.de/genhonig-eugh
- ▶ Mellifera, Thomas Radetzki, Rosenfeld, Tel. +49 (0)07428 / 9452494, E-Mail: radetzki@mellifera.de, www.mellifera.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Ökonomie der Ökologie

Ökosystemschutz rechnet sich

■ Investitionen in den Schutz der Natur können laut dem im November veröffentlichten Bericht zum ökonomischen Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) sehr rentabel sein. Die Natur unterstütze eine breite Palette von Wirtschaftssektoren und sei die Grundlage für ein langfristiges Wirtschaftswachstum, heißt es in dem internationalen Bericht. So erbringe die Natur lebenswichtige Leistungen wie Trinkwasser und Klimaregulierung häufig kostengünstiger, als wenn in technische Lösungen investiert werden müsse. Die Artenvielfalt sei für einen erfolgreichen Klimaschutz unverzichtbar, denn Leistungen wie Wasserregulierung, Hochwasserschutz und CO₂-Speicherung erbringe die Natur, ohne dass dafür etwas bezahlt werden müsse. Der Studie zufolge sind weltweit viele dieser wertvollen Ausgleichsleistungen durch eine Überbelastung der Ökosysteme gefährdet.

Bislang werden die Natur und ihre Leistungen in volkswirtschaftlichen Bilanzen kaum berücksichtigt. TEEB empfiehlt eine gründliche Überarbeitung dieses Modells und schlägt den Regierungen vor, finanzielle Anreize für den Schutz von Ökosystemen und ihren Dienstleistungen zu schaffen. Der Wertschätzung der von der natürlichen Umwelt zur Verfügung gestellten Leistungen müsse politische Priorität eingeräumt werden, fordert der Bericht.

Der TEEB-Bericht wurde von Deutschland und der EU-Kommission als Antwort auf einen Vorschlag der Umweltminister des G8+5-Gipfels im Jahr 2007 initiiert und wird unter der Schirmherrschaft des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) durchgeführt. Ein erster Zwischenbericht der TEEB-Studie war auf dem UN-Biodiversitätsgipfel im Mai 2008 in Bonn vorgelegt worden. Ein im vergangenen September vorgestellter TEEB-Bericht zum Klimawandel beschreibt die klimarelevanten Aspekte bei der ökonomischen Betrachtung der Biodiversität. Bis Oktober 2010 sollen weitere TEEB-Berichte für öffentliche Verwaltungen, den Privatsektor und die VerbraucherInnen folgen. [bv]

- ▶ TEEB: www.teebweb.org
- ▶ Bundesumweltministerium: www.bmu.de/43001
- ▶ EU: www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1710)
- ▶ DNR-Studie über Subventionen gegen die biologische Vielfalt: www.kurzlink.de/sub.pdf (1,4 MB)

Internationale Rote Liste

Das Aussterben geht weiter

■ Die Weltnaturschutzunion IUCN hat im November eine aktuelle Rote Liste der weltweit bedrohten Tier- und Pflanzenarten veröffentlicht. Danach ist mehr als ein Drittel der fast 48.000 aufgeführten Arten vom Aussterben bedroht, darunter 21 Prozent der Säugetiere, 28 Prozent der Reptilien und zwölf Prozent der Vögel. Besonders betroffen sind die Amphibien, von denen ein Drittel der Arten als vom Aussterben bedroht eingestuft wurde. Im Vergleich zum Vorjahr kamen rund 2.800 Arten hinzu. „Mit diesem Ergebnis wird

deutlich, dass das UN-Millenniumsziel, bis 2010 den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, nicht zu erreichen ist“, sagte die Direktorin für Artenschutz bei der IUCN, Jane Smart.

Die Umweltstiftung WWF geht davon aus, dass sich die natürliche Aussterberate durch menschliche Einflüsse etwa um den Faktor 1.000 beschleunigt hat. Ursachen für diese Entwicklung seien unter anderem der Klimawandel, der Raubbau an der Natur sowie die Übernutzung einzelner Arten. Zudem verkleinere sich auch der Lebensraum der Tiere, wie am Beispiel des Tigers deutlich werde. Die Großkatzen verloren allein in den vergangenen zehn Jahren 40 Prozent ihres ursprünglichen Verbreitungsgebietes. [zt]

- ▶ www.iucnredlist.org
- ▶ WWF, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 791440, Fax 617221, E-Mail: info@wwf.de, www.wwf.de

Klimaschutz international

Zwei Seiten der Medaille

■ Der Klimaschutz und der Biodiversitätsschutz müssen koordiniert werden. Das forderten Delegierte aus Regierungen und Naturschutzorganisationen auf der neunten Weltwildniskonferenz (WILD9) im November in Mexiko. Das Schlussdokument, die sogenannte Merida Message, betont die Wichtigkeit des Schutzes der Wildnis für den Klima- und Biodiversitätsschutz, da Wildnisgebiete große Wälder beinhalten, die viel Kohlendioxid binden, Lebensraum für zahlreiche Arten darstellen und den Menschen Leistungen wie Trinkwasser, Nahrung und Medizin sichern. Der Klimawandel und die Aussterbekrise sind laut dem Bericht als zwei Seiten desselben Problems zu behandeln. Die Delegierten der WILD9-Konferenz riefen zur Zusammenführung der Maßnahmen der UN-Klimakonvention (UNFCCC) und der Biodiversitätskonvention (CBD) auf. [bv] (Siehe auch S. 21)

- ▶ www.wild9.org
- ▶ www.kurzlink.de/merida-message

Naturschutz

Paneuropäisches Natura-2000-Netzwerk

■ Eine im September veröffentlichte Studie beschreibt Möglichkeiten der Darstellung verschiedener Lebensräume hinsichtlich ihrer naturräumlichen und biologischen Gegebenheiten in ganz Europa. Die daraus entwickelten Karten sollen zur Entwicklung eines Paneuropäischen Ökologischen Netzwerks in einer Größenordnung von elf Millionen Quadratkilometern beitragen, um das Naturerbe ganz Europas zu bewahren und zu verwalten.

Die Studie betrachtet die im Anhang I der europäischen Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Richtlinie aufgeführten Lebensräume, die das Gerüst für das EU-Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 bilden. Auf Grundlage von Satellitenbildern und regionalen Charakteristiken wie Böden, Relief und typischen Pflanzen klassifiziert die Studie für jeden Habitattyp Informa-

tionen und überträgt die Charakteristiken des EU-Natura-2000-Netzwerkes auf die Habitate in ganz Europa. Die daraus entwickelten Karten zeigen die Verbreitung der spezifischen Habitate im paneuropäischen Raum. Das Vorhaben wurde durch das EU-Projekt EcoChange mitfinanziert. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/paneuropa-natura2000
- ▶ www.ecochange-project.eu

Life+-Umweltförderung

EU-Kommission fördert 196 Projekte

■ 196 Projekte erhalten im kommenden Jahr Mittel aus LIFE+, dem EU-Finanzierungsinstrument für die Umwelt für den Zeitraum von 2007 bis 2013. Die Europäische Kommission hat sie in der zweiten Förderrunde aus 600 eingereichten Projekten ausgewählt. Die Anträge

kamen aus der gesamten EU und betrafen Naturschutzmaßnahmen, Umweltpolitik sowie Information und Kommunikation. Insgesamt sollen nun 431 Millionen Euro investiert werden. Die EU trägt davon knapp die Hälfte.

Jedes zweite der genehmigten Projekte betrifft den Bereich Umweltpolitik und Verwaltungspraxis, davon viele die Abfallwirtschaft. Auch Klimawandel und Gewässerschutz sowie Chemikalien, Lärm und städtische Umwelt sind Projektinhalte. 80 Projekte beschäftigten sich mit Naturschutz und biologischer Vielfalt, 17 mit der Verbreitung von Umweltinformationen und der Wahrnehmung von Umweltproblemen.

LIFE+ verfügt zwischen 2007 und 2013 über insgesamt 2,1 Milliarden Euro. Projekte können jährlich zu bestimmten Fristen eingereicht werden. Der nächste Einsendeschluss wird voraussichtlich im Juni 2010 sein. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1646)



Es brennt!

Tasmaniens Urwälder brauchen dringend Schutz!
Ihnen droht ein Ende als Hackschnitzel für die Papierindustrie

ROBIN WOOD setzt sich für den Schutz dieser Wälder ein.

Schützen Sie mit?
www.robinwood.de
Tel.: 04 21 / 59 82 88 info@robinwood.de

ROBIN WOOD Spenden: Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 251 205 10 Konto: 84 555 00 Stichwort Tasmanien

Klimaschutz**Vorstoß für integrierte Landnutzungspolitik**

■ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat im Oktober ein Thesenpapier zum Klimaschutz und der Rolle der Landnutzung im Zeichen des kommenden Klimawandels veröffentlicht. Darin drängt die Behörde auf eine effektive Zusammenführung der bisherigen Bereiche Klimaschutz, Landnutzung und biologische Vielfalt. Ein Schwerpunktprogramm Klimaschutz und Landnutzung müsse für die nächste Legislaturperiode für ein schlüssiges Gesamtkonzept sorgen, forderte BfN-Präsidentin Beate Jessel. Nach Auffassung des BfN ist zudem die Einrichtung eines nationalen Waldnaturschutzfonds notwendig. Mit Blick auf die Klimakonferenz in Kopenhagen sei auch eine stärkere Verzahnung der Klima- und Biodiversitätspolitik auf internationaler Ebene geboten. [bv] (Siehe auch S. 19)

► www.kurzlink.de/klima-biodiv-land

Vogelschutzrichtlinie**Deutschland trotz Verstoß nicht vor Gericht**

■ Die Europäische Kommission hat sich Ende Oktober entschieden, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der unzureichenden Meldung von Vogelschutzgebieten einzustellen. Aufgrund von Lücken im Schutzbietsnetz bei sieben Bundesländern hatte die Kommission im Sommer 2007 angekündigt, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzurufen. Nun gibt sie sich mit den Nachmeldungen zufrieden.

Der Naturschutzbund reagierte mit Unverständnis auf diese Entscheidung. In den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sieht der NABU noch immer teils erhebliche Defizite.

Die Schutzgebiete für EU-weit gefähr-

dete Vogelarten der 1979 in Kraft getretenen europäischen Vogelschutzrichtlinie sollten eigentlich bis 1981 ausgewiesen werden. Viele deutsche Bundesländer hatten diese Verpflichtung selbst mehr als 20 Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie nur unzureichend erfüllt. Deshalb leitete die EU-Kommission nach einer Beschwerde des NABU im Jahr 2001 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein.

Im Gegenzug zur Einstellung des Verfahrens hatte die EU-Kommission ursprünglich von den Ländern eine bessere Pflege der ausgewiesenen Schutzgebiete verlangt. Rheinland-Pfalz hatte der Kommission statt der Meldung von weiteren Schutzgebieten die Erarbeitung eines „groß angelegten Schutzprogramms“ für den Rotmilan zugesagt. Dieses liege aber bislang ebenso wenig vor wie die Mehrzahl der Pflegepläne, bemängelte der NABU [bv].

► NABU, Claus Mayr, Direktor Europapolitik, Brüssel, Tel. +49 (0) 172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de, www.nabu.de

Seevögel**Schattenaktionsplan bringt Vogelbeifang ans Licht**

■ Die Naturschutzorganisation BirdLife International hat im September einen Schatten-Aktionsplan zur Reduzierung des Fangs von Seevögeln in der Fischerei veröffentlicht. Danach stellt der Seevogelbeifang ein ernstes Problem in der EU dar. Am stärksten betroffen sind die Arten, die knapp vor dem Aussterben stehen, oder solche, deren Verbreitungsschwerpunkt der Brutbestände in Europa liegt. Der Bericht zeigt besonders für die Langlein-fischerei Lösungswege durch geeignete Vermeidungsmaßnahmen auf.

Seit die Europäische Kommission vor zehn Jahren erstmals beschloss, sich des Problems des Seevogelbeifangs anzunehmen, sind laut BirdLife etwa zwei Millionen Seevögel als Beifang verendet. Der Bericht soll nun der EU-Kommission und

vor allem ihrer verantwortlichen Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) zu mehr Schwung in dieser Angelegenheit verhelfen. [bv]

► www.kurzlink.de/seevogelbeifang

Natur des Jahres**Kormoran und Vogelkirsche**

■ Auch für das Jahr 2010, das Internationale Jahr der Biodiversität, werden in Deutschland wieder Vogel, Baum oder Blume des Jahres von Naturschutzverbänden und Umweltorganisationen gekürt. Viele Sieger für 2010 stehen bereits fest. So haben der NABU und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern den Kormoran als Vogel des Jahres ausgezeichnet, um sich offensiv für seinen Schutz einzusetzen.

Der Dachs ist das Wildtier des Jahres. Trotz weiter Verbreitung in Deutschland ist sein Bekanntheitsgrad gering. Lurch des Jahres ist der Teichmolch, ein Beispiel für den Natur- und Artenschutz direkt vor unserer Haustür. Die Karausche ist der Fisch des Jahres. Zu den Ursachen für ihren dramatischen Bestandsrückgang gehören Ufer- und Querverbauungen, Regulierungsmaßnahmen und Schadstoffe. Das Höhlentier des Jahres ist die Zackeneule, ein Falter, der in Höhlen überwintert.

Baum des Jahres ist die Vogelkirsche, die eine große Lebensgemeinschaft an Insekten und Vögeln beherbergt, in der Wildnis jedoch selten geworden ist. Die Blume des Jahres ist die Sibirische Schwertlilie, die aufgrund von Trockenlegungen, Änderungen der Bewirtschaftung und hohem Nährstoffeintrag gefährdet ist. Bereits zum zweiten Mal ist der Frauenschuh die Orchidee des Jahres. Heilpflanze des Jahres ist die Gewürznelke, die schmerzstillend, entzündungshemmend und stark belebend wirkt.

Die Schleiereule ist der Pilz des Jahres. Der Speisepilz ist relativ selten und leicht zu verwechseln mit anderen, stark giftigen bis tödlichen Schleierlingsarten. [aks]

► www.kurzlink.de/natur-jahr-2010

Ressourcen als Risiko

Die Erdölvorräte gehen zur Neige, sauberes Wasser ist bereits heute in vielen Regionen ein Luxusgut. Die menschlichen Existenzgrundlagen sind bedroht, das Konfliktpotenzial ist gewaltig. »Kriege um Ressourcen« oder friedliches Miteinander? Noch sind beide Zukünfte möglich. Die in diesem Band versammelten Denker und Denkerinnen präsentieren innovative Wege, um Ressourcennutzung und Frieden auf der Welt zu vereinbaren.

R. Braun, F. Brickwedde, T. Held, E. Neugebohrn, O. v. Uexküll (Hrsg.)

Kriege um Ressourcen

Herausforderungen für das 21. Jahrhundert

264 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-093-9



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Nachwachsende Rohstoffe

Nein zu Staudenknöterich

■ Der Umweltverband Grüne Liga hat im November den geplanten Anbau von Japanischem Staudenknöterich in Brandenburg kritisiert. Geplant ist der Anbau der Zuchtform Igniscum auf 4.000 Hektar Fläche im Umkreis von Herzberg (Elster) durch den Investor eines Pelletierwerkes. „Der japanische Staudenknöterich, der sich verwildert in Deutschland ausbreitet, konnte bisher nicht unter Kontrolle gebracht werden“, sagte die Bundesgeschäftsführerin der Grünen Liga Katrin Kusche. Es sei nicht genügend erforscht, ob bei dieser Zuchtform die unkontrollierte Ausbreitung verhindert werden könne.

Die Hauptwuchsachsen der Pflanze bilden einen bambusähnlichen Rohstoff, der als alternatives Bau- und Brennmaterial Verwendung findet. Nach den Plänen des Investors soll der Knöterichanbau über 20 Jahre auf derselben Fläche stattfinden. Hohe Biomasseerträge würden dabei mit der Verdrängung jeglicher Artenvielfalt erkaufte, kritisierte die Grüne Liga. [bv]

► www.grueneliga.de/aktuell/pm041109.htm

STADT & REGION

Ausschreibung

Grüne Hauptstadt Europas gesucht

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober das Bewerbungsverfahren für die „Grüne Hauptstadt Europas“ 2012 und 2013 eröffnet. Der Titel wird an Städte mit über 200.000 EinwohnerInnen verliehen, die sich durch eine besonders umweltgerechte Stadtplanung auszeichnen. Die Bewerbungsfrist für beide Jahre endet am 1. Februar, die Gewinner werden im Oktober 2010 bekannt gegeben. Die Kandidatenstädte werden anhand von elf Umweltkriterien geprüft, darunter lokale Initiativen

zur Bekämpfung des globalen Klimawandels sowie Daten zu Abfallerzeugung und -bewirtschaftung, Natur- und Artenschutz, Verkehr, Luft- und Wasserqualität.

Im nächsten Jahr trägt Stockholm den Titel der europäischen Umwelthauptstadt, Hamburg übernimmt 2011. Beide Städte erhielten im Februar 2009 den Titel zugesprochen, weil sie vorbildhafte Maßnahmen zur Bewältigung der Luftverschmutzung und von Verkehrsstaus sowie zur Verringerung von Treibhausgasemissionen getroffen haben. [jg]

► www.europeangreencapital.eu

TIERSCHUTZ & ETHIK

Zirkustiere

EU erlaubt Wildtierverbote

■ Die Europäische Kommission hat das Verbot von Wildtieren in österreichischen Zirkussen erneut als rechtmäßig bewertet. Eine dagegen gerichtete Beschwerde des europäischen Zirkusverbands ECA beim Europäischen Bürgerbeauftragten, dem sogenannten Ombudsmann, hatte somit keinen Erfolg. Tierschutzverbände in Österreich und Deutschland begrüßten die Entscheidung. „Nun ist in der EU der Weg endgültig frei für Wildtierverbote in anderen Mitgliedstaaten“, sagte der Wildtierexperte der Organisation „Vier Pfoten“, Thomas Pietsch. Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Großbritannien sollten Österreichs Vorbild folgen. Die EU-Kommission hatte bereits 2006 ein Vertragsverletzungsverfahren zum österreichischen Wildtierverbot in Zirkussen eingestellt. Nun bestätigte sie ihre Position auch gegenüber dem Bürgerbeauftragten.

Tierschützer wenden sich besonders gegen den Platzmangel, die häufigen Transporte und bestimmte Formen der Dressur, wie sie in vielen Zirkussen bis heute üblich sind. Einige europäische Länder haben das Mitführen exotischer Tiere bereits gesetzlich verboten oder beschränkt. Zudem zei-

gen Erhebungen, dass das Publikum sich zunehmend für Zirkusvorstellungen ohne Wildtiere entscheidet. Der Branchenverband ECA will dennoch Klage vor dem Österreichischen Verfassungsgerichtshof einreichen. [mb]

- ▶ Vier Pfoten, Dr. Marlene Wartenberg, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7400888, www.vier-pfoten.eu
- ▶ www.kurzlink.de/ombudsmann-zirkusse
- ▶ Hintergrund: www.tierschutzbund.de/2614.html

Tierversuche

Weniger Versuchstiere leiden für neue Pestizide

■ Die neue EU-Pflanzenschutzmittelverordnung bringt auch Verbesserungen für den Tierschutz. Die Ende September vom Ministerrat verabschiedete Verordnung ersetzt die EU-Richtlinie von 1991 für die Zulassung und Vermarktung von Pestiziden. Unter anderem wurden die Zulassungsbedingungen verschärft und 22 von rund 400 Stoffen verboten. Der europäische Dachverband Eurogroup for Animals hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass weniger Tierversuche für die Risikobewertung der Substanzen durchgeführt werden: Die Hersteller sollen Daten aus Tierversuchen untereinander austauschen, um Mehrfachuntersuchungen zu vermeiden. Zudem dürfen Tierversuche im Rahmen der Verordnung nur als letzte Möglichkeit eingesetzt werden.

Allerdings müsse sich erst zeigen, welche Auswirkungen diese Regel auf die Praxis habe, schränkte der Deutsche Tierschutzbund ein, der als Mitglied der Eurogroup maßgeblichen Anteil an dem Erfolg hat. Bislang seien Tierversuche der Standard für die Sicherheitsbewertung. Mit seiner Forderung, nur noch alternative Testmethoden zu erlauben, konnte sich der Tierschutzbund nicht durchsetzen. [mb]

- ▶ Eurogroup for Animals, Agrarexperte Andreas Erler, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 74008-20, Fax -29, www.eurogroupforanimals.org
- ▶ Hintergrund: www.chemicalwatch.com/2717

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Lissabon-Vertrag

In der EU gilt ein neuer Grundlagenvertrag

■ Seit dem 1. Dezember hat die Europäische Union eine neue Rechtsgrundlage: Der sogenannte Lissabon-Vertrag ist nach der Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedstaaten in Kraft getreten. Anfang November hatte der tschechische Präsident und EU-Gegner Václav Klaus seinen Widerstand aufgegeben und als letzter Staatschef das Dokument ratifiziert. Zuvor hatte das tschechische Verfassungsgericht eine Klage von 17 Abgeordneten abgewiesen und den neuen EU-Vertrag für verfassungskonform erklärt. Damit war die letzte rechtliche Hürde genommen. Ende Oktober hatten die Staats- und Regierungschefs der EU noch kleinere politische Zugeständnisse gemacht. So darf Tschechien nun für sich in Anspruch nehmen, dass die Grundrechtecharta nur eingeschränkt gilt.

Mit dem Lissabon-Vertrag werden auch zwei wichtige neue Spitzenämter geschaffen, für die die EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel im November bereits die Personalentscheidungen trafen: Erster ständiger Präsident des Europäischen Rates wird zum 1. Januar Herman Van Rompuy. Der flämische Christdemokrat ist Premierminister von Belgien. EU-Außenministerin ist seit 1. Dezember die britische Labour-Politikerin und Ex-Handelskommissarin Catherine Ashton.

Die Entscheidung für den Lissabon-Vertrag hat auch Konsequenzen für die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission. Wäre der Vertrag nicht von allen 27 Mitgliedstaaten abgesegnet worden, hätte die Nominierung der KandidatInnen nach dem Vertrag von Nizza stattfinden müssen – mit weniger als 27 KommissarInnen. Nun aber kann jedes Land eine Person in die EU-Kommission entsenden. [jg, ms]

- ▶ www.europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Lissabon-Vertrag

EU-Kommission

Oettinger ist im Team

■ Deutschland schickt den CDU-Politiker Günther Oettinger als neuen EU-Kommissar nach Brüssel. Der 56-jährige Jurist und Volkswirt ist seit 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Nach eigenem Bekunden war Oettinger über seine Nominierung überrascht.

Bisher hat sich Oettinger weder europäisch noch umweltpolitisch hervorgetan. Auf die Frage des Hamburger Abendblatts, ob die EU mit ihren CO₂-Emissionszielen für Pkws „über das Ziel hinausgeschossen“ sei, antwortete Oettinger noch im Oktober, er wolle sich dafür einsetzen, „dass die Europäische Kommission ihre Kompetenzen voll ausschöpft, sie aber nicht überschreitet oder in Graubereiche geht“.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) nannte die Nominierung Oettingers „eine gute Wahl“. Oettinger habe große wirtschaftspolitische Erfahrung und sei ein ausgewiesener Vertreter der sozialen Marktwirtschaft.

Um die Besetzung der neuen EU-Kommission und besonders über die zu vergebenen Spitzenposten hatte es in Brüssel lange Verhandlungen gegeben, zumal die Rechtsgrundlage bis vor Kurzem unklar war (siehe vorhergehenden Beitrag).

Der Besetzung der Kommission und der Ressortverteilung muss auch das EU-Parlament zustimmen. Voraussichtlich im Januar stellen sich die designierten Kommissionsmitglieder zunächst den Fragen der Abgeordneten in den thematisch zugehörigen Ausschüssen. Danach erfolgt die Abstimmung im Plenum. Das Parlament kann ein Veto einlegen, allerdings kann es die Kommission nur als Ganzes ablehnen. 2004 musste bereits einmal ein Kommissar ausgetauscht werden: Der von Italien vorgeschlagene Rocco Buttiglione hatte sich homosexuellenfeindlich geäußert. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) will die Besetzung der neuen Kommission und die Anhörungen kritisch begleiten und die Ergebnisse veröffentlichen. [jg]

- ▶ EU-Kommission: www.ec.europa.eu
- ▶ DNR: www.eu-koordination.de (EU-News)

EU-Lobbyregister

Transparenz bleibt freiwillig

■ Das Lobbyregister der Europäischen Union bleibt mangelhaft. Das ist zumindest die Ansicht der Initiative für Transparenz und Demokratie Lobbycontrol. Ende Oktober hatte die EU-Kommission eine erste Auswertung des im Juli 2008 eingeführten Lobbyregisters vorgestellt. Künftig soll deutlicher dargelegt werden, welche Tätigkeiten in dem Register erfasst werden und folglich finanziell aufzuschlüsseln sind. Zu den unter die überarbeitete Definition fallenden Tätigkeiten zählen sowohl das direkte Lobbying als auch eine indirekte Interessenvertretung, etwa durch Berichte von Denkfabriken, Foren oder Kampagnen. Das Prinzip der Freiwilligkeit will die EU-Kommission allerdings beibehalten – und genau das ist einer der Kritikpunkte der Zivilgesellschaft.

Aus Sicht von Lobbycontrol und seiner europäischen Dachorganisation Alter-EU bleiben auch nach den Nachbesserungen fundamentale Mängel des Registers bestehen. Das Register bleibe unverbindlich, die Daten seien zu ungenau und würden kaum kontrolliert. „Grotesk“ nannte Lobbycontrol die Neuregelung für die umstrittene Zehn-Prozent-Regel: Lobbyagenturen konnten bisher ihre Auftraggeber in vagen

Zehn-Prozent-Stufen ihres Gesamtumsatzes angeben. Stattdessen gibt es nun erweiterte Stufen zwischen 50.000 und 250.000 Euro. „Die neue Regel begünstigt erneut große Lobbyfirmen und bedeutet in den meisten Fällen sogar eine Verschlechterung“, monierte Lobbycontrol. Lediglich bei den sechs Lobbyriesen mit mehr als 2,5 Millionen Euro Jahresumsatz würden die Lobbybudgets der einzelnen Kunden etwas transparenter. Immerhin schaffe die EU-Kommission die Möglichkeit ab, dass Lobbyagenturen ihren Umsatz einfach als „über eine Million Euro“ angeben, ohne dies weiter zu präzisieren.

Seit November verhandeln EU-Kommission und Europaparlament über ein gemeinsames Lobbyregister. Lobbycontrol und Alter-EU wollen sich dafür einsetzen, dass dieses neue Instrument wirkliche Transparenz garantiert. [jg]

► www.lobbycontrol.de/blog/?p=2509

Internationales Umweltrecht

Naturschutz auch im Krieg

■ Im Krieg haben alle andere Sorgen, als die Natur oder gar das Naturschutzrecht zu schützen. Dabei spielen Trinkwasser-

reservoirs, landwirtschaftliche genutzte Böden und Wälder nicht nur eine große Rolle bei der Versorgung während der kriegerischen Konflikte, sondern auch im Wiederaufbau danach. Eine Studie internationaler Rechtswissenschaftler im Auftrag des UN-Umweltprogramms UNEP und des Umweltrechtsinstituts hat jetzt das Völkerrecht nach Lücken untersucht. Dabei analysierten sie unter anderem die internationalen Menschenrechte, das internationale Strafrecht sowie das internationale Umweltrecht.

Zwölf Empfehlungen geben die AutorInnen, um den Umweltschutz im Völkerrecht und seine Durchsetzung auch während kriegerischer Auseinandersetzungen zu stärken. So kritisieren sie das Zusatzprotokoll I zur Genfer Konvention, dessen Wortwahl darüber, was ein „lang anhaltender, ausgedehnter und schwerer“ Umweltschaden ist, „zu unpräzise“ sei und durch Flächen- und Zeitangaben konkretisiert werden müsse. Darüber hinaus müsse es ein neues Rechtsinstrument geben, dass ökologisch wichtige Gebiete auch in Kriegszeiten speziell schütze und „entmilitarisieren“. [jg]

- Studie (PDF, 82 S., 1,8 MB): www.unep.org/PDF/dmb/ProtectEnvDuringConflict_en.pdf
- www.unep.org/conflictsanddisasters



Europa braucht
Umwelt
braucht Europa

Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzing in Berlin:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte
- Factsheets

Mehr Informationen:
Tel. +49 (0)30 / 678177570
E-Mail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:
www.eu-koordination.de



Bürgerrechte

Informationsrecht wichtiger als Stempel

■ „VS – nur für den Dienstgebrauch“ – diese aufgestempelte Aufschrift auf Behördenakten reicht in Zukunft nicht mehr aus, um BürgerInnen Informationen zu verweigern. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Ende Oktober entschieden. Allein die formale Einstufung einer Information als Verschlussache schließt einen Anspruch auf Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes noch nicht aus.

Die Klage bezog sich auf einen Fall im Ausländerrecht, aber das Urteil kann auch für andere Rechtsbereiche wegweisend sein. Grundsätzlich, so die Richter, habe nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes jeder gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Dieser Anspruch sei zwar unter anderem dann ausgeschlossen, wenn die begehrte Information einer Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht unterliegt, die durch die sogenannte Verschlussachenanweisung geregelt ist. Allerdings müssten die für einen Verschluss maßgeblichen Gründe gerechtfertigt sein. Das sei zum Beispiel der Fall, wenn „die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann“. Dies müsse aber jeweils geprüft werden. [jg]

- ▶ BVerwG 7 C 21.08 – Urteil vom 29.10.2009
- ▶ www.bverwg.de/pressemitteilungen (69/2009)

Bundesregierung

Röttgen will Wirtschaft auf Ökokurs bringen

■ Umweltpolitik soll zum Markenzeichen der neuen Bundesregierung und Nachhaltigkeit das Ordnungsprinzip der Wirtschaftsordnung werden. Das hat der neue Bundesumweltminister Norbert

Röttgen (CDU) Mitte November in einer Regierungserklärung angekündigt. Ökologische Politik sei die Grundlage des Lebens und des wirtschaftlichen Handelns, sagte der 44-Jährige, der als Vertrauter von Bundeskanzlerin Angela Merkel gilt. Die „notwendige ökonomische Modernisierung Deutschlands“ sei ohne Umwelt- und Klimaschutz undenkbar.

Röttgen sagte, die Finanzkrise habe deutlich gezeigt, wohin „ein Übermaß an Kurzfristigkeit und egoistischem Denken“ führen könne. Mit Blick auf den internationalen Klimaschutz plädierte der Minister für mehr Tempo bei den Entscheidungen: „Wenn wir das Ruder erst herumreißen, wenn die Katastrophe schon um sich greift, ist es zu spät. Der Klimawandel wird keine Pause einlegen, wenn wir Politiker unvertagen.“ Bis zum Jahr 2050 müsse die Menschheit ihre Treibhausgasemissionen mindestens halbieren, sagte Röttgen. Die Bundesregierung bleibe bei ihrem Minderungsziel von minus 40 Prozent bis 2020.

Bei einem Vorbereitungstreffen für den UN-Klimagipfel richtete Röttgen einen Appell an die USA, sich zu verbindlichen Maßnahmen durchzuringen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat inzwischen erklärt, dass sie an den letzten beiden Tagen in Kopenhagen dabei sein will (siehe auch S. 30). [jg]

- ▶ www.bmu.de (Ministerium – Reden – Röttgen)
- ▶ Interview: www.zeit.de/2009/47/Roettgen

VERKEHR & TOURISMUS

Straßengebühren

Niederlande wollen Autokilometer besteuern

■ AutofahrerInnen in den Niederlanden sollen nach dem Willen der Regierung in Den Haag bald für jeden zurückgelegten Kilometer zur Kasse gebeten werden. Dafür würde die bisherige Kfz-Steuer und eine Steuer für den Kauf eines Neuwagens

wegfallen. Geplant sind zunächst drei Cent pro Kilometer, 2018 würden dann 6,7 Cent fällig. Sparsame Kleinwagen sollen weniger zahlen als große Spritschlucker. Die Niederlande erhoffen sich dadurch einen Rückgang des Autoverkehrs um 15 Prozent sowie zehn Prozent weniger Ausstoß von Treibhausgasen.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) nannte das kilometerabhängige Nutzungsentgelt „besser als nichts“. Allerdings werde nicht berücksichtigt, wie spritsparend jemand fahre, sagte Sprecher Gerd Lottsiepen. Die einzige Steuer, deren Höhe wirklich vom Verbrauch abhängt, sei die Mineralölsteuer.

Über die Festlegung von Straßennutzungsgebühren wird in der Europäischen Union seit Jahren gestritten. Im Gegensatz zur Schiene, wo die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Gebühren zu erheben, kann beim Straßenverkehr jedes Land machen, was es will. Die Einführung der sogenannten Eurovignette, mit der Lkws auf Europas Straßen einheitlich belastet werden könnten, stagniert, weil sich die 27 EU-Länder nicht einigen können. [mbu]

- ▶ Gesetzentwurf (niederländisch): www.kurzlink.de/niederlande-maut
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Abgasgrenzwerte

Saubere Kleinlaster später

■ Die Europäische Kommission hat Mitte November einen Gesetzesvorschlag für CO₂-Grenzwerte für Kleinlastwagen veröffentlicht. Anders als in einem früheren Entwurf, der ab Juli 2013 einen maximalen Ausstoß von 175 Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer vorsah, will die Kommission diesen Grenzwert jetzt schrittweise zwischen 2014 und 2016 einführen. Das Langzeitziel, für die Kleinlaster ab 2020 einen Grenzwert von 135 Gramm festzulegen, will sie 2013 überprüfen. Die vorgeschlagenen Werte beziehen sich auf den durchschnittlichen Flottenverbrauch. Dadurch können Hersteller weiterhin auch ▶

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

4

NEU!

2009



SCHWERPUNKT

Nachhaltigkeits- berichte

Wer schreibt sie und warum?

WEITERE THEMEN

- Klimaverhandlungen in Kopenhagen: Jetzt oder nie
- Der Green New Deal lässt auf sich warten
- Wissensmanagement in Unternehmen

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

kontakt@oekom.de

Leseproben, Informationen zur
Zeitschrift und Abbedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

einzelne Fahrzeuge mit höheren Abgaswerten verkaufen.

Deutschland, Frankreich und Italien hatten in einem Schreiben die Kommission aufgefordert, die neuen Abgasnormen schrittweise einzuführen. Ihre Begründung: Die Kosten für neue Technologien seien in einer weltweiten Rezession zu hoch.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Michael Cramer kritisierte den Gesetzesentwurf. Die großen Autoländer Deutschland, Frankreich und Italien hätten mit ihrem Widerstand nicht nur die Umsetzung der eigenen Klimaziele verzögert, sondern auch die Position der EU bei den Verhandlungen zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen in Kopenhagen geschwächt.

Nach Ansicht des europäischen Verkehrsverbandes Transport & Environment (T&E) zeigt der Vorschlag der Kommission deutlich die Erfolge der Fahrzeugindustrilobby. Statt Geld für den Ölimport zu verschwenden, solle die EU besser in CO₂-arme Technologien investieren, sagte Kerstin Meyer von T&E.

Der Entwurf für die Verordnung liegt jetzt dem EU-Parlament und dem Ministerrat zur Mitentscheidung vor. [mv, mbu]

- ▶ Europäisches Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, E-Mail: mrcramer@europarl.europa.eu, www.michael-cramer.de
- ▶ T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 89308-41, Fax -42, www.transportenvironment.org
- ▶ Mitentscheidungsverfahren: www.kurzlink.de/eu-gesetzgebungsverf

Flugverkehr

EU-weit gegen Flugwahn

■ Umweltverbände und Flughafenausbaugesegner haben europaweite Aktionen angekündigt. Auf einer Konferenz Ende Oktober in Brüssel forderten sie eine Beschränkung des Flugverkehrs aus Gesundheits- und Klimaschutzgründen. Der Neuausbau von Flughäfen versiegele in ganz Europa wertvolle Naturflächen und Millionen Menschen würden durch Fluglärm belästigt, sagte John Stewart von der

Heathrow Association for the Control of Aircraft Noise (HACAN). Stewart forderte außerdem die Einführung einer Kerosinsteuer und die Einbeziehung des Flugverkehrs in die Umsatzsteuer. „Wenn die Weltklimakonferenz in Kopenhagen den CO₂-Ausstoß weiter reduzieren will, muss der Flugverkehr in das Maßnahmenpaket einbezogen werden“, sagte der Londoner.

Auch aus Deutschland nahmen an der Konferenz zahlreiche Bürgerinitiativen teil, die sich gegen die weitere Expansion des Luftverkehrs einsetzen. [jg]

▶ www.hacan.org.uk

Koalitionsvertrag

Umweltfreundliche Mobilität bleibt auf der Standspur

■ Als „klima- und verkehrspolitisches Trauerspiel“ hat der ökologisch orientierte Verkehrsclub VCD den schwarz-gelben Koalitionsvertrag bezeichnet. Umwelt- und Klimaschutz im Verkehrsbereich seien in dem Papier politisch unterbelichtet, befand der VCD. Die Pläne der neuen Regierung, beispielsweise das Moratorium für die Lkw-Maut, das Aufweichen von Umweltzonen und Nachtflugverboten sowie fehlende CO₂-Reduktionsziele für den Verkehr zeigten eine rückwärtsgewandte Haltung von CDU, CSU und FDP. Es gebe jedoch auch kleine Hoffnungsschimmer wie das Bekenntnis zum Öffentlichen Personennahverkehr als „unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge“ und das Versprechen, keine Gelder in diesem Bereich streichen zu wollen, heißt es in der Stellungnahme des VCD zum Koalitionsvertrag.

Zwar seien die schlimmsten Befürchtungen nicht wahr geworden, aber mit nachhaltiger Mobilität habe der Koalitionsvertrag nichts zu tun, erklärte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrman. Die neue Regierung setze für die Zukunft ausschließlich auf technische Innovationen wie Elektromobilität oder Brennstoffzellentechnologie. Verkehrsver-

Politik nach dem Wunschzettel der Luftverkehrslobby

Deutschland hat europaweit die meisten Flughäfen, doch Schwarz-Gelb will das Fliegen weiter fördern – entgegen allen gesundheits- und umweltpolitischen Erkenntnissen. Es kommentiert Dirk Treber, Bundesvereinigung gegen Fluglärm.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP begünstigt einseitig die Interessen der Flughäfen und der Luftverkehrswirtschaft. Das zeigt schon der erste Satz zum Luftverkehr: „Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der ‚Initiative Luftverkehr‘ als übergreifendes Steuerungsinstrument fortsetzen und die Länder daran beteiligen.“ Hinter der Initiative Luftverkehr verbergen sich die Flughäfen Frankfurt und München, die Deutsche Flugsicherung und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen.

Die dann folgenden Sätze lesen sich wie der Wunschzettel dieses Lobbyvereins: „Wir werden uns für einen koordinierten Ausbau der Flughafeninfrastruktur einsetzen. Neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen werden wir insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen. Die dazu erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz soll eine gleichberechtigte und konsequente Nachhaltigkeitsabwägung von wirtschaftlichen, betrieblichen und dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen sicherstellen. Die Wahrung des öffentlichen Erschließungsinteresses der Bundesrepublik Deutschland ist dabei zu gewährleisten.“

Schwarz-Gelb will das Luftverkehrsgesetz so ändern, dass in Frankfurt mit Inbetriebnahme der neuen Landebahn im Herbst 2011 kein Nachtflugverbot gilt. Die zurzeit unterschiedlichen Nachtflugbeschränkungen an deutschen Flughäfen sollen so geregelt werden, dass „international wettbewerbsfähige Betriebszeiten“ gelten. Denn würde am größten deutschen Flughafen Frankfurt ein – wenn auch auf sechs Stunden verkürztes – Nachtflugverbot eingeführt, hätte das bundes- und sogar europaweite Auswirkungen, weil alle Betroffenen sich auf dieses Beispiel berufen würden.

Unabhängig von einem noch unter Schwarz-Rot verabschiedeten, weitgehend unverbindlichen Flughafenkonzept werden in fast allen Bundesländern bestehende Flughäfen in Konkurrenz zu anderen Flughäfen ausgebaut und aus Landes-, Kreis-

und Kommunalhaushalten subventioniert, auch im Bereich der Billigfliegerei. Die EU-Kommission hat acht Verfahren gegen solche Subventionsmodelle für Flughäfen mit Billigfluglinien angestrengt.

Um den ständig steigenden Flugverkehr und seinen CO₂-Ausstoß zu reduzieren, tut die Bundesregierung buchstäblich nichts. Bis heute gibt es keine Kerosin-, Umsatz- oder Ökosteuer. Die Bahn wird gegenüber dem Flugverkehr benachteiligt. Dabei könnten alle Flüge unter 800 Kilometer sofort auf die Schiene verlegt werden.

Auch der Lärmschutz ist völlig unzureichend. Das erste Fluglärmgesetz von 1971 wurde 30 Jahre lang nicht novelliert. Es ist ein reines Entschädigungsgesetz – weder der Flugverkehr insgesamt noch die Nachtflüge werden reguliert. Das Gesetz bleibt weit hinter den Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung zurück. Weitergehende EU-Vorgaben zur Lärmreduzierung fanden keine Berücksichtigung. Ein umfassendes Gesetz für alle Lärmquellen ist nicht vorgesehen. Bei der von der EU verlangten Lärmkartierung in Stadtregionen und an Flughäfen liegt Deutschland weit zurück. Die Einbeziehung von BürgerInnen und Umweltverbänden bei der Maßnahmenplanung zur Lärmreduzierung findet nicht statt.

Auf die Globalisierung, auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert die neue Regierung, indem sie willfährig die Wünsche der Luftverkehrswirtschaft vollstreckt. Die Bewahrung der Lebensqualität und Gesundheit der Flughafenanwohner, der Umwelt- und Klimaschutz bleiben reine Wahlversprechen.

Der Soziologe Dirk Treber ist Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung gegen Fluglärm. Er wohnt in Mörfelden-Walldorf und gründete vor 31 Jahren die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt/Main mit.

**Kontakt: Tel. +49 (0)6105 / 276833,
E-Mail: dirk.treber@debitel.net,
www.fluglaerm.de**

lagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel stehe in einem Nebensatz und wie der Schienenverkehr zu fördern sei, werde nicht erwähnt.

Der VCD forderte die Bundesregierung auf, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr nicht zu kürzen. Positiv wertete der Verband, dass der Erhalt von Straßen und Schienen eine höhere Priorität als der Neubau habe, dass der nationale Radverkehrsplan weiterentwickelt und der Lärmschutz bei Schiene und Straße intensiviert werden solle. Lob gab es auch für das Vorhaben, die Einführung eines integralen Taktfahrplans, des sogenannten Deutschland-Takts, zu prüfen. [mbu]

► VCD, Michael Gehrmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org, www.kurzlink.de/vcd-stellungnahme09

WASSER & MEERE

Trinkwasser

Nitrat schadet Babys

■ Die Frauen-, Umwelt- und Gesundheitsorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) hat eine interaktive Karte ins Netz gestellt, aus der die Nitratbelastung des Wassers in Dörfern hervorgeht. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Projektpartnern vor Ort werden Tests durchgeführt und die Ergebnisse veröffentlicht – die mitunter erschreckend sind. Darüber hinaus zeigt die Internetseite Standorte von durch WECF und ihre Projektpartner initiierten Trockentoiletten, die den Eintritt von Fäkalien ins Grundwasser verhindern helfen. Nitrat ist besonders für Babys gefährlich. Im Magen können Nitrate zu Nitrit umgewandelt werden, was im Blut zu Problemen mit dem Sauerstofftransport bis hin zur sogenannten Blausucht führen kann. Das Projekt läuft noch bis Herbst 2010. [jg]

► www.wecf.eu/toni

Nachhaltigkeit

A-Z



D wie Dienstleistungen

Die Umweltwirtschaft boomt. Doch bislang profitieren vor allem Technologien und Hersteller; die unzähligen Anbieter(inn)en von Dienstleistungen schöpfen ihre hohen Potenziale nur unzureichend aus. Das Buch beleuchtet die Grundlagen der Internationalisierung von Umwelt-Dienstleistungen, zeigt Hemmnisse wie erfolgreiche Strategien. Die Themenschwerpunkte liegen auf den Zukunftsmärkten »Erneuerbare Energien« und »Wasserwirtschaft«.

B. Hirschl, J. Weiß, W. Konrad (Hrsg.)
Umwelt-Dienstleistungen
 Internationalisierungsstrategien für dynamische Märkte
 oekom verlag, München 2009, 252 Seiten,
 39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-168-4

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49


 Die guten Seiten der Zukunft

Donau

Protest gegen Ausbaupläne

■ Die EU-Pläne zum Ausbau der Donau sind nach Ansicht der Umweltverbände eine Gefahr für die letzten großen Auenlandschaften Mitteleuropas. Über 1.000 Kilometer der Donau sollen nach den Plänen der EU für die Schifffahrt ausgebaut, reguliert oder gestaut werden. Betroffen sind die Donaulandschaft zwischen Straubing und Vilshofen in Niederbayern und große Abschnitte der Mittleren Donau in Ungarn, Kroatien und Serbien. Besonders stark in die Natur eingreifen würde der geplante Ausbau an der Unteren Donau in Rumänien und Bulgarien. Hier sollen ganze Seitenarme abgetrennt, Uferbefestigungen geschaffen und das Flussbett durch Dämme und Schwellen verengt werden. Hinzu kommt das regelmäßige Ausbaggern der Fahrrinne.

Nach Berechnungen des WWF sind allein an der Unteren Donau ohnehin bereits 80 Prozent der ursprünglichen Auenlandschaften und Lebensräume zerstört. Sollten die derzeitigen Pläne umgesetzt werden, würden weitere einmalige Naturreservate mit seltenen Tier- und Pflanzenarten vernichtet. Bis zu 200 Inseln, die größte davon mit einer Fläche von 400 Hektar, könnten als Lebensraum verschwinden. Gefährdet seien auch mehrere internationale Großschutzgebiete, deren weltweite Bedeutung gleichbedeutend mit dem Amazonasgebiet oder der Serengeti sei. „Sollte die EU ihr Ausbauprojekt tatsächlich umsetzen, wäre das der finale Todesstoß für die grüne Donau“, warnte WWF-Süßwasser-Expertin Dorothea August.

Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Hubert Weinzierl, nannte das Bekenntnis von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) zum Ausbau der Donau mit einer Staustufe „eine Kampf-ansage gegen den Naturschutz nicht nur in Bayern“. Der Landesverband für Vogelschutz in Bayern (LBV) kritisierte, dass der Bau einer Staustufe dem Koalitionsvertrag zwischen den Unionsparteien und der FDP widerspreche, in dem es wörtlich heißt: „Frei fließende Flüsse haben einen hohen ökologischen Wert.“ Der Donausausbau

solle gegen den Willen der Bevölkerung, gegen europäisches Naturschutzrecht und auch gegen jede ökonomische Vernunft durchgesetzt werden.

Eine Koalition von Umweltverbänden will sich nun massiv gegen die geplante Staustufe wehren und sich für den Erhalt der frei fließenden Donau einsetzen.

[jg, bv]

- WWF, Dorothea August, Referentin Süßwasser, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 79144-201, E-Mail: august@wwf.de, www.kurzlink.de/wwf-donau
- LBV, Dr. Christian Stierstorfer, Deggendorf, Tel. +49 (0)9402-78995712, E-Mail: oberpfalz@lbv.de, www.lbv.de

Ostsee I

Bagger im Nationalpark

■ Die im November begonnene Ausbaggerung an der Zufahrt zum gesperrten Rettungskreuzer-Nothafen Darßer Ort im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft haben Umweltschützer als überdimensioniert kritisiert. Für den WWF gehen die geplanten Maßnahmen über das Ziel der Seenotrettung weit hinaus. Für 630.000 Euro werden rund 50.000 Kubikmeter Sand an einen zehn Kilometer entfernten Ort in der Ostsee außerhalb des Nationalparks verbracht. Für die Planung eines Ersatzhafens hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern bereits 400.000 Euro ausgegeben.

Die Baggerung sei ein Rückschlag für den Naturschutz und der „Todesstoß“ für den Ersatzhafen, kritisierte WWF-Ostsee-Experte Jochen Lamp. WWF und BUND hatten mit Verkehrsminister Volker Schlömann (SPD) eine Lösung erörtert, bei der der Sand aus der Zufahrtsbaggerung zur Renaturierung der Teile des Hafens verwendet werden sollte, die der Rettungskreuzer nicht benötigt. Die Umweltverbände wollen nun Rechtsmittel einlegen.

[bv]

- WWF, Jochen Lamp, Stralsund, Tel. +49 (0)162 / 29114 27, E-Mail: lamp@wwf.de, www.wwf.de/regionen/ostsee/nationalparks-an-der-kueste

Ostsee II**Ostseepipeline kommt**

■ Dänemark, Schweden und Finnland haben im Oktober und November die Genehmigungen für den Bau der Ostseepipeline in ihren Ausschließlichen Wirtschaftszonen erteilt. Folgen dem auch Deutschland und Russland, kann der Bau der über 1.200 Kilometer langen Erdgaspipeline im Frühjahr 2010 beginnen. Ab 2011 soll der erste Leitungsstrang russisches Erdgas durch die Ostsee in die EU liefern. Der zweite soll 2012 folgen.

Umweltschützer fürchten Konsequenzen für das marine Leben durch das baubedingte Aufwühlen von gift- und schwermetallhaltigem Bodenschlick. Auch warnen sie vor den Folgen einer Freisetzung der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkten 40.000 Tonnen chemischer Waffen und 100.000 Minen. Bislang gibt es keine Erfahrungen mit dem Pipelinebau in einem vergleichbaren Meer. [bv]

- ▶ www.nord-stream.com/de.html
- ▶ www.presseportal.de/pm/76258/1506693

Fischerei I**EU verfolgt illegale Fischerei**

■ Die EU-Kommission hat im Oktober eine Verordnung zur Bekämpfung der illegalen Fischerei verabschiedet. Sie enthält Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) von 2008. Die Verordnung gilt als Hauptpfeiler der Fischereiaufsicht. Sie bildet den Rahmen für die Überwachung sämtlicher An- und Umladungen durch Fischereifahrzeuge aus Drittländern in EU-Häfen und aller Erzeugnisse der Meeresfischerei, die in die EU eingeführt und aus ihr ausgeführt werden. Die Durchführungsbestimmungen treten zum 1. Januar 2010 in Kraft. [bv]

- ▶ Verordnung (PDF, 37 S., 1,3 MB): www.kurzlink.de/EU-V01010/2009

Fischerei II**Aal vor dem Aus**

■ Der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) hat im November dringend einen maximalen Schutz des Aals in allen Entwicklungsstadien empfohlen. Selbst bei einem sofortigen Fangstopp werde es 60 bis 100 Jahre dauern, bis sich der Aalbestand erholt habe, da es zu wenige fortpflanzungsfähige Tiere gebe. Überfischung sei eine existenzielle Bedrohung für den Aal. Als Konsequenz forderte die Naturschutzstiftung WWF eine konsequente Schließung der Aalfischerei. [bv]

- ▶ WWF, Fischereixpertin Catherine Zucco, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)162/2910306, E-Mail: zucco@wwf.de, www.wwf.de

EU-Meerespolitik**Fortschrittsbericht liegt vor**

■ Zwei Jahre nach der Einführung ihrer „integrierten Meerespolitik“ hat die Europäische Kommission im Oktober einen Fortschrittsbericht vorgelegt. Der Bericht listet auf, was bisher getan wurde und wie es weitergehen soll.

Mithilfe der integrierten Meerespolitik werde es gelingen, „durch effiziente neue Verwaltungsformen und durch Nutzung von Synergien zwischen allen meeresrelevanten Politikbereichen das Wirtschaftspotenzial der umfassenden europäischen Meeres- und Küstengebiete zu erschließen und die Sicherheit auf See zu verbessern“, schreibt die EU-Kommission. Von 65 im Aktionsplan von 2007 vorgesehenen Maßnahmen seien 56 bereits begonnen oder erfüllt worden.

Zu dem Bericht gehören außerdem Vorschläge zur ressort- und länderübergreifenden Integration der Meeresüberwachung und zur internationalen Dimension der EU-Meerespolitik sowie sechs strategische Vorgaben für die Zukunft:

- ▶ Integration der Meerespolitik in alle Bereiche staatlichen Handelns;
- ▶ Entwicklung ressortübergreifender Politikinstrumente;

- ▶ Vereinbarung von Grenzen für maritime Tätigkeiten, für die die Mitgliedstaaten und die Nicht-EU-Nachbarnländer Strategien mit klaren Zielen zur Erreichung eines „guten ökologischen Zustands“ erarbeiten sollen;
- ▶ Entwicklung meeresbezogener Regionalstrategien mit Anpassung an die geophysikalischen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der wichtigsten europäischen Meere;
- ▶ Weiterentwicklung der internationalen Dimension der integrierten Meerespolitik mit einer Führungsrolle der EU;
- ▶ erneute Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Innovation.

Ein ausführliches Strategiepapier zur weiteren Entwicklung dieser sechs Vorgaben soll 2010 veröffentlicht werden.

Schon bei der Veröffentlichung des „Zukunftskonzepts für eine integrierte EU-Meerespolitik“ und eines entsprechenden Aktionsplans im Oktober 2007 hatten Umweltorganisationen wie der WWF kritisiert, dass es darin hauptsächlich um Verkehr und verwandte Wirtschaftssektoren gehe. Der Schutz der Meeresumwelt sei dagegen weitgehend ignoriert worden. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1530 und MEMO/09/455)
- ▶ WWF, Meeresexperte Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40/530200122, www.wwf.de/meere
- ▶ Hintergrund: www.kurzlink.de/meerespaket-2007

Meeresverschmutzung**Bei Verschmutzung Sanktion**

■ Im November ist eine neue Richtlinie über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße in Kraft getreten. Sie schreibt für schwere Fälle vor, maritimen Umweltsündern rechtlich bindende Strafen aufzuerlegen, egal ob sie vorsätzlich oder fahrlässig handelten. Bis zum 16. November 2010 müssen die EU-Mitgliedstaaten die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/RL2009/123/EG

Kurz vor dem Klimagipfel: Die Sicht der anderen

Über den Klimawandel kann mittlerweile fast jeder mitreden, gerade kurz vor dem Showdown in Kopenhagen. Neuerdings schimpft man in Europa gern auf die Schwellenländer – vor allem China und Indien –, die längst zu den großen Emittenten gehören. Aber ist das gerechtfertigt? Sind wir Europäer wirklich so hervorragende Klimaschützer? Wir haben nachgefragt – in China, Indien, Schweden und Deutschland. Die Antworten lassen ernsthafte Zweifel aufkommen.

Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen wird ein Gipfel der Superlative: der größte, der wichtigste, der entscheidende. Aber wird der Gipfel vom 7. bis 18. Dezember in der dänischen Hauptstadt auch große Ergebnisse bringen? Kurz vor Beginn sieht es nicht danach aus. Die Verantwortlichen rudern bereits kräftig zurück, zweifeln an einem rechtlich verbindlichen Regelwerk, sprechen nur noch von „politischen Zielen“, die es zu erreichen gelte, und davon, dass man noch ein halbes Jahr für die Verhandlungen brauche oder auch ein ganzes.

Kein Wunder. Die Konflikte, die die Verhandlungen so zäh machen, sind grundlegend. Da geht es um die Rolle der großen Schwellenländer, es geht um Geld,

viel Geld, und es geht um die Ausgestaltung zahlreicher Details. Etwa: Welche Emissionsreduktionen soll wer zusagen? Auf welcher Berechnungsgrundlage? Mit welchen Mitteln und Methoden dürfen diese Ziele erreicht werden? Und selbstverständlich schiebt man sich die Schuld am potenziellen Scheitern des Gipfels gegenseitig zu.

In diesem Umwelt aktuell Spezial betrachten wir einige dieser Konflikte etwas genauer – und durch eine ungewohnte Brille: Wie es wirklich mit dem klimapolitischen Engagement der Schwellenländer China und Indien steht, fragten wir zwei Umweltaktivisten aus diesen beiden Staaten, Ailun Yang und Sanjay Vashist. Und, siehe da, aus den in Europa und

den USA so gerne gescholtenen Großverschmutzern werden potenzielle Hoffnungsträger. Auch der schwedische Klimaexperte Fredrik Lundberg kommt zu interessanten Ergebnissen, wenn er die bisherigen klimapolitischen Leistungen der Industriestaaten genauer unter die Lupe nimmt. Keine erfreuliche Lektüre, aber aufschlussreiche Zahlen. Silke Helfrich stellt schließlich die alles entscheidende Frage: Wem gehört die Atmosphäre eigentlich? Schade nur, dass solche Überlegungen in Kopenhagen wohl keine Rolle spielen werden. **[Die Redaktion]**

- ▶ Webseite des Gastgebers: www.cop15.dk
- ▶ Offizielle Seite: www.unfccc.int/2860
- ▶ NGO-Aktionen: www.klimagipfel2009.de

Emissionsbilanzen

Steinewerfen im Treibhaus

Mit Glück und diversen Tricks statt durch aktive Politik erreichen viele Industriestaaten ihr Klimaziel

Die Industrienationen zeigen mit dem Finger auf ökonomisch aufstrebende Schwellenländer. Dabei können sie mit ihren eigenen CO₂-Bilanzen nicht gerade prahlen. Erfolgsmeldungen sind bei näherer Betrachtung oft nur „heiße Luft“. Wirklich gerecht wird ein Vergleich erst bei einer Berechnung mit Pro-Kopf-Emissionen. ■ VON FREDRIK LUNDBERG

Die große Bedrohung für das Weltklima geht eigentlich von China und Indien aus. Dieses von Industrienationen gern vorgebrachte Argument ist in einigen Aspekten richtig, in anderen jedoch grundfalsch. Die Emissionen in China und Indien sind in absoluten Zahlen tatsächlich hoch und steigen immens an. Zusammen stoßen die beiden Länder grob geschätzt 10.400 Megatonnen CO₂ im Jahr aus. Das ist aber immer noch weniger als die von den 15 alten EU-Staaten sowie den USA, Japan, Kanada, Australien und einigen kleineren Ländern im Anhang I des Kyoto-Protokolls emittierten rund 14.000 Megatonnen – und das bei we-

sentlich geringeren Bevölkerungszahlen. Zusammen verzeichneten alle Anhang-I-Länder – grob gesagt die Industriestaaten – zwischen 1990 und 2006 einen Anstieg der Emissionen um fast 14 Prozent, wobei Australien, Kanada und Neuseeland sogar über 20 Prozent meldeten. In Anhang I stehen auch Länder wie die Türkei, die bisher jede konkrete Minderungszusage vermieden hat, sowie die USA, die das Kyoto-Protokoll zwar unterschrieben, aber nicht ratifiziert haben. Die Emissionen der Türkei stiegen im genannten Zeitraum sogar um 95 Prozent.

Die Entwicklung der Emissionswerte zwischen 1990 und 2006 (siehe Tabelle ⁽¹⁾

auf Seite 31) ist nicht gerade motivierend. Die Europäische Union in ihrer früheren Zusammensetzung aus 15 Staaten hat zwar eine kleine Reduktion von 2,2 Prozent erreicht. Trotzdem hat die EU, die sich als treibende Kraft im Kampf gegen den Klimawandel versteht, wenig Grund zum Prahlern. Viele Mitgliedstaaten haben Probleme, die im Kyoto-Prozess eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Für die meisten ist das nur möglich, wenn sie auf „heiße Luft“ zurückgreifen, indem sie entweder auf den Rückgang von Emissionen verweisen, die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Ostblocks ab 1990 ungewollt eingespart oder durch größ-

tenteils ungeplante Veränderungen der Landnutzung sowie Klimaschutzinvestitionen in Drittländern (Clean Development Mechanism) erreicht wurden.

Die Emissionen in den exkommunistischen Ländern (außer Slowenien) sanken um 30 bis 50 Prozent, was eindeutig nicht auf Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen ist. Nur deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kyoto-Anforderungen trotzdem erreicht werden – wenn diese Staaten ihre „Überschüsse“ verkaufen.

Aber auch den EU-15-Staaten fielen die Erfolge zum Teil in den Schoß. Der Kollaps der ostdeutschen Industrie nach der Wiedervereinigung 1990 führte in den Folgejahren zu einer Reduktion der Emissionen um rund 120 Megatonnen, mehr als die Reduktion der EU insgesamt.

Ob beabsichtigt oder nicht: Das kollektive Unternehmen „Kyoto“ war effektiv kaum mehr als eine Umverteilung von Kapital für Emissionsreduktionen, die ohnehin schon erreicht waren.

Echte Reduktion nur in weniger wichtigen Bereichen

Andere Treibhausgasminderungen wurden durch Veränderungen in der Landwirtschaft erreicht, die zu einem geringeren Ausstoß von CO₂, Methan und Stickoxiden führten. Die Methanemissionen wurden außerdem durch die Schließung von Mülldeponien reduziert. Eine Entwicklung, die aus Umweltsicht hochwillkommen, aber nur teilweise dem Klimaschutz zuzuschreiben ist. Bis 2007 haben sich die Emissionen halbiert. Durch Kohle verursachte Emissionen wurden allein schon aus ökonomischen Gründen verringert, und wo es keine Subventionen gibt, werden sie auch noch weiter sinken. Auch einige ältere Kohle- und Stahlwerke wurden aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen.

Die beiden Hauptquellen von CO₂-Emissionen, Verkehr und Energieerzeugung, verzeichneten dagegen steigende Zahlen. Von 1990 bis 2007 vergrößerten sich die CO₂-Emissionen im Energiesektor der EU von 949 auf 1.029 Megatonnen. Die Treibhausgasemissionen im europäischen Verkehrssektor stiegen im gleichen

Zeitraum von 662 auf 826 Megatonnen. In allen reichen Anhang-I-Staaten wuchsen die Emissionen in Schlüsselbereichen bis 2006 oder 2007 kontinuierlich an, während sie in den unwichtigeren Sektoren sanken, und das hauptsächlich aus Gründen, die nichts mit Klimapolitik zu tun haben.

Noch kein klares Bild

Nun sagen auch die neuesten Zahlen von 2006 oder 2007 noch nichts über die Zukunft aus. Sie können noch nicht einmal ein klares Bild über die heutige Situation geben. Eine Reihe klimapolitischer Entscheidungen wurde seitdem getroffen oder wird in Kürze vereinbart und in vielen Ländern sind neue Klimaziele angenommen worden. 2007 befand sich die EU noch in der Versuchsphase des Emissionshandels und eine zu großzügige Ver-

teilung der Verschmutzungsrechte führte zu Marktversagen. Die Kombination aus restriktiverer Verteilung der Lizenzen, einer Rezession und vielen unterschiedlichen nationalen Maßnahmen hatte zum Ergebnis, dass die EU ihre Verpflichtungen für die gesamte Periode von 2008 bis 2012 im eigenen Hoheitsbereich erfüllen kann. Nach einer Schätzung der Europäischen Umweltagentur könnte die Emissionsentwicklung der EU-15 bis 2008 zu einem Gesamtminus von 6,2 Prozent führen. Für 2009 gibt es noch keine Daten, aber es ist bereits klar, dass die Reduktionen weitergehen.

Wer Klimapolitik macht, erntet Erfolge

Die Fortschritte der einzelnen EU-Länder sind allerdings sehr unterschiedlich. Während Belgien, Frankreich, Deutsch-

Veränderung des Treibhausgasausstoßes in Annex-I-Ländern

Land	CO ₂ -Äquivalente (Megatonnen)		Klimaziel (%)	Stand 2006 (%) gegenüber 1990 ⁽¹⁾
	1990	2006		
Australien	416	536	8	28,8
Bulgarien	133	71	-8	-46,2
Estland	42	19	-8	-54,6
EU-15	4.244	4.151	-8	-2,2
Island	3	4	10	24,2
Japan	1.273	1.340	-6	5,3
Kanada	592	721	-6	21,7
Kroatien	33	31	-5	-5,2
Lettland	26	12	-8	-56,1
Litauen	49	23	-8	-53,0
Neuseeland	62	78	0	25,7
Norwegen	50	54	1	7,7
Polen	563	400	-6	-28,9
Rumänien	282	157	-8	-44,4
Russland	3.326	2.190	0	-34,2
Schweiz	53	53	-8	0,8
Slowakei	74	49	-8	-33,6
Slowenien	20	21	-8	1,2
Tschechien	194	148	-8	-23,7
Ukraine	922	443	0	-51,9
Ungarn	116	79	-6	-32,1
Weißrussland	127	81	-8	-36,4
gesamt	12.600	10.661		-15,4

land, Griechenland, Schweden und Großbritannien schon im Jahr 2007 geringere Emissionen hatten als für die Zeit zwischen 2008 und 2012 vorgesehen, war die Mehrheit der anderen Länder von ihren Zielen weit entfernt. Am schlechtesten schnitt Spanien ab, das fast 40 Prozent zu hoch lag, gleich danach Österreich mit einem Zuviel von 30 Prozent. Am erfolgreichsten war Schweden, das 13 Prozent weniger Emissionen ausgestoßen hat als bei der Lastenverteilung vorgesehen.

Die Lücke zwischen den erfolgreichsten und den schlechtesten Ländern kann bis zu einem gewissen Umfang unerwarteten Entwicklungen zugeschrieben werden, wie der deutschen Wiedervereinigung, dem Ersatz alter Kraftwerke durch moderne Gaskraftwerke in Großbritannien („dash for gas“) oder der unverständlich geringen Lastenverteilung an Schweden. Allerdings gibt es keinen Zweifel, dass ein Teil auch durch strengere oder frühere Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen in den engagierteren Staaten erreicht wurde.

Selbst schwarze Schafe tun etwas

Tritt man nun einen Schritt zurück und vergleicht die USA, Australien oder Kanada mit Deutschland, Großbritannien oder den EU-15-Resultaten, werden die Unterschiede noch größer. Der Abstand zwischen den im Jahr 1990 bestehenden Emissionswerten ist nicht nur geblieben, sondern die Lücke klafft inzwischen noch weiter auseinander. Obwohl die europäische Klimapolitik als schwach, verspätet und inkonsequent kritisiert wurde, hat sie doch zu einem Rückgang der Emissionen geführt. In den USA, Kanada und Australien konnte dagegen die Kohle- und Öllobby die Politik bis vor Kurzem negativ beeinflussen.

Auch wenn in allen bisher beschriebenen Ländern sowie in Japan große Veränderungen stattfanden, ging viel Zeit verloren, seit die Vereinten Nationen im Jahr 1987 die ersten ernsthaften Versuche einer globalen Klimapolitik unternahmen. Glücklicherweise sind diese Jahre aber nicht völlig verschwendet worden. Einige der Länder einschließlich der schlimmsten Bremser

haben Maßnahmen unternommen, die sich zwar nicht in der Statistik niederschlagen, aber dennoch bedeutsam sind. Das gilt zum Beispiel für Dänemark, das über viele Jahre für einen großen Teil der weltweiten Investitionen in die Windenergie verantwortlich war bis andere Länder den Stafelstab übernahmen. Windenergie ist heute nicht länger eine theoretische Möglichkeit, sondern eine gewichtige Branche in einer neuen Generation von Energieerzeugern. Solare Wassererwärmung ist eine bedeutende Energiequelle in China und wird gerade in großem Maßstab exportiert.

Fotovoltaikstrom liegt noch immer hinter der Windenergie zurück, ist aber dabei, ebenfalls eine wichtige Energieresource zu werden. Japan war lange Zeit der wichtigste Hersteller, aber China rückt inzwischen auf. Zuerst war Deutschland der Hauptmarkt, aber Spanien hat inzwischen übernommen und im Jahr 2008 – dem Jahr, in dem sich der globale Marktanteil für Solarpanels verdoppelte – wurde die Hälfte der neuen weltweiten Kapazitäten dort aufgebaut. Spaniens führende Rolle bei den Erneuerbaren geht maßgeblich auf den politischen Umschwung im Jahr 2003 zurück. Ähnliches war in den Jahren nach 1998 in Deutschland zu beobachten.

Dass heute zur Strom- und Warmwasserbereitstellung nichtfossile Alternativen in Gigawattkapazitäten zur Verfügung stehen, geht hauptsächlich auf klimapolitische Initiativen zurück. Politik spielt also eine große Rolle. Selbst ein relativ kleines Land kann das globale Spielfeld maßgeblich beeinflussen, wenn es um Klimapolitik geht.

Eine faire Berechnung der Emissionen sieht ganz anders aus

Klimapolitik ist Sache aller Staaten. Fair ist dabei aber nur eine Berücksichtigung der Emissionen pro Kopf. Die Länder mit den geringsten CO₂-Emissionen sind arme oder von Kriegen erschütterte Länder in Afrika wie Eritrea, Mosambik oder Kongo. Obwohl einige dieser Länder eine große Bevölkerung haben, bleibt ihr Beitrag zum Klimaproblem vernachlässigbar. Die fünf größten Emittenten der Welt sind Ölnatio-

nen. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem materiellen Wohlstand einer Nation und dem Niveau der Emissionen – auch wenn es hier etliche Ausnahmen gibt. So ist Südafrika nicht reicher als die Schweiz, hat aber höhere Pro-Kopf-Emissionen. Schweden ist reicher als Estland, aber seine CO₂-Emissionen sind nur halb so hoch. Auffällig hoch sind die Emissionsmengen der USA, Kanadas und Australiens. Sie betragen etwa das Zehnfache der Pro-Kopf-Mengen in Ländern wie Indien und Indonesien. China, das bevölkerungsreichste Land der Welt, liegt mittlerweile auch bei den CO₂-Emissionen an der Spitze. Auf Pro-Kopf-Basis liegt es aber etwa gleichauf mit der Schweiz oder Schweden. Die Pro-Kopf-Emissionen der USA sind noch viermal höher.

China argumentiert zudem, dass ein bedeutender Anteil der wachsenden Emissionen „implizit“ sei, da das Land viele CO₂-intensive Produkte exportiere und im eigenen Land gar nicht nutze. Rechnet man diese virtuellen Emissionen mit ein, hat das sicher weitere Auswirkungen auf die Emissionen der Industriestaaten.

Der Artikel erschien unter dem Titel „Most rich Kyoto countries off track“ zuerst in der Zeitschrift *Acid News* des Air Pollution & Climate Secretariat, Ausgabe Oktober 2009. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung. Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Juliane Grüning.

Anmerkung

- (1) Die Tabelle zeigt Veränderungen der Treibhausgasemissionen in den Annex-I-Staaten. Die Zahlen sind durchgängig gerundet und enthalten weitere Ungenauigkeiten, da sie Änderungen der Landnutzung nicht berücksichtigen. Bei den Angaben, die sich auf das Basisjahr 1990 beziehen, sind zusätzliche geringfügige Abweichungen möglich.
Quelle: www.unfccc.int/resource/docs/2008/sbi/eng/12.pdf

Der schwedische Journalist und Buchautor Fredrik Lundberg ist auf Klima- und Energiethemen spezialisiert. Er erarbeitet außerdem Energiestudien für Umweltorganisationen.

Kontakt:
Tel. +46 (0)8 / 54551269,
E-Mail:
fred.lundberg@telia.com,
www.context.nu/english



Klimapolitik in China

Grüne Revolution im Reich der Mitte

Investitionen in Erneuerbare genügen nicht, um China zur Klimaschutzweltmacht zu machen

China emittiert nicht nur Kohlendioxid in rauen Mengen, es ist auch ein Opfer des Klimawandels. Deshalb haben die Regierungsbehörden zahlreiche klimapolitische Maßnahmen eingeleitet. Doch angesichts der Umweltprobleme gibt es noch viel zu tun. Versagt China, erlebt die Menschheit eine Katastrophe. ■ VON AILUN YANG, GREENPEACE CHINA

Es gibt keinen Zweifel daran, dass China eines der größten Opfer des Klimawandels ist. Im Westen schmelzen die Himalaya-Gletscher, im Osten steigt der Meeresspiegel und bedroht die lange chinesische Küstenlinie, die Zahl von extremen Wetterereignissen wie Dürren, Hochwasser und Taifune wächst. Auf der anderen Seite ist China dank seines beeindruckenden ökonomischen Wachstums in den letzten zwei Dekaden auch der weltweit größte CO₂-Emittent geworden. Aber noch leben in China, der Heimat eines Fünftels der Weltbevölkerung, viele Menschen in Armut.

Industrienationen sind kein Vorbild für nachhaltiges Wachstum

Unser Planet kann sich ein China, das das Entwicklungsmodell der heutigen Industrienationen nach dem Motto „erst verschmutzen, später reinigen“ wiederholt, nicht leisten. Für China ist es eine riesige Herausforderung, die Balance zwischen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die gebraucht wird, um noch mehr Menschen aus der Armut zu holen, und dem gleichzeitigen Schutz der Umwelt zu halten.

Die gute Nachricht ist, dass China tatsächlich aktiv etwas gegen den Klimawandel tut. Die Regierung will die Energieeffizienz bis 2010 um 20 Prozent steigern und bis 2020 erreichen, dass 15 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Im August dieses Jahres hat der Nationale Volkskongress, Chinas Parlament, einen Antrag verabschiedet, der Klimawandel und nachhaltige Entwicklung zum Herzstück jeglicher wirtschaftlicher und sozialer Planungen auf allen

Regierungsebenen in China machen soll. Während der diesjährigen UN-Generalversammlung im September in New York hat der chinesische Präsident Hu Jintao angekündigt, dass sein Land bis 2020 ein Kohlenstoffdioxidreduktionsziel in „beträchtlicher Höhe“ beschließen wolle.

Dies alles sind ehrgeizige Ziele, die China auf einen Weg der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß bringen. Als Ergebnis sehen wir eine Grüne Revolution, die sich in China entfaltet. Um das Beispiel der erneuerbaren Energien zu nennen: Die Kapazitäten bei der Windenergie sind seit 2005 Jahr für Jahr um über 100 Prozent angestiegen. China ist weltweit einer der drei Spitzenhersteller von Fotovoltaikanlagen. Im Bereich der solaren Warmwasserbereitung hat China mehr Sonnenkollektoren installiert als der gesamte Rest der Welt.

Zur Supermacht im Klimaschutz ist es noch weit

Während China sich deutlich auf dem Weg zum Weltführer bei sauberen Energiesystemen befindet, muss es noch große Hindernisse überwinden, um zur Führungsmacht beim Klimaschutz zu werden. Vor allem muss China die Nutzung von Kohle reduzieren, um seine spektakulären Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz sinnvoll zu ergänzen. Zurzeit ist China zu 70 Prozent von Kohle abhängig, was eine Hauptursache für den Klimawandel und für andere lokale Umweltprobleme ist. Abgesehen von ihren zerstörerischen Umweltwirkungen ist Kohle schlicht und einfach zu billig in China, das über die weltweit größten Kohlereserven verfügt. Es ist dringend erforderlich, dass die chinesi-

sche Regierung das Preissystem für Kohle reformiert, um die von Kohle verursachten ökologischen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schäden einzubeziehen. Wenn sich China nicht entschieden von der Kohle wegbewegt, werden wir nicht fähig sein, das globale Klimachaos zu bewältigen.

Die Welt braucht eine kohlenstoffarme Entwicklung in China

Was China braucht, ist nicht nur eine Energievolution, es ist eine Revolution in der Ära der Menschheit. Die Geschichte hat China die historische Verantwortung gegeben zu beweisen, dass eine Entwicklung auf kohlenstoffarme nachhaltige Weise möglich ist. Wenn China diese Mission nicht erfüllt, werden wir die größte ökologische Katastrophe in der Menschheitsgeschichte erleben. Wenn aber China erfolgreich ist, kann es dem Rest der sich entwickelnden Welt ein großartiges Beispiel geben.

Übersetzung aus dem Englischen von Juliane Grüning.

Ailun Yang leitet das Klima- und Energiefereferat von Greenpeace in China. Die in Großbritannien ausgebildete Finanzwissenschaftlerin und Soziologin arbeitet seit fünf Jahren für Greenpeace in Peking.

Kontakt:
Tel. +86 (0)10 /
65546931-106,
E-Mail:
yailun@greenpeace.org,
www.greenpeace.org/
china/en



Klimapolitik in Indien

Initiativen auf fast allen Seiten

Indien will sich bei den Klimaverhandlungen nicht von den Industriestaaten unter Druck setzen lassen

Klimaschutz ist in Indien Chefsache. Doch auf rechtlich verbindliche Ziele will sich das Land nicht festlegen lassen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine politischen Aktivitäten gibt. Ob die in Kopenhagen eine Rolle spielen werden, muss sich allerdings noch herausstellen. Derweil warten 700 Millionen InderInnen auf Hilfe bei Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. ■ VON SANJAY VASHIST UND MICHAEL KÖBERLEIN, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG INDIEN

Der Klimawandel stand schon in den letzten Jahren auf Indiens Prioritätenliste. Doch ein aktives Engagement für dieses globale Problem war im Land erst 2007 nach der Veröffentlichung des vierten Berichts des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC) und vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm wahrzunehmen. Das indische Parlament diskutierte öffentlich, der Premierminister setzte einen hochkarätigen Rat für Klimawandel ein. Im indischen Klimarat sitzen ExpertInnen aus verschiedenen Ministerien und externe Fachleute wie Nitin Desai, Co-Autor des Brundtland-Berichts und Generalsekretär des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, Rajendra Pachauri, Geschäftsführer des Tata Energy Research Institute und Vorsitzender des IPCC, sowie Sunita Narain, Direktorin des Zentrums für Wissenschaft und Umwelt CSE.

Das für die Diplomatie zuständige Außenministerium, das Forschungsministerium oder die Kommission zur Integration des Klimawandels in zukünftige Nationalpläne und andere Behörden sind ebenfalls beteiligt. Der Premierminister wichtigste Entscheidungsinstanz, wird vom Sondergesandten für Klimawandel, Shyam Saran, vertreten, der auch für die Gesamtkoordination zuständig ist. Saran war früher Staatssekretär im Außenministerium und Chefverhandler des Indien-USA-Nuklearabkommens. Die institutionellen Strukturen für die Bekämpfung des Klimawandels in Indien zeigen, wie ernst die Regierung das Thema nimmt. Im letzten Jahr hat der indische Klimarat den Entwurf für einen nationalen Aktionsplan mit vielfältigen Maßnahmen vorgelegt, der das Hauptgewicht auf die Verhinderung des Klimawan-

dels und die Anpassung an dessen Folgen in Schlüsselsektoren wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Wasser und Wälder legt.

Lebensstilemissionen kontra Entwicklungsemissionen

Indien wurde bei den Klimaverhandlungen 2009 von den westlichen Industrienationen mehrfach aufgefordert, Verantwortung für die Verringerung zukünftiger Treibhausgasemissionen zu übernehmen. Indiens Ausstoß an Treibhausgasen wächst zwar durch den Nachholbedarf bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Energieverbrauch ist gegenüber anderen Entwicklungsländern aber immer noch gering. Obwohl Indien mit 16 Prozent der Weltbevölkerung das Land mit der zweitgrößten Einwohnerzahl und der viertgrößte Emittent von Treibhausgasen ist, ist es unfair, Indien als kompromisslos oder starrsinnig zu bezeichnen, solange das Land für kaum fünf Prozent der globalen Emissionen verantwortlich ist. Die Pro-Kopf-Emissionen liegen mit jährlich 1,2 bis 1,3 Tonnen CO₂-Äquivalenten noch weit unter dem weltweiten Durchschnitt. Nach Schätzungen wird der Pro-Kopf-Ausstoß bis 2030 die Menge von 3,5 Tonnen pro Jahr nicht überschreiten und so immer noch unter dem Durchschnitt der Industrieländer liegen. Diesen Wert einzuhalten versprach auch Premierminister Manmohan Singh beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Indien hat sich beim Erreichen eines fairen und angemessenen Klimaabkommens immer kooperativ gezeigt und die in der Rio-Konvention, im Kyoto-Protokoll und im Bali-Aktionsplan enthaltenen Verantwortlichkeiten akzeptiert. Indien nahm

am Gleneagles-Dialog über Klimawandel, saubere Energie und nachhaltige Entwicklung sowie an allen anderen Klimaforen teil. Aber als die Klimaverhandlungen von den G8 und den G20 untergraben wurden, stieg der Druck auf Indien, rechtlich bindende Emissionsreduktionsziele zu akzeptieren. Besonders die USA, Australien und Frankreich fordern eine aktivere Rolle Indiens in Kopenhagen. Nun will Indien die Initiative ergreifen und überlegt, in den nächsten zwei Jahrzehnten selbstverpflichtende Reduktionsziele zu beschließen, ohne dabei das Wirtschaftswachstum und die Entwicklungsziele des Landes zu gefährden. Die indische Regierung argumentiert international, dass es sich bei den eigenen Emissionen um Entwicklungsemissionen handelt, während sie von Lebensstilemissionen im Norden spricht.

Unfair sind die Forderungen auch, wenn man sie aus Greenhouse-Development-Rights-Perspektive⁽¹⁾ betrachtet. Die dort verwendeten Indikatoren für globale Verantwortlichkeit und nationales Leistungsvermögen benennen länderspezifische Minderungs- und Anpassungsverpflichtungen. Indien kommt hierbei eine „prozentuale Verantwortlichkeit“ von 0,3 Prozent im Gegensatz zu den USA mit 37, der EU mit 23, Russland mit vier und China mit sieben Prozent zu.

Nationale Maßnahmen

Die indische Regierung erarbeitet zurzeit die Details für den flächendeckenden nationalen Aktionsplan zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Unterschiedliche Mission Documents (Strategiepapiere) für die einzelnen Ministerien sollen in Kürze in

die Klimagesetzgebung integriert werden. Bisher ist die heimische Klimapolitik mehr auf die notwendige Anpassung an den Klimawandel gerichtet und weniger auf eigene Reduktionsleistungen. Indien erwartet in Übereinstimmung mit der Position der G77-Staaten und China ein Reduktionsziel der Industriestaaten von minus 40 Prozent bis 2020 mit Bezug auf das Basisjahr 1990, damit die Entwicklungsländer einen angemessenen Spielraum zur Entwicklung haben. Darüber hinaus sind finanzielle und technologische Unterstützung für Anpassungs- und Reduktionsleistungen unabdingbar, damit das Land überhaupt mit den Herausforderungen durch die globale Erwärmung fertig wird.

Die Mission Documents sollen bald verabschiedet werden und die bisher durchgesickerten Versionen zeigen, dass die vorgesehenen Zahlen für die Steigerung von Energieeffizienz und den Anteil erneuerbarer Energien mit Betonung auf Sonnenenergie sehr ehrgeizig sind. Die Klimaschutzaktivitäten werden durch den Klimarat des Premierministers gesteuert, was ihnen höchste politische Aufmerksamkeit sichert. Allerdings ist noch nicht klar, ob die indische Delegation diese Dokumente als mögliche Reduktionsleistungen in den vorausberechneten wachstumsbedingten Emissionsanstieg in Kopenhagen einbringt. Zurzeit gibt es noch keine offiziellen Treibhausgasreduktionsziele in Indien. Zahlen könnten aber sehr bald nach der Veröffentlichung der Mission Documents durch den Premierminister formell verkündet werden. Laut Entwurf des Solarenergiepakets ist geplant, bis 2020 rund 20.000 Megawatt Sonnenenergiekapazitäten aufzubauen und diese bis 2050 auf 200.000 Megawatt zu erhöhen, womit es sich um das anspruchsvollste Solarenergieprojekt weltweit handelt. Indiens Umweltminister hat angekündigt, verbindliche Kraftstoffeffizienzstandards für Pkws bis 2011 per Gesetz einzuführen. Außerdem soll bis 2020 ein Fünftel des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Indien will in den nächsten 20 Jahren seine Energieintensität um 15 bis 20 Prozent verringern und die Waldflächen als Treibhausgasenke vergrößern. Zusam-

men könnte das nach Berechnungen einiger indischer Nichtregierungsorganisationen eine Reduzierung des Ausstoßes um neun Prozent ausmachen.

Anpassungsmaßnahmen haben für die Mehrzahl der Bevölkerung Priorität, da bis zu 700 Millionen InderInnen akut vom Klimawandel bedroht sind. Ein Großteil der internationalen Gelder und die meiste Aufmerksamkeit gelten aber den Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen zur Reduktion von Emissionen durch Technologiekooperationen. Indien hat bisher keine klare Haltung zu Anpassungsmaßnahmen. Es ist nicht gelungen, die am meisten gefährdeten Gemeinden gebührend zu vertreten. Indien müsste wirksame Maßnahmen zu Aufforstung, zur Vermeidung von Dürren, zum Hochwasserschutz und zum Gletscher- sowie Küstenschutz einleiten.

Konstruktiver Partner in Kopenhagen

In Kopenhagen wird Indien als ein verantwortlicher Akteur der als G77 zusammen geschlossenen Entwicklungs- und Schwellenländer auftreten, aber unter keinen Umständen inakzeptablen rechtlich bindenden Reduktionsverpflichtungen für künftige Emissionen zustimmen. Indien betrachtet die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und das Kyoto-Protokoll als Basis für ein neues Abkommen. Die UNFCCC-Bestimmungen sollten eher noch ausgeweitet werden. Seit Kurzem werden „politisch bindende“ statt „rechtlich bindende“ Zugeständnisse angestrebt, die notwendig sind, um das wissenschaftliche Zwei-Grad-Ziel für die Stabilisierung der globalen Temperatur zu erreichen. Indien lehnt das als mögliches Ergebnis von Kopenhagen ab, denn das würde alle bisherigen Klimaschutzserfolge sabotieren. Indien hat das Zwei-Grad-Ziel bereits beim Major Economies Forum und beim G8-Gipfel in Italien als gerade noch akzeptablen Temperaturanstieg bis 2050 anerkannt. Allerdings hat Indien abgelehnt, dies im UNFCCC-Text festzuhalten, solange noch keine Klarheit über die Verantwortlichkeiten von Entwicklungs- und Industrieländern besteht. Chefunterhändler Shyam

Saran stellte im Oktober während eines internationalen NGO-Treffens in Barcelona klar, dass sich Indien zwar nicht ans Kyoto-Protokoll gebunden hat, aber nur ein Ergebnis akzeptieren wird, das die drei Prinzipien des Kyoto-Protokolls beibehält: mengenmäßige Ziele für die Beschränkung und Reduktion von Emissionen, unterschiedliche Verantwortlichkeit der Staaten und rechtliche Verbindlichkeit. Auch dies zeigt, dass Indien bereit ist, ein gleichberechtigtes, faires und ehrgeiziges Verhandlungsziel in Kopenhagen zu sichern.

In den letzten Jahren hat sich beim Klimaschutz in Indien vieles verbessert. Alle Forderungen von Industrieländern, mehr zu unternehmen, sind nur Versuche, sich hinter den Entwicklungsländern zu verstecken. Die indischen Medien und die Zivilgesellschaft müssen dafür sorgen, dass Klimagerechtigkeit international, aber auch im eigenen Land beachtet wird. Wenn Indien den eingeschlagenen Weg fortsetzt, wird das Land ein Vorreiter im Klimaschutz und ein verantwortungsbewusster Partner bei den Klimaverhandlungen sein.

Übersetzung aus dem Englischen von Juliane Grüning.

Anmerkung

► (1) www.boell-india.org/download_en/GDR.pdf

Der Forstwirtschaftler Sanjay Vashist arbeitet als Berater für Klimapolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) in Indien. Er begleitet seit Jahren die internationalen Klimaverhandlungen.



Michael Köberlein ist seit 2006 der Leiter des Indienbüros der HBS. Er arbeitet zu Klima- und Energiepolitik sowie Demokratie und Friedenssicherung.



Kontakt: Tel. +91 (0)11 / 26854405,
E-Mail: sanjayvashist@gmail.com,
michael.koerberlein@hbfasia.org,
www.boell-india.org

Nutzungsrechte

Die Atmosphäre ist Gemeingut

Das EU-Emissionshandelssystem muss reformiert werden – am besten aus der Gemeingüterperspektive

Spätestens die Verleihung des Nobelpreises an Elinor Ostrom hat die Debatte um die Gemeingüter neu entfacht. Deren Brisanz wird nirgends so deutlich wie in der Klimafrage, die im Grunde eine Auseinandersetzung um die Zugangs- und Nutzungsrechte an einer globalen Gemeinressource ist: der Atmosphäre. ■ VON SILKE HELFRICH, COMMONSBLOG.DE

Jetzt hat die Wiederentdeckung der Gemeingüter auch den Nobelpreis erfasst. Im Oktober erhielt mit Elinor Ostrom die weltweit bedeutendste Vordenkerin zu diesem Thema den Preis für Wirtschaft. Ostrom hat gezeigt, wie Nutzergruppen Gemeingüter erfolgreich verwalten können. Gemeingüter, das sind jene Dinge, die uns ernähren, die uns ermöglichen zu kommunizieren oder uns fortzubewegen oder die wir als „Müllschlucker“ benutzen. In der Debatte stehen allerdings nicht die Ressourcen selbst im Mittelpunkt, nicht Wasser, Wald, Saatgut, Software, Kulturtechniken oder die Atmosphäre. Vielmehr geht es um die Frage, wer wofür diese Dinge nutzen darf und wofür nicht und welche Normen und Regeln wir aushandeln, um Gemeinressourcen verantwortungsvoll zu nutzen.

Nationalstaaten als Hemmschuh

Ostrom lieferte den empirischen Beweis, dass Menschen in aller Welt selbst am besten wissen, wie sie es bewerkstelligen, dass „ihre“ Ressourcen auch morgen noch zur Verfügung stehen – wenn man sie lässt und wenn sie in die Lage versetzt sind, direkt miteinander zu kommunizieren. Gemeinschaftliches Ressourcenmanagement funktioniert dann am besten, wenn möglichst alle Betroffenen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Genau das macht nun den Umgang mit globalen Gemeingütern wie den Fischbeständen oder der Atmosphäre zu einer besonderen Herausforderung. Denn hier nutzt die gesamte Menschheit die Allmende – so das aus dem Althochdeutschen stammende Wort für Gemeingut.

Die „Menschheit“ lässt sich in der Regel

von ihren Regierungen vertreten, etwa bei der Klimakonferenz in Kopenhagen, bei der es im Grunde um die Zugangs- und Nutzungsrechte an einem lebensnotwendigen globalen Gemeingut geht – unserer Atmosphäre. Realistischerweise wird von Kopenhagen statt eines bindenden Kyoto-Folgevertrages nicht mehr als eine „starke politische Erklärung“ erwartet – Zwei-Grad-Ziel, Finanzierungsmodell für Anpassungsstrategien in den ärmsten Ländern, Regenwaldschutz. Das Problem ist, dass die Nationalstaaten bislang im Verhandlungsmarathon um die Nutzungsrechte an der Atmosphäre nicht selten als Hemmschuh für ein nachhaltiges Gemeingütermanagement wirken. Mit dem Zugriff auf Gemeinressourcen, ob Wasser, genetischer Code oder Emissionsrechte, kann viel Geld verdient werden. Anders gesagt: Die Nutzung der Allmende verleiht Macht.

Wem gehört der Himmel?

„Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter“ – so heißt ein jüngst erschienener Sammelband, der einen Überblick über die neu entfachte Gemeingutdebatte gibt.⁽¹⁾ Die Brisanz dieser Diskussion wird nirgends so deutlich wie in der Klimafrage.

Elinor Ostrom, Koautorin des Buches, mahnt mit Blick auf regionale und globale natürliche Ressourcen: „Die Komplexität vieler natürlicher Ressourcen erfordert ein komplexes, mehrschichtiges oder polyzentrisches Verwaltungssystem. Gibt es nur eine einzige Art oder nur eine Ebene der Verwaltung, ist das Projekt praktisch zum Scheitern verurteilt.“⁽²⁾ Keine ermutigende Diagnose für den Versuch, ein globales Klimaregime auf den Weg zu bringen. Zu-

mindest aber, meint Ostrom, müsse man jeden Versuch der Verregelung auf folgende Fragen abklopfen: „Gibt es von allen akzeptierte Regeln, die definieren, wer ein mit Nutzungsrechten und Verpflichtungen ausgestattetes Mitglied ist? Gibt es eine von allen akzeptierte Übereinkunft der jeweiligen Verantwortlichkeiten sowie der Prinzipien, nach denen die Nutzungsrechte verteilt sind? Gelten diese Regeln als legitim und fair?“

Wie legitim und fair die Regeln beim 2005 eingeführten europäischen Emissionshandelssystem ETS sind, analysieren im gleichen Band Jörg Haas und Peter Barnes.⁽³⁾ Emissionsrechte sind Nutzungsrechte an einem Gemeingut. Solch ein System hat durchaus das Potenzial, die Phase der Behandlung der Atmosphäre als Niemandsland, wo alle nach Gutdünken emittieren können, in eine Phase des geregelten und nachhaltigen Umgangs mit der Atmosphäre zu überführen. Die beiden Grundbausteine des ETS sind Kappung und Handel (cap and trade). Entscheidend ist aus ökologischer Sicht, wie die maximal zulässige Gesamtmenge an Emissionen definiert wird (cap). Vor Einführung des ETS existierte solch eine Höchstmenge nicht. Jeder konnte die Atmosphäre erlaubnis- und kostenfrei als Mülldeponie missbrauchen. Die Einführung des Emissionshandels ist also grundsätzlich geeignet, die Nutzung der Atmosphäre auf ein tragfähiges Maß zu reduzieren. So weit die Theorie.

Die Praxis hingegen ist skandalös. Die Rechte zur Nutzung der Atmosphäre, die theoretisch allen BürgerInnen zustehen, wurden von den Nationalstaaten an die großen Emittenten vergeben. Das macht die Anzahl der zu kontrollierenden Akteure überschaubar. Statt aber diese Emit-

tenten – Öl- und Gasproduzenten, Stromversorger, Kohlekraftwerksbetreiber – zur Kasse zu bitten, werden sie von 2005 bis 2012 mit Emissionsrechten beschenkt. Dafür erhalte die Öffentlichkeit jedoch nichts im Tausch, monieren Haas und Barnes. Das komme einer Enteignung der Allgemeinheit gleich.

Da die Emissionsrechte künstlich verknappt werden (cap), wird es möglich, eine sogenannte Knappheitsrente zu erwirtschaften, wie sie auch Schwarzmarkthändler vor dem Stadion für überbeuerte Eintrittskarten von Fußballfans kassieren. Eine Studie brachte laut Haas und Barnes zutage, dass die britischen Stromfirmen im Jahr 2005 durch Emissionszertifikate, die die Regierung ihnen unentgeltlich zuteilte, 1,5 Milliarden Dollar einnahmen.

In der ersten Phase des ETS haben also ausgerechnet jene Unternehmen, die bisher schon die Luft verschmutzten, kostenfrei Emissionsrechte bekommen. Sie haben damit auch noch Geld verdient, denn der Wert der Zertifikate wird „selbstverständlich“ eingepreist und so über steigende Preise an die BürgerInnen weitergegeben.

Verantwortlich für diesen Ausverkauf sind die europäischen Gesetzgeber. Sie schrieben vor, dass die EU-Staaten von 2005 bis 2007 nur fünf Prozent und bis 2012 nur zehn Prozent der Emissionszertifikate versteigern dürfen. Da die Zertifikate darüber hinaus nach dem sogenannten Grandfathering-Prinzip verteilt wurden – jeder darf so viel verschmutzen wie bisher, aber nicht mehr – kam zum Raub an der Allgemeinheit noch die Tatsache, dass die Kappung, und damit die Steuerungswirkung über hohe Zertifikatspreise, ins Leere lief. So sicherten sich die Lobbyisten die Macht, die der Zugriff auf die Allmende schon immer verlieh, auch in Zeiten des Emissionsrechtshandels.

Der US-Autor und Unternehmer Peter Barnes hat vor Jahren einen Vorschlag unterbreitet, der den bisherigen Emissionsrechtshandel vom Kopf auf die Füße stellt. Er nennt ihn Sky Trust, „Himmels-Treuhand“. Die Idee zeigt, wie unterschiedlich institutionelle Lösungen sind, je nachdem ob eine Ressource als Gemeingut betrachtet und entsprechend behandelt wird oder

nicht. Barnes entwickelte den Sky Trust ursprünglich für die USA und stellte ihn später gemeinsam mit Jörg Haas von der European Climate Foundation in einen europäischen und globalen Kontext.

Reformvorschlag: Der Sky Trust

„Wem stehen die Nutzungsrechte an der Atmosphäre zu?“ – „Uns allen!“ Diese Antwort machen Barnes und Haas zum Ausgangspunkt eines alternativen Systems.⁽⁴⁾ Die Kerngedanken dabei sind:

- ▶ Die Atmosphäre ist gemeinsames Erbe der Menschheit.
- ▶ Allen BürgerInnen weltweit stehen die gleichen Emissionsrechte zu.
- ▶ Emittenten ersteigern Emissionsrechte in einem transparenten Prozess.
- ▶ Erwirtschaftete Gewinne müssen direkt der Allgemeinheit zugutekommen, plus Umverteilung von Nord nach Süd.
- ▶ Wer Energie spart, hat einen Vorteil.
- ▶ Eine unabhängige Treuhandgesellschaft verwaltet die Zertifikate, wickelt Versteigerungen ab und leitet die Einkünfte an die BürgerInnen zurück oder investiert sie in Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen weltweit.
- ▶ Der Trust ist lediglich dem Schutz der Atmosphäre und dem Gemeinwohl verpflichtet.

Ein System des cap and trade, so auch der Sky Trust, muss Jahrzehnte in Kraft sein, um Wirkung zu entfalten, etwa den CO₂-Ausstoß in Europa um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Es muss lobbyresistent sein und, wie Ostrom betont, breit akzeptiert werden. Der Sky Trust würde zumindest zwei politische Probleme lösen. Erstens verlören die Nationalstaaten ihre Schlüsselposition im System, zweitens würde sich die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen, die – falls überhaupt Informationen zu ihr durchdringen – zu Recht nicht versteht, warum ausgerechnet die großen Emittenten vom ETS profitieren, während die BürgerInnen zahlen sollen.

Im Januar 2008 hat die EU-Kommission das ETS reformiert. Im Stromsektor werden die Emissionsrechte ab 2012 vollständig versteigert und schrittweise ist dies auch für andere Sektoren vorge-

sehen. Ganz im Sinne des Sky Trust. Die Emissionsobergrenze (cap) sollen nicht mehr die Mitgliedstaaten, sondern die Kommission festlegen (was freilich das Lobbyismusproblem nicht löst). Nicht berücksichtigt ist die Rückgabe der Versteigerungseinnahmen an die BürgerInnen nach dem Prinzip gleicher Nutzungsrechte an der Atmosphäre. Stattdessen sollen nun die EU-Staaten die Emissionsrechte und somit die Einnahmen nach dem Grandfathering-Prinzip erhalten. Wo bisher Marktteilnehmer verschmutzen durften wie zuvor, dürfen fortan die Staaten verschmutzen wie zuvor. Das nennt man: vom Regen in die Traufe.

Abgesehen davon, dass schon jetzt nicht mehr genügend Umweltraum zur gleichverteilten oder umverteilenden Nutzung zur Verfügung steht, was die Möglichkeiten eines erfolgreichen Emissionshandels drastisch beschränkt: Hier wird klar, dass weder dem Markt noch dem Staat allein das Management der Gemeingüter überlassen werden darf. Deshalb kommt der Nobelpreis zur rechten Zeit. Er lenkt den Blick auf die Frage, wem die Welt gehört. Sie gehört jedem Menschen gleichermaßen, und wir alle sind gefordert, täglich das Unsere beizutragen, um sie zu erhalten.

Anmerkungen

- ▶ (1) Helfrich, S. (Hrsg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. oekom, München 2009
- ▶ (2) Ostrom, E. (2009): Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Helfrich, a. a. O., S. 218–228
- ▶ (3) Haas, J.; Barnes, P. (2009): Die Atmosphäre als Gemeingut. Zukunft des Europäischen Emissionshandels. In: Helfrich, a. a. O., S. 229–236
- ▶ (4) Auch „Contraction and Convergence“, einer der bekanntesten Vorschläge zur Klimagerechtigkeit im Emissionsregime, sieht mittelfristig eine Aufteilung der Emissionsrechte zwischen Ländern auf Basis gleicher Prokopfwerte vor.

Die Publizistin Silke Helfrich ist Expertin für Gemeingüter und betreibt dazu den Commonsblog im Internet. Sie lebt in Jena.

Kontakt: Tel. +49 (0)3641 / 509536, E-Mail: info@commonsblog.de, www.commonsblog.de



Welt am Wendepunkt

Finanz- und Wirtschaftskrise, Klima- und Rohstoffkrise: Die Krisen unserer Zeit sind allgegenwärtig. Michael Müller und Kai Niebert erkennen darin jedoch ein »window of opportunity« für die nachhaltige Gestaltung der Zukunft. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einer Effizienzrevolution und im Ausbau erneuerbarer Energien. Die Autoren liefern einen Gegenentwurf zum dominierenden Wirtschaftssystem und konkrete Handlungsanleitungen für den Alltag.

M. Müller, K. Niebert

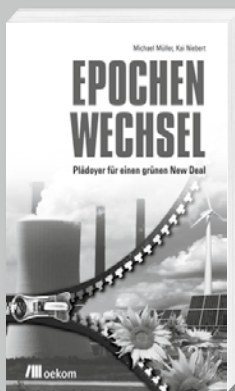
Epochenwechsel

Plädoyer für einen grünen New Deal

279 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-175-2



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



THEMA

Nachhaltigkeitsdebatte

Mit Green Shopping gegen den Kaufrausch

■ Über die Chancen von Green Shopping, also des ressourcenschonenden Einkaufens, haben die Umweltverbände DNR, NABU und BUND im November in Berlin mit namhaften VertreterInnen von Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft diskutiert. Der Konsum von Produkten ist für einen enormen Rohstoffverbrauch verantwortlich, belastet die Umwelt, gefährdet die Natur und letztlich die eigene Gesundheit. So verursacht ein nur fünf Gramm schwerer Goldring bei der Produktion zwei Tonnen Materialverbrauch und die Freisetzung etlicher Schadstoffe. Ähnlich sieht die Bilanz bei Werbezeitungen, Kaffeemaschinen oder Banküberweisungen aus.

Alternativen dazu gibt es längst. Sie sind jedoch oft nicht bekannt oder nicht für alle verfügbar, obwohl viele Kunden beim Einkaufen umweltschonende und gesunde Produkte bevorzugen.

Bei der Diskussion forderte der Präsident des NABU, Olaf Tschimpke, transparente Kennzeichnungen von Produkten, die für Qualität, Langlebigkeit und Wiederverwendbarkeit stehen. „Das schaffen nur die unabhängigen Labels wie der Blaue Engel oder das Biosiegel“, sagte Tschimpke. Handel, Produktion, Politik und Verbraucher müssten gleichermaßen stärker Verantwortung übernehmen.

Für Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND, ist die bewusste Entscheidung für Produkte, die weniger Ressourcen verbrauchen und länger halten, die Richtschnur für einen nachhaltigen Lebensstil. Weniger Konsum müsse nicht bedeuten, dass Lebensqualität verloren gehe, sondern könne einen Gewinn an Selbstbestimmung und Freiraum bringen.

DNR-Präsidiumsmitglied Michael Müller verwies vor allem auf die internationale Verantwortung. In den letzten 200

Jahren seien Beschäftigung und Wohlstand auf Kosten der Natur geschaffen worden. „Jetzt muss genau das Gegenteil passieren.“ Dies gilt Müller zufolge für Waren aus der Region ebenso wie für ein vom weltweiten Ressourcenabbau und Handel abhängiges Mobiltelefon.

Auswege sehen die Umweltverbände in haltbaren und schadstofffreien Produkten, die am Ende ihres Lebenszyklus wiederverwendet werden können. Es gelte aber auch, sich von klassischen Konsummodellen zu verabschieden und verstärkt Dienstleistungen wie das Leasing eines Telefons oder selten gebrauchter Geräte wie Bohrmaschinen oder Rasenmäher in Anspruch zu nehmen. Dies schone nicht nur die Geldbeutel der VerbraucherInnen, betonten die Verbände, auch die Hersteller hätten dann wieder ein Interesse an der Langlebigkeit, der Beschaffenheit, dem Verbleib und dem Wert ihrer Produkte. [mv]

- ▶ DNR, Maike Vygen, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177586
- ▶ NABU, Dr. Benjamin Bongardt, Referent für Umweltpolitik, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1610
- ▶ BUND, Thomas Haberland, Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-462
- ▶ www.nachhaltigkeits-check.de

DNR INTERN

Internationaler Austausch

Umwelt baut Brücken

■ Eine 30-köpfige deutsch-bulgarische Schülergruppe ist Mitte November vom Deutschen Naturschutzring in Bonn empfangen worden. Im Rahmen eines Projekts zum ehrenamtlichen Engagement im Naturschutz waren die Schüler gekommen, um journalistisch zu recherchieren und im Kölner Stadt-Anzeiger und in der überregionalen bulgarischen Tageszeitung Trud in Text und Bild über den DNR zu berichten.

Die Recherche der Schülergruppe war Bestandteil des Umwelt- und Medienpro-

jekts „Umwelt baut Brücken – Jugendliche im Europäischen Dialog“. Das Projekt führen die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), elf regionale und überregionale Zeitungen aus Deutschland, Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Ungarn sowie 40 weiterführende Schulen aus diesen Ländern gemeinsam durch. Dabei bilden die Schulen bilaterale deutsch-osteuropäische Partnerschaften. Eine dieser Partnerschaften besteht zwischen dem Dreikönigsgymnasium in Köln und dem Fremdsprachengymnasium Petar Bogdan in der nordwestbulgarischen Stadt Montana.

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen stellte die Aktivitäten des Verbandes zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements vor. Er erläuterte die Rolle des DNR als Dachverband und die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz. Die Gäste erfuhren, welche Aufgaben Freiwilligenkoordinatoren haben, wie sie aus- und weitergebildet werden und wie ein Freiwilligenaudit für Organisationen aussieht. DNR-Mitarbeiterin Vanessa Schnabel stellte die wichtigsten Erkenntnisse der jährlichen Umfrage zum ehrenamtlichen Engagement bei den Mitgliedsverbänden vor. [dr]

- ▶ DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de
- ▶ www.umwelt-baut-bruecken.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Zivildienstverkürzung

Umwelt-Zivis protestieren

■ Die von der Bundesregierung geplante Verkürzung des Zivildienstes auf sechs Monate wird von zahlreichen Zivildienstleistenden an der Nordseeküste vehement abgelehnt. Dies machten Zivildienstleistende des NABU, der Schutzstation Wattenmeer sowie lokaler Naturschutzvereine und freier Träger Ende Oktober deutlich. Ein Dienst von weniger als einem Jahr sei angesichts der anspruchsvollen Aufgaben

und der mehrmonatigen Einarbeitungszeit zu kurz, sodass schon jetzt viele Zivis im Umweltschutz ihre derzeitige Dienstzeit von neun Monaten freiwillig durch Praktika auf 13 Monate verlängerten. Außerdem, so die Zivildienstleistenden, könnten bei einer weiteren Verkürzung wichtige Naturschutzaufgaben nicht erfüllt werden. Gerade im Umweltbereich, wo Zivis oft in kleinen Dienststellen sehr eigenverantwortlich arbeiteten, sei eine weitere Dienstzeitverkürzung sehr schädlich.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat Presseberichten zufolge bereits seinen Ausstieg aus dem Zivildienst angekündigt. Für sechs Monate könnten Zivildienstleistende nicht mehr sinnvoll eingesetzt werden, teilte der Dachverband mit. Andere Verbände könnten folgen. [mb]

- ▶ Schutzstation Wattenmeer, Zivildienstleistender David Pyka, Husum, Tel. +49 (0)4841 / 668546, Fax -39, www.schutzstation-wattenmeer.de

Bildungsreise

Informationstour durch den Brüsseler Lobbydschungel

■ 26 VertreterInnen von 17 deutschen Umweltverbänden haben im November an einer dreitägigen Informations- und Lobbyfahrt nach Brüssel teilgenommen, die die EU-Koordination des DNR organisierte und leitete. Sie besuchten die EU-Kommission, den Ministerrat und Europaabgeordnete sowie VertreterInnen der Dachverbände Europäisches Umweltbüro (EEB), Transport and Environment (T&E), Climate Action Network Europe und Bird-Life. Die UmweltschützerInnen diskutierten über die aktuelle EU-Umweltpolitik, knüpften Kontakte und lernten die Brüsseler Lobbykultur kennen. Die Gruppe reiste auf Einladung des Europaabgeordneten der Grünen Michael Cramer.

Großen Anklang fand der Einführungsvortrag von Carsten Pillath, Generaldirektor des Generalsekretariats des Rates. Pillath erläuterte an anschaulichen Beispielen die Rolle des EU-Ministerrats

beim politischen Prozedere in Brüssel. Bei Treffen mit den Europaabgeordneten Michael Cramer, Rebecca Harms und Martin Häusling (Grüne) sowie Jo Leinen (SPD), Peter Liese (CDU) und Sabine Wils (Linke) erhielten die TeilnehmerInnen Antworten auf ihre Fragen und diskutierten über aktuelle politische Ereignisse. Abendempfang im Europäischen Parlament und ein Abendessen mit Brüsseler Umweltverbänden dienten dem Auf- und Ausbau von Kontakten. Besonders spannend fand die Gruppe neben den Treffen mit den EU-Abgeordneten die Gespräche mit dem unabhängigen Lobbyisten Frank Schwalba-Hoth über die Nutzung des Europaparlaments als Netzwerkgrundlage für Verbände.

Ihr wichtigstes Ziel hat die Reise bereits erreicht, denn die TeilnehmerInnen zeigten sich stark motiviert, die Lobbybemühungen ihrer Verbände auf europäischer Ebene auszudehnen. [aks]

- ▶ DNR, EU-Koordination, Bjela Vossen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de, www.eu-koordination.de

Wanderwege-Zertifikat

Qualität macht attraktiv

■ Fünf Jahre nach dem Start seiner Initiative „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ hat der Deutsche Wanderverband (DWV) eine durchweg positive Bilanz gezogen. Wie im Sommer eine Umfrage bei den Auftraggebern der bis dahin 46 zertifizierten Wanderwege ergab, stieg die Nachfrage durch das Zertifikat um fast 80 Prozent. 72 Prozent der Umfrageteilnehmer bestätigten eine Qualitätssteigerung im gesamten Wanderwegenetz. Die Zahl der Wandergäste stieg durchschnittlich um etwa 30 Prozent. Zu den inzwischen 54 Qualitätswegen mit insgesamt 6.700 Kilometern Länge sollen bereits im Januar fünf neue kommen. [mb]

- ▶ DWV, Erik Neumeyer, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 9387313, E-Mail: e.neumeyer@wanderverband.de, www.wanderbares-deutschland.de

REZENSIONEN

Stern-Report, die Zweite

Als der ehemalige Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern eine Kostenrechnung vorlegte, kam der Klimawandel in Politik und Wirtschaft auf die Agenda. Nun legt Stern nach und fordert einen „Global Deal“, bei dem vor allem die Industrieländer etwas abgeben müssen.



„Wenn Nicholas Stern sich zu Wort meldet, hört die Welt zu.“ Besser als die britische Zeitung The Guardian kann man die Bedeutung von Lord Nicholas Stern wohl nicht ausdrücken. Seit er in seinem

2006 erschienenen Report über den wirtschaftlichen Aspekt des Klimawandels überzeugend darlegen konnte, dass Investitionen in den Klimaschutz ökonomisch überaus sinnvoll sind, gehört der ehemalige Chefökonom der Weltbank zu den Großen der Szene. Die Inhalte des Stern-Reports gingen wie ein Lauffeuer um die Welt und hinterließen einen nachhaltigeren Eindruck bei Politik und Wirtschaft als alles, was bis zu diesem Zeitpunkt geschrieben wurde.

Vor einigen Wochen ist nun Sterns Nachfolgewerk „The Global Deal“ auch in deutscher Sprache erschienen. So manches Mal merkt man dem Buch an, dass sein Kern auf einem wissenschaftlichen Aufsatz basiert, den Stern für die London School of Economics verfasst hat, an der er als Professor lehrt. Das macht das faktenreiche Buch in erster Linie zu einem Werk für Fortgeschrittene.

Inhaltlich legt Stern eine Art Fahrplan für die Weltklimakonferenz im Dezember in Kopenhagen vor. Nach der ökonomischen Analyse also jetzt ein politisches Manifest. Doch ganz ohne Kostenrechnung kommt der Autor nicht aus – und bessert gegenüber den Zahlen von 2006 nach: Die gerade noch tolerierbare CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wird von 550 ppm auf immer noch viel zu hohe, aber wohl realistische 500 ppm (0,05 Prozent) gesenkt; die zur Begrenzung erforderlichen Investi-

tionen beziffert Stern auf zwei Prozent des jährlichen weltweiten Bruttoinlandsprodukts – ein fürwahr akzeptabler Aufwand angesichts dessen, was der Welt im Falle des Nichthandelns bevorsteht.

Kernstück des Buches ist aber der „Global Deal“, ein Maßnahmenpaket, das die Welt vor dem Klimakollaps retten soll. Neben der Festlegung konkreter globaler und länderspezifischer Emissionsziele fordert Stern einen wirksamen internationalen Emissionshandel, massive Anstrengungen zur Bekämpfung der Entwaldung und eine stärkere Unterstützung der armen Länder des Südens: „Die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels müssen ihrer moralischen Verpflichtung endlich nachkommen und die Entwicklungsländer technisch und finanziell unterstützen.“ Indem Stern den Kampf gegen die Erderwärmung mit der Lösung der Armutsfrage verknüpft, bringt er verstärkt ethische Aspekte in die Klimadiskussion ein. Ein weiterer Pfeiler des Deals ist schließlich die umfassende Förderung von Zukunftstechnologien, um ein „CO₂-armes“ Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Nicht alles, was der Ökonom hier aufführt, werden Ökologen begrüßen, etwa die umstrittene CCS-Technologie zur Einlagerung von CO₂ oder gar die Kernfusion. Doch auch wenn in diesen – sehr vereinzelt – Buchpassagen eine entschieden kritischere Sicht angebracht wäre, ist zu wünschen, dass sich die Mächtigen dieser Welt von den vielen guten Ansätzen des neuen Reports lenken lassen. Dass Atomenergie der falsche Weg ist, muss ihnen dann eben von anderer Stelle erläutert werden.

[Christoph Hirsch]

► Stern, N.: Der Global Deal. Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen. C. H. Beck, 2009, 287 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-406-59176 1

Unser täglich Brot

Bald sind wir neun Milliarden hungerrige Menschen, Lebensmittelpreise steigen. Doch nicht nur Erosion, Klimawandel und Plantagenwirtschaft gefährden Sicherheit und Glück.



Wie ist ein Buch zu bewerten, welches ein bislang vernachlässigtes, dabei aber äußerst wichtiges Thema endlich aufs Tableau bringt, dies über weite Strecken facettenreich und verständlich

tut, an wichtigen Stellen aber nicht kritisch genug ist? Mit absoluter Ablehnung oder doch besser mit einer differenzierten Sichtweise?

Das Thema, um das es hier geht, ist elementar: Es ist die Ernährungssicherheit der Menschheit. Was bislang vom Klimawandel an den Rand gedrängt wurde, gelangt nun über die Hintertür steigender Lebensmittelpreise auch in unsere Speisezimmer. Die zentrale Frage, die der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Hirn in seinem aktuellen Buch stellt, lautet: Wie können neun Milliarden Menschen um die Jahrhundertmitte ausreichend Nahrung finden – angesichts des immensen Verlusts fruchtbaren Bodens durch Erosion und Überbauung, der Umwandlung von Ackerland in Biospritplantagen, zunehmender Dürre sowie leer gefischter und steigender Meere?

Der Autor hat für seine weltweite Bestandsaufnahme 25 Länder bereist und dabei in Indien ein besonders dramatisches Zusammentreffen von Ungünstfaktoren beobachtet: „Ausgetrocknete Flüsse, sinkende Grundwasserspiegel, unberechenbarere Monsune – auf Indiens Landwirtschaft kommen in den nächsten Jahrzehnten gravierende Probleme zu.“ Jenseits des Klimawandels sind es zwei Faktoren, die dem Subkontinent zum Verhängnis werden könnten: Eine rasant steigende Bevölkerungszahl und ein hohes Wirtschaftswachstum, welches eine kaufkräf-

tige Mittelschicht entstehen lässt – einen schier unstillbaren Hunger nach Fleisch inklusive. „Essen wie im Westen“, lautet die energetisch unvernünftige und obendrein ungesunde Devise der Aufsteiger.

Doch was muss geschehen, damit globaler Hunger und seine Folgeerscheinungen wie Kriege und Migration vermieden werden können? Hier hat der Reporter des Manager Magazins durchaus reelle Rezepte parat: „Weniger Fleisch. Mehr Italienisches. Mehr Lokales.“ Doch mit der Forderung nach einer Bevölkerungspolitik nach chinesischem Vorbild in den Ländern der Dritten Welt und einem tabulosen Umgang mit der grünen Gentechnik geht Hirn zu weit. Bei Genfood als Rettung oder künstlichem Fleisch als heiler Welt sind die Grenzen überschritten und es bleibt – siehe oben – ein fader Geschmack zurück. **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Hirn, W.: Der Kampf ums Brot. Warum die Lebensmittel immer knapper und teurer werden. S. Fischer, Frankfurt/M. 2009, 283 S., 14,95 €, ISBN 978-3-10-030412-4

Erster Weltagrarbericht überrascht Auftraggeber



Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft um jeden Preis ist nicht der Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt. Zudem sind die ökologischen Folgen nicht vertretbar. Dies ist das einleuchtende Fazit des Weltagrarberichts IAASTD, den mehr als 60 Staaten im April 2008 unterzeichneten und dessen Synthesebericht nun in deutscher Übersetzung vorliegt.

Die große Herausforderung für die kommenden Jahre besteht darin, der andauernden Ernährungskrise – über eine Milliarde Menschen hungern – ein Ende zu setzen und für die wachsende Weltbevölkerung die Ernährung zu sichern, ohne

Ökosysteme und natürliche Lebensgrundlagen weiter zu zerstören. Das kann, so der Weltagrarbericht, nur mit einem radikalen Wandel in der landwirtschaftlichen Forschung, Entwicklung und Praxis bewältigt werden. Dazu gehört, dass die Multifunktionalität der Landwirtschaft anerkannt und gezielt gefördert wird: Landwirtschaft produziert nicht nur Lebensmittel und Agrarrohstoffe, sondern kann – nachhaltig betrieben – natürliche Ressourcen und Biodiversität erhalten, CO₂ binden, gesunde Ernährung fördern und Existenzen in ländlichen Gebieten schaffen.

Der Weltagrarbericht geht davon aus, dass Ernährungssicherheit in Zeiten des Klimawandels nur regional und lokal zu gewährleisten ist. Entsprechend lenkt er den Blick auf kleinbäuerliche Strukturen, die im Zentrum der Bemühungen um ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung stehen müssen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis lautet, dass die Verfügbarkeit von Wissen vor Ort – gerade auch von lokalem, traditionellem und indigenem Wissen – für eine langfristig nachhaltige Entwicklung bedeutsamer ist als Hightechlösungen wie die Agrogentechnik.

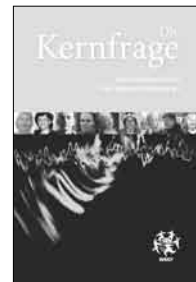
Nicht nur der Inhalt, sondern auch der interdisziplinäre Prozess, aus dem der Weltagrarbericht hervorgegangen ist, überzeugt. Auf Initiative von Robert T. Watson, Chefwissenschaftler für nachhaltige Entwicklung bei der Weltbank, und im Auftrag der Vereinten Nationen beschlossen im September 2004 Regierungsvertreter aus über 70 Ländern, ein International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development (IAASTD) durchzuführen. 400 ExpertInnen aus allen Disziplinen und aus allen Weltregionen erhielten den Auftrag, das verfügbare Wissen über Landwirtschaft zu bewerten. In den Folgejahren legten sie einen globalen Bericht und fünf regionale Berichte jeweils zweimal zur öffentlichen Kommentierung vor. Eigens ausgewählte Review-Editoren garantierten, dass die unzähligen kritischen Kommentare in den Überarbeitungen berücksichtigt wurden.

Noch sind die Erkenntnisse des Berichts nicht bei den Entscheidungsträgern angekommen. Selbst die Weltbank

als Initiatorin des Weltagrarberichts verbreitet die Resultate nicht offensiv, da sie zu sehr von ihrem eigenen Weltentwicklungsbericht 2008 abweichen. Croplife, ein internationaler Interessenverband der Agrarindustrie, stieg in letzter Minute aus dem IAASTD-Prozess aus, weil er neue Technologien und industrielle Landwirtschaft nicht genug gewürdigt sah. Auch die deutsche Bundesregierung beteiligte sich bisher nicht. Die Übersetzung des Weltagrarberichts wird hierzulande hoffentlich zu einer breiteren öffentlichen Debatte über nachhaltige Landwirtschaft führen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollten besser jetzt als später zu zentralen Grundsätzen globalen Denkens und Handelns werden. **[Frauke Wiprich]**

- ▶ Albrecht, S.; Engel, A. (Hrsg.): Weltagrarbericht. Synthesebericht. Hamburg University Press, 2009, 286 S., 29,80 €, ISBN 978-3-937816-68-5. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/iaastd
- ▶ www.weltagrarbericht.de

Gesellschaftliche Kernfragen



Was haben eine deutsche Geschäftsführerin, eine russische Anwältin und eine irakische Forscherin gemeinsam? Jede Menge Insiderwissen und eigene Erfahrungen mit der Atomwirtschaft sind in das Buch „Die Kernfrage“

geflossen, das auf gelungene und emotionale Art informiert. Berichte und persönliche Schicksale, überwiegend von Frauen, nehmen die LeserInnen mit auf eine Reise zu den verschiedenen Stationen des Urankreislaufs: von Uranabbau, Urananreicherung über Kraftwerksbetrieb, GAU, Wiederaufbereitung und Lagerung bis zu Atomwaffentests. Die LeserInnen erfahren, welchen Einfluss die Atomwirtschaft auf die Menschen vor Ort hat.

Zum Thema Atomwaffentests erzählt beispielsweise Lijon Eknilang von der Insel Rongelap ihre Geschichte. An ihrem

achten Geburtstag wurde auf dem Bikini-Atoll die Atombombe „Bravo“ gezündet. Sie kann keine Kinder bekommen, hatte sieben Fehlgeburten – wie viele Menschen auf den Marshallinseln. Alle BewohnerInnen haben die Inseln verlassen, doch das Erbe der Atomtests der USA, Krankheiten und der Verlust der Heimat sowie der Kultur, tragen sie mit sich.

Das spannende Buch ist eine Anklage und schockiert mit ungeschminkten Wahrheiten. Doch die LeserInnen werden nicht mit ihrer Empörung allein gelassen, der Ausweg wird im Buch ebenfalls klar aufgezeigt: erneuerbare Energien.

Die Umwelt- und Frauenorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) hat mit diesem Buch einen neuen und sinnvollen Weg beschritten, die Bevölkerung zu bewegen: endlich weg vom wissenschaftlichen und politischen Diskurs, hin zu den Menschen. WECF arbeitet seit 15 Jahren vor allem in Osteuropa, Zentralasien sowie dem Kaukasus und auf internationaler Ebene daran, eine gesunde Umwelt für alle zu erreichen. Mit der „Kernfrage“ ist sie auf diesem Weg einen Schritt weitergekommen. **[Peter Lysy]**

- ▶ WECF – Women in Europe for a Common Future (Hrsg.): Die Kernfrage. Insider berichten über ihre Erfahrungen mit der Kernenergie. WECF, München 2009, 40 S., 5,- €, ISBN 978-3-9813170-0-8. www.die-kernfrage.de

Das Sterben der Bienen



■ Jährlich im April klettern in der chinesischen Provinz Sichuan Tausende von Menschen mit Bambusstöcken, an deren Ende Hühnerfedern befestigt sind, in die blühenden Zweige der zahllosen Birnbäume. Sie bestäuben mühsam die Blüten von Hand, seit die Bienen durch Pestizideinsatz verschwunden sind. So schildern Alison Benjamin und Brian McCallum in ihrem Buch eine der Folgen

einer Welt ohne Bienen. Aber nicht nur immer raffiniertere Pestizide stehen unter Verdacht. Auch der schrumpfende Genpool der Bienen, gentechnisch veränderte Pflanzen, Nahrungsmangel, Klimawandel, Bienenkrankheiten und Schädlinge sowie industrieller Bienenhandel und extensive Bestäubungsimkerei sind es, die in ihren Wechselbeziehungen die weltweite Krise bei den Bienen beeinflussen.

Die Autoren sind für ihr vorzügliches Buch weit gereist, haben weltweit mit betroffenen Imkern, Landwirten und Wissenschaftlern gesprochen und eine große Zahl von Quellen ausgewertet. „Wir sind es, die Honigbienen durch Unwissenheit, nicht nachhaltige Ackerbaumethoden und den Einsatz gefährlicher Chemikalien töten“, schreiben sie, „nur ein grundlegender Wandel in unserem Umgang mit der Honigbiene wird die Katastrophe verhindern.“ Auch wenn einige der geschilderten Bedingungen eher auf die USA als auf unsere Situation zutreffen: Das Buch schildert eindringlich die negativen Folgen der Globalisierung in der Bienenwelt.

[Gilbert Brockmann]

- ▶ Benjamin, A.; McCallum, B.: Welt ohne Bienen. Wie das Sterben einer Art unsere Zivilisation bedroht. Fackelträger, Köln 2009, 286 S., 19,95 €, ISBN 978-3-7716-4418-5

Gefahr Umweltjournalismus

■ Die Organisation Reporter ohne Grenzen hat im September einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen an JournalistInnen vorgelegt. Die mit der Recherche an Umweltskandalen beschäftigten ReporterInnen mussten Gefängnis- oder Prügelstrafen in Kauf nehmen, schwere Körperverletzungen, Morddrohungen oder Vertreibung erdulden. Sie hatten über Straßenprojekte in Russland, Waldzerstörung in Kambodscha oder über das ökologische Desaster am Aralsee in Usbekistan berichtet. Insgesamt werden beispielhaft 13 Fälle vorgestellt. Bemerkenswerter Einsatz bemerkenswerter Menschen! **[jg]**

- ▶ www.kurzlink.de/rog-umwelt

INTERNET

Öko-Nomie

■ Das Bundesumweltministerium hat parallel zur Veröffentlichung des Buches „Produktivkraft Natur“ eine neue Internetseite eingerichtet. Sie stellt Projekte im Spektrum Wirtschaft und Natur vor, zeigt, wie Biodiversitätsfragen in der Ökonomie berücksichtigt werden und wie hoch der ökonomische Wert der Natur ist. So wird zum Beispiel der Erholungswert der Wälder in Deutschland auf etwa 2,5 Milliarden Euro geschätzt. **[bv]**

- ▶ www.wirtschaft-und-natur.de

Internationale Termine zu Biodiversität

■ Das Sekretariat der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) hat die offiziellen Termine zu Biodiversität aufgelistet. Von internationalen Aktionstagen bis hin zu Meetings von Untergruppen werden Daten, Orte und weiterführende Links regelmäßig aktualisiert. Gültig zunächst bis Ende 2010. **[jg]**

- ▶ www.cbd.int/meetings

Uranbergbau

■ uranium-network.org ist eine neue Webseite, die sich auf internationaler Ebene mit Fragen rund um den Uranbergbau befasst. Die Seite dient zur Stärkung der bestehenden Netzwerke zur Uranpolitik. Sie liefert neue Informationen zu verschiedenen Bereichen, wie etwa zur derzeitigen Situation im Uranbergbau in unterschiedlichen Ländern oder zu neuesten Forschungsergebnissen über Gefahren von Strahlung und Giftigkeit von Uran und seinen Zerfallsprodukten. Außerdem ist das Uranium Network beim Verbindungsaufbau zu aktiven Gruppen, nichtstaatlichen Organisationen und Institutionen sowie beim Organisieren und Gestalten von Kampagnen behilflich. **[ans]**

- ▶ www.uranium-network.org

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Ax, C.: **Die Könnensgesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise.** Rhombos, Berlin 2009, 276 S., 29,80 €, ISBN 978-3938807-96-5. www.koennensgesellschaft.de
- ▶ Eisel, U.: **Landschaft und Gesellschaft. Räumliches Denken im Visier. Raumproduktionen, Band 5.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 309 S., 29,90 €, ISBN 978-3-89691-772-0
- ▶ Gege, M. (Hrsg.): **Klima retten und Geld sparen: 1000 Tipps für Haus, Garten, Büro, Freizeit.** Bruno Media, Köln 2009, 104 S., 12,80 €, ISBN 978-3-9809607-9-3
- ▶ Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (Hrsg.): **Renaissance der Kernenergie für Klimaschutz? Texte zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing.** GEP, Frankfurt/M. 2009, 29 S., 3,40 €. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/gep-kernenergie
- ▶ Genanet (Hrsg.): **Kommunikations-Baukasten Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit.** Berlin 2009, 27 S., kostenlos. Bezug: www.genanet.de/publikationen.html
- ▶ Görg, C. u. a.: **Internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel.** BUKO, Hamburg 2009, 65 S., 3,50 €. Download (PDF, 480 kB): www.kurzlink.de/klimareader.pdf
- ▶ Hahn, M.; Herrmann, F.: **Fair einkaufen – aber wie? Der Ratgeber für fairen Handel, für Mode, Geld, Reisen und Genuss.** Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2009, 200 S., 17,90 €, ISBN 978-3-86099-610-2
- ▶ Hartmann, K.: **Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt.** Blessing, München 2009, 384 S., 16,95 €, ISBN 978-3-89667-413-5. www.ende-der-maerchenstunde.de
- ▶ Jäger, M.; Strohschneider, T. (Hrsg.): **Die letzte Krise? Analysen zur Zukunft des Kapitalismus.** Edition Freitag, Berlin 2009, 126 S., 7,80 €, ISBN 978-3-936252-27-9
- ▶ Koch, K. W. (Hrsg.): **Störfall Atomkraft. Sieben Schritte zu einer Welt ohne atomare Bedrohung.** Nomen, Frankfurt/M. 2009, 220 S., 10,- €, ISBN 978-3-939816-12-6
- ▶ Leggewie, C.; Welzer, H.: **Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie.** S. Fischer, Frankfurt/M. 2009, 288 S., ISBN 978-3-10-043311-4
- ▶ Mäder, C.: **Klimaänderung. Wichtige Erkenntnisse aus dem 4. Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen der Vereinten Nationen (IPCC).** Umweltbundesamt, Dessau 2009, 36 S., kostenlos. www.kurzlink.de/uba-info-medien-3840
- ▶ OECD (Hrsg.): **Agricultural Policies in OECD Countries 2009, Monitoring and Evaluation.** OECD, Paris 2009, 278 S., 60,- €, ISBN 978-92-64-06172-9
- ▶ OECD (Hrsg.): **OECD-FAO Agricultural Outlook 2009.** OECD, Paris 2009, 230 S., 50,- €, ISBN 978-92-64-01144-1. www.agri-outlook.org
- ▶ Schaffnit-Chatterjee, C.: **Lebensmittel. Eine Welt voller Spannung.** Deutsche Bank, Frankfurt/M. 2009, 44 S., kostenlos, ISSN 1430-7421. Download: www.kurzlink.de/db-research-461.pdf
- ▶ Schneidewind, U.: **Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem.** Metro-polis, Marburg 2009, 290 S., 19,80 €, ISBN 978-3-89518-745-2
- ▶ Shiva, V.: **Leben ohne Erdöl. Eine Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben.** Rotpunkt, Zürich 2009, 200 S., 19,50 €, ISBN 978-3-85869-405-8
- ▶ Simonis, U. E. u. a. (Hrsg.): **Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010.** Hirzel, Stuttgart 2009, 248 S., 19,80 €, ISBN 978-3-7776-1768-8
- ▶ United Nations (Hrsg.): **Climate Change And Children: A Human Security Challenge. Policy Review Paper.** UNO-Verlag, Genf 2009, 64 S., 19,60 €, ISBN 978-88-89129-83-8
- ▶ Waldschmidt, A.; Klein, A.; Korte M. T.: **Das Wissen der Leute. Bioethik, Alltag und Macht im Internet.** VSA, Wiesbaden 2009, 323 S., 39,90 €, ISBN 978-3-531-15664-4

Impressum

umwelt aktuell

Dezember 2009/Januar 2010

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maïke Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Doris Rohde [dr], Anne Schweitzer [ans], Zoé Thio [zt], Ann-Katrin Sporkmann [aks]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, -82, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Stiftung Umwelt und Schadenvorsorge bei.



Ihr Geld verändert die Welt

Die Weltwirtschaft ächzt unter den Folgen der Finanzkrise. Wem kann man jetzt noch vertrauen, wie soll man sein Geld zukunftssicher anlegen? Dieser Ratgeber gibt Tipps für den sicheren Umgang mit Geld nach ethischen und ökologischen Kriterien. Die Finanzberaterin Mechthild Uppang führt in verschiedene Finanzmarktprodukte ein, erläutert Risiken und Renditechancen und vergleicht Anlageformen und Möglichkeiten der Altersvorsorge.

M. Uppang

Gewinn mit Sinn

Wie Sie Ihr Geld sicher anlegen – mit gutem Gewissen
Der nachhaltige Finanzratgeber

279 Seiten, 18,90 EUR
ISBN 978-3-86581-174-5



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



TERMINE

DEZEMBER

01.12., Leipzig (D)
Plüschtier oder Tiger? Zwischenstaatlicher Wissenschaftsrat für Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen (IPBES) unter der Lupe. Workshop

► DNR/Forum Umwelt & Entwicklung, Dr. Kathrin Blaufuss, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177574, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.biodiv-network.de

03.–04.12., Mainz (D)

Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft. Symposium

► Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz u. a., Mainz, Dieter Prellberg, Tel. +49 (0)6131 / 60331701, E-Mail: dieter.prellberg@luwg.rlp.de, www.kliwa.de

03.–04.12., Berlin (D)

Boden – nicht erneuerbare Ressource

► Bundesumweltministerium u. a., Kommission Bodenschutz beim UBA, Tel. +49 (0)340 / 210-35322, Fax -45322, E-Mail: kbu@uba.de, www.umweltbundesamt.de/boden-und-altlasten

04.12., Offenbach (D)

Umweltrecht aktuell. Workshop

► Umweltinstitut Offenbach, Tel. +49 (0)69 / 810679, E-Mail: mail@umweltinstitut.de, www.umweltinstitut.de/programme/Umweltrecht_aktuell.pdf

05.–06.12., Locomm bei Hannover (D)

Nicht müssen, sondern wollen? Kommunale Energieversorgung und Klimaschutz

► Evangelische Akademie Locomm, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81-108, Fax -900, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, <http://vera.evlka.de> (Suchen: Klimaschutz)

07.–18.12., Kopenhagen (DK)

COP 15. Climate Change Conference 2009

► www.cop15.dk, www.klimagipfel2009.de

08.–09.12., Schwäbisch Hall (D)

Biogas und Bioenergie in der Landwirtschaft. Tagung

► IBBK/FnBB, Kirchberg/Jagst, Tel. +49 (0)7954 / 9262-03, Fax -04, E-Mail: ibbk-jahrestagung@fachgruppe.biz, www.biogas-zentrum.de

JANUAR

11.01., Brüssel (B)

Environmentally harmful subsidies – a real threat to biodiversity

► DNR/Forum Umwelt & Entwicklung/EEB, Dr. Kathrin Blaufuss, CBD-Projektbüro, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, Fax -80, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.biodiv-network.de

15.–24.01., Berlin (D)

Internationale Grüne Woche Berlin. Landwirtschaftsmesse mit zahlreichen Veranstaltungen

► Messe Berlin, Tel. +49 (0)30 / 3038-0, E-Mail: central@messe-berlin.de, www.gruenewoche.de (Kongresse – Eventsuche – Gesamtprogramm)

25.–26.01., Stuttgart (D)

Verkehrssicherheit und Radverkehr. Kongress

► Difu, Simone Harms, Fahrradakademie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 390011-32, E-Mail: fahradakademie@difu.de, www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine

25.–29.01., Kochel am See bei Bad Tölz (D)

Wo sind die Grenzen des Wachstums und was ist echter Fortschritt? Seminar

► Georg-von-Vollmar-Akademie, Tel. +49 (0)8851 / 780, Fax 7823, E-Mail: info@vollmar-akademie.de, www.vollmar-akademie.de

26.–27.01., Erfurt (D)

Erfurter Gespräche zur Wasserrahmenrichtlinie. Konferenz

► DWA, Angelika Schiffbauer, Tel. +49 (0)2242 / 872-156, E-Mail: schiffbauer@dwa.de, www.dwa.de

28.–29.01., Wien (A)

Wachstum im Wandel. Konferenz

► Lebensministerium, Regina Weber, Tel. +43 (0)1 / 51522-1310, E-Mail: regina.weber@lebensministerium.at, www.wachstumimwandel.at

29.–30.01., Bonn (D)

Chronisch unterfinanziert. Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für Biodiversitätsschutz. Workshop

► DNR/Forum Umwelt & Entwicklung, Dr. Kathrin Blaufuss, CBD-Projektbüro, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, Fax -80, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.biodiv-network.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Virtuelle Konferenz

Klimaprobleme im Chatroom

Die Idee ist gut: WissenschaftlerInnen und Interessierte aus aller Welt tauschen sich auf einer virtuellen Konferenz im Internet zu Fragen des Klimaschutzes aus. Sie müssen nicht reisen und vermeiden so massiv CO₂-Emissionen. Doch inhaltlich und technisch zeigte die virtuelle Konferenz „Klima 2009“ noch deutliche Mängel.

□ Die Idee zu einer Klimakonferenz, die ausschließlich im Internet stattfindet, hatte Walter Leal, Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), vor zwei Jahren. Damals sah er die Bilder vom Klimagipfel in Bali und hörte, dass dieser Kongress mindestens 15.000 Tonnen CO₂-Emissionen verursachte. Leal organisierte daraufhin im Jahr 2008 erstmals eine Konferenz zum Klimaschutz, die ausschließlich im Internet stattfand: die Klima 2008. Rund 2.300 Personen aus 162 Ländern registrierten sich über das Internet, um die Beiträge aus elf Ländern zu lesen und zu diskutieren. Mehr als eine Million Mal wurde auf die Seiten zugegriffen. Die gesamte Konferenz wurde CO₂-neutral gestaltet, indem die Emissionen durch den Kauf von sogenannten Klimazertifikaten kompensiert wurden.

Klima 2009 mit erweitertem Angebot

Die zweite E-Klimakonferenz vom 2. bis 6. November 2009 sollte noch erfolgreicher werden. Teilnahmegebühren gab es nicht. Die geschätzten CO₂-Emissionen in Höhe von 266 Tonnen wurden vom Kongresspartner KlimaInvest durch Investition in eine türkische Windkraftanlage kompensiert. Alle Server liefen mit Ökostrom aus Wasserkraft. Allerdings wurde nicht ausschließlich Recyclingpapier verwendet.

Thematischer Schwerpunkt war diesmal die Frage, wie der Klimaschutz mit den sogenannten Millenniumszielen der UN verknüpft werden kann, beispielsweise der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, der Verbesserung der Gesundheit oder der Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Mittelpunkt stand dabei der wissenschaftliche Austausch. Weitere Zielgruppen waren Privatpersonen und Schulen. Ein Fachbeirat wählte

insgesamt 103 Beiträge in vier vorgegebenen Kategorien aus: soziale, ökonomische und politische Aspekte des Klimawandels sowie Projekte und Bildung. Die Beiträge konnten mit maximal fünf Sternen bewertet werden. Ein Forum ermöglichte Kommentare und einen fachlichen Austausch. Zu festgelegten Zeiten wurden außerdem moderierte Live-Chats zu verschiedenen Themen und ein Forum zu allgemeinen Fragen angeboten. Ein umfangreicher Serviceteil beinhaltete Podcasts, Videoclips, Informationen zu Finanzierungsquellen sowie die Möglichkeit der Projektdarstellung zur Partnersuche. Alle Inhalte der Plattform sind auch nach Ende der Konferenzwoche weiter zugänglich und können zur Recherche genutzt werden.

Großes Interesse bei Wirtschaft und Politik

Zum Start von Klima 2009 fand eine Auftaktveranstaltung in der Hamburger Industrie- und Handelskammer statt – ganz real mit Teilnehmenden aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Staatsrat Christian Maaß von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt begrüßte die E-Konferenz als Möglichkeit für eine Transmission von Klimawissen in die Gesellschaft und für das Einbeziehen von Initiativen. Claudia Kempfert, Professorin an der Hertie School of Governance und Leiterin der Abteilung Energie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, sah angesichts der tiefen Wirtschaftskrise ein riesiges Weltmarktpotenzial beim Klimaschutz, für das man gerüstet sein müsse. Bis 2020 könnten hier bis zu einer Million neue Arbeitsplätze entstehen. Heino von Meyer, Leiter des Berliner Zentrums der OECD, betonte, alle Lösungsansätze für die Klimaprobleme seien heute verfügbar, erreichbar und bezahlbar. Es hapere aller-

dings bei der globalen Umsetzung. Neben einem Technik- und Finanztransfer sei auch eine internationale Marktkontrolle nötig. In der anschließenden Podiumsdiskussion äußerten sich die Wirtschaftsvertreter allerdings vorsichtiger: Nicht nur Chancen eröffneten sich, es gelte auch Risiken und Investitionsbedarfe zu bedenken. Handwerk und Technik zeigten sich jedenfalls gerüstet. Sie bieten bereits kostensparende Technik zur Klimaanpassung in Wohnhäusern und Betrieben an.

Zurückhaltende Resonanz in Deutschland

Zur Klima 2009 meldeten sich Delegierte aus 147 Ländern an. Die Fachbeiträge waren in englischer Sprache verfasst. Die Beteiligung aus Deutschland hielt sich in engen Grenzen. Ein Wissenstransfer über Sprachgrenzen hinweg ist wegen der vielen Fachausdrücke und ohne erläuternde Bilder sicher schwierig. Zu den deutschen Akteuren und Normalbürgern hin gelang er jedenfalls nicht, das zeigten auch die Beiträge im allgemeinen Diskussionsforum. Die E-Konferenz war zu intellektuell und zu wenig auf allgemein interessierende Fragen zugespielt.

Die Suche nach deutschen Projektpartnern war angesichts fehlender Kurzbeschreibungen recht mühsam und daher offensichtlich wenig erfolgreich. Eine „Klimawandel-Bibliothek“ stellte zwar über 100 Dokumente und aktuelle Studien zur Verfügung, jedoch ohne systematischen Index. In den englischsprachigen Chatrooms tummelten sich meist Fachleute. Wer die breite Masse erreichen will, muss woanders ansetzen, wie es etwa die Plattform StudiVZ zeigt, die seit Jahren mehr als zehn Millionen Menschen vernetzt.

Technik von morgen schon heute einsetzen

Neue Formen des Informations-, Wissens- und Kollaborationsmanagements über das Internet gibt es zuhauf. Das Web 2.0 boomt geradezu. Wer in einer Suchmaschine „virtual conference“ eingibt, erhält an die Tausend Treffer. Doch viele E-Konferenzen bleiben exklusiven Zirkeln vorbehalten, dafür sorgen schon die hohen Eintrittspreise. Interessanterweise veranstaltete das Bundesfamilienministerium schon ▶

2002 eine virtuelle Konferenz für Jugendliche über „Wahrnehmungen von Globalisierung – Globale Bilder“. Die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) organisiert seit Jahren einen „Chat der Welten“ für Schüler.

Technisch sind die jungen Leute weit voraus. Über kostenlose Programme wie TeamSpeak oder TeamViewer ist es beispielsweise problemlos möglich, eine Präsentation auf andere Bildschirme zu zaubern und sich zugleich über Kopfhörer und Mikro mit anderen Personen zu unterhalten. Umständliches Schreiben ist nicht nötig. Jugendliche nutzen diese Kommunikationstechnik schon lange, warum sie also nicht auch für Bildungszwecke oder wissenschaftliche Präsentationen nutzen?

Klima 2009 bestand eigentlich aus zwei verschiedenen, nicht ganz kompatiblen Teilen: auf der einen Seite eine interessante Auftaktveranstaltung für die Eliten – real und mit echter Begegnungsmöglichkeit, wenn man das Glück hatte, in Hamburg dabei zu sein. Die andere, virtuelle Seite sollte demokratisch und global sein, blieb aber in den Fachzirkeln hängen. Zu wenig „sexy“ für die Öffentlichkeit? Nicht komfortabel genug? Eigentlich schade, denn die Idee ist gut. Vielleicht sollten die Organisatoren zur Vorbereitung der nächsten E-Konferenz ein paar jugendliche Berater ins Team holen. Freuen wir uns also auf die Klima 2010 vom 1. bis 7. November!

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.klima2009.net
- ▷ Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Leal, Forschungs- und Transferzentrum Applications of Life Sciences, HAW Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 42875-6324, E-Mail: walter.leal@haw-hamburg.de, www.haw-hamburg.de/ftz-als.html

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Netzwerk erstellt Liste der BNE-Medien

☐ Wer seine pädagogische Arbeit in einer Fachzeitschrift für BNE publizieren will oder eine Veranstaltung in Fachkreisen ankündigen möchte, sollte diesen neuen Service der ANU nutzen. Auf der Inter-

netseite des ANU-Bundesverbandes findet sich eine Übersicht wichtiger Medien aus den Bereichen Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen. 27 Magazine, Newsletter und E-Mail-Listen sowie sechs leider bereits eingestellte Medien sind hier verzeichnet, mit Internetadresse und Kontaktmöglichkeit zur Redaktion. Hinweise zu weiteren BNE-Medien oder Korrekturen sind willkommen.

- ▷ www.umweltbildung.de/5500.html

ANU Bayern:

Neue Kampagne 2010 „WertvollerLeben“

☐ Die ANU Bayern startet im April 2010 zum Dekade-Thema Geld die Kampagne „WertvollerLeben“. Die unter dem Qualitätssiegel Umweltbildung.Bayern versammelten Partner der ANU wollen das Verhältnis von Geld, Werten, Ressourcen und Wertschöpfung thematisieren und zu mehr Nachhaltigkeit anregen. Vielfältige Aktionen sind geplant, darunter eine zentrale Auftaktveranstaltung sowie Beiträge zur Landesgartenschau in Rosenheim, zum ökumenischen Kirchentag in München und während der Fußballweltmeisterschaft. Abschluss wird eine Fachtagung in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 1. bis 3. Oktober sein. Zum Themenspektrum Geld, Werte und Lebensstile führte die ANU Bayern bereits eine Recherche im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums durch. Ergebnis ist eine Aufstellung von Projekten, Materialien und AnsprechpartnerInnen, die im Internet heruntergeladen werden kann.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/un-dekade-aktivitaeten.html

Ökostation Neugattersleben: Neubaupläne

☐ Rund 7.000 Gäste kommen jährlich in die Ökostation im anhaltischen Neugattersleben. Seit 17 Jahren informieren sich hier Schüler, Fachleute und Senioren über ökologischen Gartenbau, gesunde Ernährung und den Umgang mit alternativen Ressourcen. Nun soll eine alte, asbestver-

seuchte Baracke abgerissen und dafür ein neues Gebäude als Bildungsstätte gebaut werden – vorausgesetzt, der Landkreis kann von den rund 350.000 Euro Kosten den Eigenanteil in Höhe von 90.000 Euro aufbringen.

- ▷ www.oekostation-neugattersleben.de

Naturschule Freiburg:

Naturerleben heute wichtiger den je

☐ Auf der Tagung „Naturerleben 21 – Inspirationen aus Kulturlandschaft und Wildnis“ an der Naturschule Freiburg berichteten rund 40 Experten über ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen und versuchten eine Standortbestimmung für das 21. Jahrhundert vorzunehmen: Wie wichtig ist Naturerleben in einer Zeit, in der Menschen so weit wie nie zuvor in die globalen Natursysteme eingreifen? Ist Umweltbildungsarbeit romantische Gefühlsduselei oder wichtiger denn je? Gerhard Trommer, emeritierter Professor für Didaktik der Biologie an der Universität Frankfurt, plädierte dafür, dem Wilden mit Neugier, Abenteuerlust, Verantwortung und einem Minimum an Ausrüstung nachzuspüren. Der Geschäftsführer der Naturschule Freiburg Matthias Wörne forderte für die Naturpädagogik einen höheren Stellenwert in der BNE und mehr politische Akzeptanz. Thomas Pohler, Naturpädagoge aus Jena, stellte die Bedeutung von Naturerfahrung als Basis eines nachhaltigen Handelns dar. Ein Tagungsbericht mit den Redebeiträgen steht im Internet.

- ▷ www.naturschule-freiburg.de

Bildungszentrum Artefact:

Mit Solivol nach Ostafrika

☐ Schon seit zwei Jahren ist Artefact, das Zentrum für nachhaltige Entwicklung in Glücksburg an der Flensburger Förde, als Entsendeorganisation für das bundesweite Programm „Weltwärts“ anerkannt. Das Programm heißt hier allerdings Solivol. Das Kurzwort aus „Solar“ und „Volunteer“ weist auf die inhaltlichen Schwerpunkte hin. Engagierte und motivierte Menschen

zwischen 18 und 28 Jahren können sich jetzt für Partnerprojekte in Uganda, Tansania, Kenia und Ruanda bewerben. Aufgrund zahlreicher gewachsener Kontakte zu Initiativen rund um den ostafrikanischen Victoriasee wurde diese Region ausgesucht. Schirmherr ist Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar und des World Council for Renewable Energies und Träger des Alternativen Nobelpreises.

▷ www.solivol.org

SCHWERPUNKT: NATUR UND SCHULE

Umweltlernen geht auch im Winter

□ Umwelt-Klassenfahrten müssen nicht auf die schöne Jahreszeit beschränkt sein. Naturerleben kann auch im Winter eine Menge Spaß machen. Das Ökologische Schullandheim Licherode in der nordhessischen Gemeinde Alheim hat speziell auf die Winterzeit zugeschnittene Projektangebote entwickelt, beispielsweise eine „Besser-Esser-Woche“ oder die „Zukunftswoche“. Hier können Kinder aus ganz Deutschland eindrucksvolle Erfahrungen zu Gesundheit, Energie, Wald, Wasser oder Landwirtschaft sammeln. Im Januar und Februar gibt es eine Sonderaktion zum „Schnupperpreis“ von 99 Euro. Für sein bundesweit vorbildliches Gesamtkonzept wurde das Schullandheim Licherode von der Unesco bereits dreimal als offizielles Projekt der UN-Weltdekade BNE ausgezeichnet.

▷ www.oekologische-bildung.de

Als Waldscout in den Nationalpark Kellerwald

□ Auf eine „Expedition in die Wildnis“ können Schülerinnen und Schüler im Nationalpark Kellerwald-Edersee gehen. Die jungen Naturforscher leben als „Waldscouts“ (Sekundarstufe I) oder „Waldranger“ (Sekundarstufe II) für 24 Stunden auf einer „Wildnisinsel“ mitten im Schutzgebiet. Dort errichten sie ein einfaches Biwak und versorgen sich nur mit dem, was sie in ihren Rucksäcken mitgebracht

haben. Sie erforschen ein selbst gewähltes Thema und erleben den Rhythmus von Tag und Nacht in der wilden Natur. Am nächsten Tag kehren die SchülerInnen in die Jugendherberge zurück, erarbeiten dort eine Präsentation ihrer Forschungsergebnisse und stellen sie sich gegenseitig vor. Die viertägigen Projektwochen finden in Zusammenarbeit mit der Naturschutzjugend Hessen statt.

▷ www.waldscout-waldranger.de

Naturparke machen Schule

□ Wer mit seiner Schulklasse einen Klassenausflug mit Erlebnisgarantie durchführen möchte, sollte in einen deutschen Naturpark fahren. Angebote wie „Unterwegs mit Anton Ameise“, „Spuren lesen wie die Indianer“ oder „Den Moorgeheimnissen auf der Spur“ verheißen spannende Exkursionen. Daneben gibt es Waldführungen, Bootstouren und interessante Ausstellungen in den Naturparkzentren. Zu ihrem Umweltbildungsprojekt „Naturparke machen Schule“ bietet der Verband Deutscher Naturparke (VDN) auch Unterrichtsmaterialien im Internet oder in gedruckter Form an. Das Maskottchen „Lasse Laubfrosch“ begleitet die Angebote zu den schönsten Landschaften von 101 Naturparks in Deutschland.

▷ www.naturparke.de/schulangebote

Buch: Mensch und Wald

□ Für viele Menschen ist der Wald Inbegriff von Natur. Als exemplarisches Anschauungsfeld ist er hervorragend geeignet für die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit. Ute Stoltenberg von der Universität Lüneburg arbeitet in ihrem aktuellen Buch „Mensch und Wald“ die ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Bedeutung des Waldes heraus und stellt verschiedene pädagogische Ansätze im Sinne einer BNE vor. Die vielen Bezüge zu Pädagogik, Landwirtschaft, Schule und Erlebnispädagogik sowie die vertiefende Betrachtung der Themenbereiche nachhaltige Entwicklung,

Kulturverständnis des Waldes, Projektunterricht und Erlebnispädagogik machen das Buch zum Standardwerk für die Waldpädagogik und zur reichen Fundquelle für die eigene Praxis.

▷ Stoltenberg, U.: Mensch und Wald. Theorie und Praxis einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Themenfelds Wald. oekom, München 2009, 246 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-126-4

Buch: Natur direkt vor der Schultür entdecken

□ Für den Sachkundeunterricht der Klassen 3 und 4 oder für den Nachmittagsunterricht ist das Unterrichtsmaterial „Stadtökologie – Natur-Entdeckungen direkt vor der Schultür“ gedacht. Es stellt einige Pflanzen- und Tierarten und ihre Lebensräume vor und bietet kleine Experimente und Arbeitsblätter als Kopiervorlagen. Weiterführende stadtoökologische Themen wie Umwelteinflüsse auf Pflanzen oder Verstädterung von Tieren werden allerdings nicht aufgegriffen. Besonders enttäuschend ist das Fehlen jeglicher BNE-Ansätze. Die Vermittlung biologischer Grundkenntnisse ist dagegen gut gelungen.

▷ Horn, R.; Schulte-Braun, S.: Stadtökologie. Natur-Entdeckungen direkt vor der Schultür. Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr 2009, ISBN 978-3-8346-0489-7

Außerschulisches Lernen schafft authentische Erfahrungen

□ Außerschulische Umweltbildung in der Natur bietet jungen Menschen die Möglichkeit, existenzielle Erfahrungen zu machen und darauf das eigene Wissen aufzubauen. Solche authentischen Lerngelegenheiten sind besonders wichtig für die Kinder der heutigen Hightechgesellschaft. Das Bulletin umweltbildung.ch befasst sich in seiner Ausgabe 3/09 schwerpunktmäßig mit dem außerschulischen Lernen und seiner Integration in den Schulalltag.

▷ www.umweltbildung.ch/sub/downloads/ub-ch_3-2009.pdf

Natura 2000 macht Schule

□ Wie die Chancen und Probleme europäischer Naturschutzgebiete im Spannungsfeld zwischen internationalen Vereinbarungen und lokalen Interessen an Schulen vermittelt werden können, zeigt die neue Broschüre "Natura 2000" des Pädagogischen Zentrums Rheinland-Pfalz. Sie enthält Unterrichtsmodule, Praxisbeispiele und Materialien sowie einen Ablaufplan für eigene Projekte. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung von Fachkenntnissen, sondern auch um Methodenkompetenz und das Verstehen demokratischer Prozesse.

- ▷ www.kurzlink.de/natura-2000-heft
- ▷ www.kurzlink.de/natura-2000-projekt

VERSCHIEDENES

Umweltbildung fehlt im neuen Bundesnaturschutzgesetz

□ Im Juli verabschiedete der Bundestag das neue Bundesnaturschutzgesetz, das zum 1. März 2010 in Kraft tritt. Im Vergleich zur vorherigen Fassung wird Umweltbildung darin nur noch indirekt geregelt: „Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger klären auf allen Ebenen über die Bedeutung von Natur und Landschaft, über deren Bewirtschaftung und Nutzung sowie über die Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf und wecken das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Landschaft“, heißt es in Paragraph 2. Welche Träger gemeint sind, wer in der Verwaltung dafür zuständig ist und ob dafür Mittel bereitzustellen sind, bleibt offen. Kritiker sprechen von einem „geplanten Vollzugsdefizit“.

Besonders pikant: Die mit dem neuen Gesetz verbundene erweiterte Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes könnten einige Länder nutzen, bestehende weiterreichende Formulierungen zur Umweltbildung wieder zu streichen.

- ▷ www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/downloads/doc/44597.php

NEUE MATERIALIEN

Broschüre: Food for Thought – Vor-, Nach- und Querdenken zur Nachhaltigkeit

□ Das Forum Umweltbildung in Wien organisierte eine Veranstaltungsreihe, um unkonventionellen neuen Gedanken zu Nachhaltigkeit und BNE Raum zu geben. Eine Broschüre dokumentiert nun die vielfältigen Beiträge und stellt sie zu einem großen Bogen zusammen. Er reicht von der (Lebens-)Kunst über Web-2.0-Anwendungen bis zum Klimawandel und zeigt neue Perspektiven auf.

- ▷ Forum Umweltbildung: Food for Thought. Vor-, Nach- und Querdenken zur Nachhaltigkeit. Wien 2009, 60 S., 7,- €. www.umweltbildung.at

Buch: Jugendliche, Bildung und nachhaltige Entwicklung

□ Fast die Hälfte der Weltbevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Es ist ein gefährlicher Trend, dass viele Jugendliche zu Gewalt, Terrorismus, sozial isolierenden Technologien und nicht-nachhaltigen Konsummustern neigen. Doch es gibt auch positive Beispiele – vorausgesetzt junge Menschen erhalten Bildung, politische Unterstützung, Ressourcen, Fähigkeiten und Hoffnung. Der Band „Young people, education, and sustainable development“ versammelt in englischer Sprache 38 Aufsätze von 68 AutorInnen aus 25 Nationen. Er stellt Aktivitäten junger Menschen zur sogenannten Erdcharta der Vereinten Nationen vor. Das Buch ist ein leidenschaftlicher Appell, junge Menschen in allen politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern einzubeziehen und ihnen Mitverantwortung zu übertragen. Schade ist, dass das Buch nur wenige Fotos enthält – einer jugendlichen Welt im Aufbruch hätte etwas mehr Farbe sehr gut getan.

- ▷ Corcoran, P. B.; Osano, P. M. (Hrsg.): Young people, education, and sustainable development. Exploring principles, perspectives, and praxis. Wageningen Academic Publishers, 2009, 416 S., 55,- €, ISBN 978-90-8686-093-7
- ▷ www.earthcharter.org

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de im Internet. Dort können Sie Ihre Termine selbst kostenlos einstellen.

02.12., Hemer (NRW)

Beispiele zur erlebnisorientierten Nutzung einer Landesgartenschau in der Grundschule

- ▷ www.nua.nrw.de

14.–17.12., Vilm bei Rügen (D)

Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Theorie und Praxis in Freilichtmuseen, Botanischen und Zoologischen Gärten

- ▷ www.bfn.de/06_akademie_natursch.html

24.–26.12., weltweit

Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

23.01., Linz (A)

„Eye in the Sky“. Unsere Umwelt aus der Satellitenperspektive. Workshop

- ▷ www.land-oberoesterreich.gv.at

05.–07.02., Gunzesried bei Sonthofen/Allgäu (D)

Landart im Winter. Workshop

- ▷ www.naturerlebnis-landart.de/workshop.pdf

29.–31.01., Bad Herrenalb (D)

Einsteigen – Umsteigen – Aussteigen. Die Zukunft der Mobilität

- ▷ www.ev-akademie.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de